

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1973

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Industrie 1972

- 149 Im Jahre 1972 verlief die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes außerordentlich günstig. Die industrielle Expansion führte wiederum erheblich über die im Bundesgebiet festgestellte hinaus. Zugleich gelang es, das Strukturgefälle im Land stärker zu entspannen. Diese erfreuliche Entwicklung setzte sich im 1. Quartal 1973 fort.

Verdienste und Arbeitszeiten 1972

- 157 Im vierten Quartal 1972 ist die Zunahme der Bruttoverdienste der Arbeitnehmer nach einer relativ kurzen Periode abgeschwächten Lohnauftriebs wieder geringfügig angestiegen. Bei längerfristiger Betrachtung zeichnet sich eine weitere Beschleunigung des Lohnauftriebs ab.

Sozialwohnungen 1972

- 160 Positive Ergebnisse zeigten die Bemühungen, mit Hilfe besonderer Programme den Bau öffentlich geförderter sozialer Wohnungen weiterhin und noch stärker zu begünstigen.

Baulandmarkt 1972

- 164 Die seit einigen Jahren zu beobachtende jährliche Zunahme der Baulandverkäufe hielt 1972 weiter an. Dabei kam es als Folge erhöhter Nachfrage eines nur sehr begrenzt vermehrbaren Gutes zu weiteren Preisanstiegen.

Kriegsopferfürsorge 1972

- 168 40 Mill. DM - 6 Mill. mehr als 1971 - wurden zu rund 40% für Erziehungsbeihilfen an Kinder von Beschädigten und Waisen sowie zu knapp 50% für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen einschließlich der Hilfen im Rahmen von Wohnungs- und Erholungsfürsorge ausgegeben.

Familienstand

- 170 Geschlechterproportion, Altersaufbau und geschlechtsspezifische Sterblichkeit sind die demographischen Bestimmungsgründe für die Familienstandsgliederung der Bevölkerung, daneben aber auch historische, wirtschaftliche, soziologische und rechtliche Faktoren.

Geschlechterrelation

- 173 Seit 1961 hat sich die Geschlechterrelation der rheinland-pfälzischen Bevölkerung weiter normalisiert. Aber auch im Jahre 2000 wird der aus den Kriegsverlusten resultierende Frauenüberschuß noch nicht abgebaut sein, weil der Geburtenrückgang die ausgleichende Wirkung des Knabenüberschusses der Neugeborenen einschränkt.

Anhang

- 33* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
39* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Überdurchschnittliche Steigerung der Industrieproduktion 1972

Für die rheinland-pfälzische Industrie konnte 1972 eine Produktionssteigerung um 10,8% festgestellt werden, welche merklich die Resultate der beiden Vorjahre überstieg (1970: + 8,1%; 1971: + 5,7%). Demgegenüber errechnete sich auf Bundesebene lediglich eine Erhöhung des industriellen Produktionsindex um 3,2 Prozentpunkte. Die rheinland-pfälzischen Ergebnisse liegen somit schon seit einem Jahrzehnt über der durchschnittlichen Zuwachsrate des Bundesgebietes. Nach den vier Industriehauptgruppen aufgeschlüsselt, waren im Berichtsjahr sowohl bei den Grundstoff- und Produktions- als auch den Investitionsgüterindustrien mit + 12,6 bzw. + 11,7% überdurchschnittliche Expansionstendenzen ersichtlich; der Nahrungs- und Genußmittelsektor nahm mit einer Quote von nur + 2,3% den untersten Platz der Skala ein (Verbrauchsgüter: + 7,7%). pe
Mehr über dieses Thema auf Seite 149.

Nach Beruhigungsphase wieder stärkerer Lohnauftrieb

Die Zunahme der Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter verbesserte sich zwischen 1971 und 1972 von + 7,7% auf 8,1%, während die Arbeiter im Handwerk auf eine durchschnittliche Steigerung ihrer Bezüge von 13,2% kamen (1971 + 10,5%). Die kaufmännischen Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau erzielten Gehaltserhöhungen von rund 9%. Nach Reduzierung der nominellen Einkommensverbesserungen um die entsprechende Steigerung der Lebenshaltungskosten eines 4-Personen-Haushalts, die im Berichtszeitraum auf 6,1% kam, verblieb den Arbeitnehmern auch 1972 nur ein geringer realer Kaufkraftgewinn. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 157.

Weiterer Abbau des Frauenüberschusses

Bei der letzten Volkszählung 1961 wurden 1 738 212 männliche und 1 907 225 weibliche Personen gezählt. Seit 1961 ist die männliche Bevölkerung um 7,7%, die weibliche aber nur um 5,8% gewachsen. Das stärkere Wachstum der männlichen Bevölkerung führte zu einem weiteren Abbau des Frauenüberschusses. 1970 kamen 1 097 Frauen auf 1 000 Männer, während 1961 noch 1 117 und 1950 sogar 1 145 Frauen auf 1 000 Männer entfallen waren. Wegen der größeren Häufigkeit von Knabengeburten besteht in den unteren und mittleren Jahrgängen ein Männerüberschuß, der durch die ausländische Bevölkerung, bei der die Männer stark in der Überzahl sind, noch verstärkt wird. Die Schwelle, an welcher der Männerüberschuß in einen Frauenüberschuß umschlägt, liegt 1970 bei den 43- bis 44jährigen. Bereits unter den 45- bis 50jährigen gibt es 36%, unter den 50- bis 55jährigen 40% und unter den über 65 Jahre alten Menschen sogar 50% mehr Frauen als Männer.

Da für die vorzugsweise von Frauen ausgeübten Berufe das Arbeitsplatzangebot in der Stadt größer ist als auf dem Land, verzeichnen die kreisfreien Städte einen erheblich höheren Frauenüberschuß als die Landkreise. Die Disparität in dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung nimmt mit steigender Gemeindegröße kontinuierlich zu. ne

Mehr über dieses Thema auf Seite 173.

Jeder zweite ist verheiratet

Von der am 27. Mai 1970 ermittelten Wohnbevölkerung waren 41% ledig, 49% verheiratet, 8% verwitwet und 1% geschieden. Die günstige wirtschaftliche Lage, eine größere Heiratswilligkeit und bessere Heiratschancen als Folge der ausgewogeneren Geschlechterrelation in den jungen und mittleren Altersjahrgängen ließen im Vergleich zu 1961 die Ledigen-Quote sinken und die der Verheirateten ansteigen, während die Anteilssätze der Verwitweten und Geschiedenen fast unverändert blieben. Auffällig ist die Herabsetzung des durchschnittlichen Heiratsalters, das in der Zeit von 1950 bis 1970 bei den Männern von 27,6 auf 24,6 Jahre und bei den Frauen von 25,2 auf 21,8 Jahre sank.

Von den bis zu 35 Jahre alten heiratsfähigen Männern waren zwei Drittel, von den gleichaltrigen heiratsfähigen Frauen drei Viertel verheiratet. Die höchsten Verheirateten-Quoten ergeben sich für die Männer in der Altersgruppe der 45- bis 50jährigen (92%) und für die Frauen in derjenigen der 30- bis 35jährigen (90%). Im Rentenalter leben nur noch ein Drittel der Frauen, aber drei Viertel der Männer in einer Ehe.

Die Tatsache, daß die Zahl der verwitweten Frauen fünfmal so groß ist wie die der verwitweten Männer, ist nicht nur eine Folge der höheren Lebenserwartung der Frauen, sondern auch eine Auswirkung der Tatsache, daß sich verwitwete Frauen seltener als verwitwete Männer zur Wieder-Verheiratung entschließen. ne

Mehr über dieses Thema auf Seite 170.

1972 geringste Bevölkerungszunahme seit Kriegsende

Zum Ende des Jahres 1972 wurde für Rheinland-Pfalz eine Bevölkerungszahl von 3 690 400 ermittelt. Von diesen Personen waren 1 765 800 (47,8%) männlichen und 1 924 600 (52,2%) weiblichen Geschlechts. Mit fast 11 900 Personen war das Bevölkerungswachstum im Jahre 1972 um 8 000 niedriger als das des Jahres zuvor. Dies bedeutet die geringste absolute und prozentuale Zunahme seit Kriegsende.

Das Bevölkerungswachstum des Landes wird seit einigen Jahren in immer stärkerem Maße von der Wanderungskomponente getragen. Der Beitrag der „natürlichen“ Komponente, also des Geborenenüberschusses, geht dagegen ständig zurück. 1972 leistete die natürliche Bevölkerungsbewegung sogar einen negativen Beitrag: Erstmals seit Bestehen des Landes übertraf in einem Kalenderjahr die Zahl der Gestorbenen die der Lebendgeborenen. Der Gestorbenenüberschuß von 2 900 Menschen (das ist — 1 Person auf 1 000 der mittleren Bevölkerung) wurde jedoch durch den relativ hohen Überschuß der Zugezogenen über die Fortgezogenen in Höhe von 14 700 (+ 4 a. T.) mehr als ausgeglichen.

Sehr unterschiedlich verlief die Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten auf der einen und in den Landkreisen auf der anderen Seite. Während die kreisfreien Städte als Ganzes gesehen ihre Bevölkerungszahl um lediglich knapp 300 erhöhen konnten, verzeichneten die Landkreise insgesamt eine Zunahme von 11 600.

Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz mit einem Bevölkerungsanstieg von 3 Personen auf 1 000 der mittleren Bevölkerung zwar unter dem Bundesdurchschnitt (+ 5 a. T.), rangiert jedoch vor den Stadtstaaten Berlin (— 10 a. T.), Hamburg (— 8 a. T.) und Bremen (— 6 a. T.) sowie den Flächenstaaten Saarland (— 3 a. T.) und Nordrhein-Westfalen (— 3 a. T.). ju

Weiterhin starke Nachfrage nach Bauland

Im vergangenen Jahr erhöhten sich die Baulandverkäufe in Rheinland-Pfalz gegenüber 1971 um 9% auf 15 515. Die dabei umgesetzte Gesamtfläche erreichte bei einem Verkaufswert von 446 Mill. DM (+ 25%) 19,2 Mill. qm (+ 8%). Der durchschnittlich zu zahlende Quadratmeterpreis zog von 20,12 auf 23,29 DM an (+ 16%). Bedingt durch die Struktur des Landes entfiel - wie schon in den vergangenen Jahren - ein erheblicher Anteil der Veräußerungen auf Gemeinden bis zu 2 000 Einwohner. Diese Gemeindegrößenklasse vereinigte 43% aller Kauffälle mit einem Flächenanteil von 37% auf sich. Erwartungsgemäß war auch in dieser Größenklasse der Preis je Quadratmeter baureifes Land mit 13,75 DM am niedrigsten; bereits in der nächsthöheren Klasse (2 000 bis 5 000 Einwohner) stieg er auf 17,82 DM an. In Großstädten lag er bei 58,60 DM. Bei nahezu der Hälfte aller registrierten Verkäufe war die Grundstücksgröße zwischen 500 und 1 000 qm, es folgte die Kategorie 1 000 bis 3 000 qm mit einem Anteil von gut einem Fünftel. Eine Betrachtung der Grundstückspreise nach Preisgruppen zeigt, daß neben 44 Verkaufsfällen in der untersten Preisgruppe (unter 1 DM je qm) in 14 Fällen auch Quadratmeterpreise über 500 DM erzielt wurden. Der Schwerpunkt der Verkäufe lag aber mit 71% aller Fälle in den Preisgruppen von 2 bis 30 DM, wobei die Gruppe 5 bis 10 DM mit 18% am dichtesten besetzt war. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 164.

Fast 45 000 Wohnungen genehmigt

Wichtige Faktoren für die Beurteilung des augenblicklichen und auch des in unmittelbarer Zukunft gelegenen Verlaufs im Hochbau stellen die Angaben über die Baugenehmigungen dar. Ihr Ausmaß und ihre Zusammensetzung kennzeichnen die Tendenz der Baunachfrage. 1972 wurden im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt 20 999 Gebäude mit 44 905 Wohnungen genehmigt. Im Vergleich zum Vorjahr beaufen sich die Steigerungsraten auf 12 und 25%. Die dabei für 33,9 Mill. cbm umbauten Raum (+ 6%) veranschlagten Baukosten erreichten die Rekordhöhe von 4,9 Mrd. DM (+ 16%). Entscheidend für die Zunahme der Genehmigungen dürften neben den laufenden Einkommensverbesserungen in besonderem Maße auch die sich ständig ausweitende Geldentwertung sowie der Anstieg der Baupreise und der Mieten sein, der viele Haushalte veranlaßt haben mag, Sachvermögen in Form von Wohnungseigentum zu bilden.

Von den insgesamt genehmigten Wohnungen lagen im Berichtsjahr 41 622 Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden; der Rest waren Wohnungen in Nichtwohngebäuden (756) und Wohnungszugänge durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (2 527). Die im Wohnneubau je Wohnung vorgesehene durchschnittliche Fläche lag mit 90,4 qm fast um zwei Quadratmeter niedriger als im Vorjahr und damit etwa auf gleichem Stand wie 1968. Im Schnitt wurden die Kosten je Wohnung mit 78 726 DM kalkuliert, das entspricht einer Steigerung um 7% gegenüber 1971. Noch höher stellte sich die Veränderungsrate (+ 10%) für den Kubikmeter; er wurde mit 151 DM veranschlagt. Mit + 3% und 109 DM war hier im Nichtwohnbau eine wesentlich geringere Erhöhung festzustellen. hw

Sektorale Unterschiede in der Entwicklung der Bauwirtschaft

Beim rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe war im 1. Vierteljahr 1973 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum für den gesamten Beschäftigtenstand ein Rückgang um - 0,7% zu verzeichnen, worunter allerdings seitens der kaufmännischen und technischen Angestellten eine beträchtliche Steigerung um + 4,9% verbucht werden konnte (Facharbeiter und -werker: - 1,6%). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm um 2,4% ab. In der Differenzierung nach den beiden Bereichen des privaten sowie des öffentlichen und Verkehrsbaues errechneten sich hier unterschiedliche Veränderungen um - 4,3 bzw. + 0,7%. Für die Lohn- und Gehaltssumme wurde eine Steigerung um + 11,1% ermittelt (Löhne + 10,3%; Gehälter + 17,3%). Demgegenüber gingen die Umsatzwerte um - 2,5% zurück, wobei im privaten Bau diese Tendenz mit - 4,4% ausgeprägter war, während der Umsatz des öffentlichen und Verkehrsbaues in bezug zum Stand des Vergleichs quartals unverändert blieb. Hierbei darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich die erfaßten Umsatzwerte jeweils auf abgerechnete Bauleistungen beziehen und infolgedessen nur beschränkt als Leistungskriterium heranzuziehen sind. Der in dieser Hinsicht aussagefähigere Produktionsindex stieg im Berichtsvierteljahr um + 1,3%; nach den Sektoren des Hoch- und Tiefbaues unterteilt, ließen sich merklich unterschiedliche Quoten von + 2,7 bzw. - 0,2% feststellen. Bezogen auf das Bauhauptgewerbe des Bundesgebietes wurden gegenüber dem Vergleichs quartal des Vorjahres Veränderungsdaten von + 0,2% für den Beschäftigtenstand, von - 0,9% für die Arbeitsleistung, von + 11,0% für die Löhne und Gehälter sowie von + 8,6% für den Umsatz ermittelt. pe

Weiterer Aufschwung im sozialen Wohnungsbau

Mit 6 623 Wohnungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr die Zahl der im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bewilligten Einheiten um nahezu ein Viertel. Gut ein Drittel dieser Wohnungen lag in Ein- und Zweifamilienhäusern. Die insgesamt für die Förderung zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel überschritten knapp die 700-Mill.-DM-Grenze und brachten es damit im Vergleich zu 1971 auf eine Steigerung von fast einem Drittel. Weiterhin rückläufig sind die von der öffentlichen Hand bereitgestellten Mittel; sie erreichten zwar ein Fünftel aller Gelder, mehr als doppelt soviel stammte jedoch von dem Kapitalmarkt.

Die Auswirkungen der Preissteigerungen auf dem Bausektor wirkten außer einem Anstieg der reinen Baukosten je Wohnung um 8% auf rund 67 800 DM auch eine Verminderung der durchschnittlichen Wohnfläche von 85,5 auf 84,8 qm. Dabei war diese Einschränkung bei den privaten Haushalten als Bauherren etwas größer als bei den Wohnungsgesellschaften. Hinsichtlich der Zweckbestimmung der Wohnungen erhielten kinderreiche Familien den größten Anteil, denn fast jede fünfte Sozialwohnung war für diesen Personenkreis bestimmt.

Außer den 6 623 Wohnungen des 1. Förderungsweges wurden weitere 1 720 Wohnungen über den 2. Förderungsweg und 1 554 durch das Regionalprogramm des Bundes begünstigt. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 160.

Industrie 1972

Da die Bundesrepublik Deutschland unter den hochentwickelten Industrienationen einen der vordersten Plätze einnimmt, kommt hier auch der Statistik des produzierenden Bereichs eine besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grunde bedurfte das diesen Sektor betreffende fachstatistische Instrumentarium im Laufe der letzten Jahre ständiger Ausweitungen und Verfeinerungen und wird auch in Zukunft an die allgemeinen technologischen und sozioökonomischen Entwicklungstendenzen und Erfordernisse angepaßt werden müssen. Dank des, wie auf allen wichtigen Gebieten der amtlichen deutschen Statistik, auch seitens der Industrieberichterstattung sichergestellten bundeseinheitlichen Erhebungskonzepts ist es möglich, neben der für die einzelnen Bundesländer charakteristischen produktionswirtschaftlichen Struktur auch deren unterschiedliche industrielle Gewichtung und Funktionsteilung einschließlich ihrer gegenseitigen unternehmensmäßigen Verflechtungen innerhalb der Länder transparent zu machen.

Überdurchschnittliche Produktionsentwicklung

In der rheinland-pfälzischen Industrie konnte für das Jahr 1972 eine sehr starke Produktionssteigerung um 10,8% festgestellt werden, welche merklich über den Resultaten der beiden Vorjahre (1970: + 8,1%; 1971: + 5,7%) lag, währenddessen die Wachstumsquoten der Jahre 1968 und 1969 (+ 12,3 bzw. + 14,5%) noch nicht wieder erreicht werden konnten. Demgegenüber errechnete sich im Berichtsjahr auf Bundesebene lediglich eine Erhöhung des industriellen Produktionsindex um 3,9%, wobei festzuhalten ist, daß das Bundesergebnis schon seit einem Jahrzehnt unter der Zuwachsrate von Rheinland-Pfalz liegt (Bundesgebiet: 1968: + 12,1%; 1969: + 12,8%; 1970: + 5,5%; 1971: + 1,6%). Die auffallend unterschiedliche Entwicklung des industriellen Produktionsindex zwischen Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet kann vor allem als zuverlässiges Anzeichen gewertet werden, daß es in den zurückliegenden Jahren stets gelungen ist, den bestehenden Rückstand der heimischen Wirtschaft im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weiter abzubauen. Längerfristig kommt hier insbesondere den Wachstumsindustrien, das heißt vornehmlich den wachstumsstarken Produktions- und Investitionsgüterindustrien, eine maßgebliche Bedeutung zu, deren - zu einem beträchtlichen Teil auch mit Hilfe gezielter regionaler Förderungsprogramme der öffentlichen Hand - erreichter überproportionaler Kapazitätswachstum in entsprechend hohen Produktionserfolgen seinen Niederschlag finden muß.

Nach den vier Industriehauptgruppen aufgeschlüsselt, waren 1972 sowohl bei den Grundstoff-

und Produktions- als auch den Investitionsgüterindustrien mit + 12,6 bzw. + 11,7% überdurchschnittliche Expansionstendenzen zu registrieren, während der Verbrauchsgütersektor mit + 7,7% (darunter hingegen Holzverarbeitung, Glasindustrie und Kunststoffverarbeitung mit + 16,3 sowie + 15,6 und + 15,5%) bereits sichtlich tiefer rangierte und die Nahrungs- und Genussmittelindustrien mit nur + 2,3% den untersten Platz der Skala einnahmen. Aus der weiteren Differenzierung nach Industriezweigen geht allerdings hervor, daß die stärksten relativen Ausweitungen für die Bereiche der Obst und Gemüse sowie der Wein verarbeitenden Industrien mit + 42,0 bzw. + 26,2% verzeichnet werden konnten. Unter den beiden ersten Hauptgruppen zeitigten der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen (+ 23,6%) sowie die Gummi und Asbest verarbeitende Industrie (+ 23,1%) die ausgeprägtesten überproportionalen Produktionssteigerungen (elektrotechnische Industrie: + 16,8%). Sehr spürbare Rückgänge zeigten sich indessen in den Sparten Ledererzeugung und Spirituosenindustrie mit Sätzen von - 38,7 bzw. - 25,5% (Tabakverarbeitung: - 13,0%).

Umsatzsteigerung etwa in Vorjahreshöhe

Bei einem Stagnieren der Zahl der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten (1970: 3 005; 1971 und 1972 je 3 059) sowie Rückgängen des Beschäftigtenstandes um - 1,0% auf 403 550 Personen und der Arbeitsleistung um - 3,0% auf knapp 547 Mill. Arbeiterstunden waren andererseits 1972 wiederum beträchtliche Steigerungen der Lohn- und Gehaltssumme um + 9,1% auf 7,1 Mrd. DM sowie des Umsatzes um + 9,8% auf 33,8 Mrd. DM zu verzeichnen. Im Bundesgebiet wurden hier entsprechende Veränderungsquoten von - 2,3% bei der Beschäftigtenzahl, von - 4,3% bei der Arbeitsleistung, von + 7,7% bei der Lohn- und Gehaltssumme sowie von + 5,9% beim Umsatz errechnet. Als Lohn- und Gehaltsquote, das heißt für den Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz, ergaben sich auf Landes- und Bundesebene Relationen von 21,0 bzw. 24,7%, wobei der Vergleich zu den Vorjahresresultaten (21,1 bzw. 24,5%) keine nennenswerten Abweichungen ersichtlich macht.

Nach Beschäftigtengrößenklassen gegliedert, hatten im September 1972 insgesamt 1 707 bzw. 35,6% aller rheinland-pfälzischen Industriebetriebe weniger als 10 Beschäftigte, wobei diese nur 1,7% des

Beschäftigtenstands und 1,6% des Umsatzes auf sich vereinigten (1960: 47,0 sowie 2,5 und 2,2%). Hingegen verfügten die 128 Betriebe mit 500 und mehr tätigen Personen (2,7% der Gesamtzahl) über 46,1% der Beschäftigten und mehr als die Hälfte (52%) des Umsatzes (1960: 1,9 sowie 44,8 und 48,1%). Die auf einen Beschäftigten entfallenden Umsatzwerte liegen in den obersten Größenordnungen merklich höher, da hier die Relation Kapital zu Arbeitskraft günstiger gestaltet ist als in kleineren Einheiten (Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten: 6 860 DM; Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten: 8 150 DM im Monat September). Bezogen auf alle Betriebe errechneten sich im Durchschnitt 86 Beschäftigte und 7 230 DM Umsatz je Beschäftigten (September 1960: 68 Beschäftigte bzw. 2 800 DM).

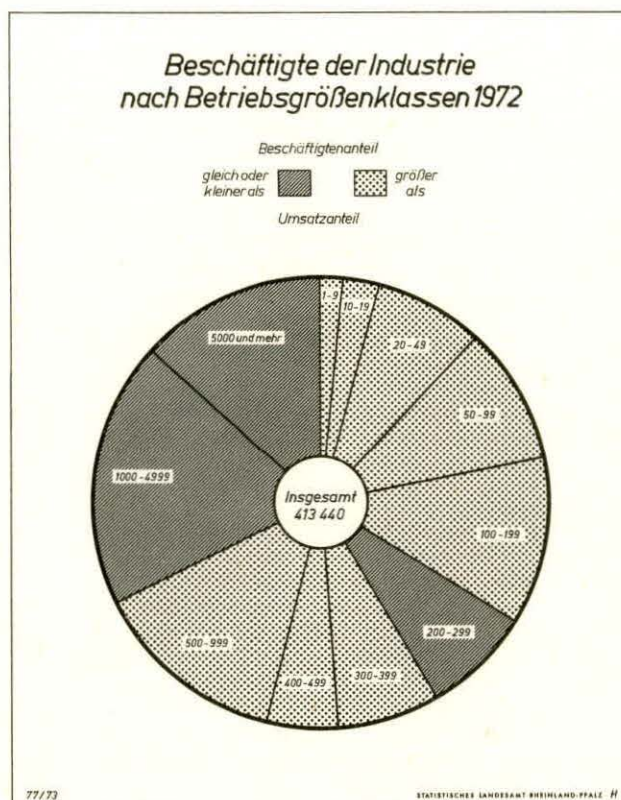
Was die Entwicklung der monetären Erfassungskategorien anbelangt, so muß hier der bei einem dreiprozentigen Rückgang der Arbeitsleistung ermittelte Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme um 9,1% auf die wiederum beträchtlichen tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen des Berichtsjahres zurückgeführt werden. Im einzelnen erhöhten sich die Bruttostundenverdienste der Arbeiter um + 9,2% auf 7,09 DM (1970: + 14,6%; 1971: + 11,9%) und die Bruttomonatsverdienste der Angestellten um + 9,0% auf 1 665 DM (1970: + 12,3%; 1971: + 10,9%), wobei sich jeweils für die weiblichen Arbeitskräfte merklich höhere Expansionssätze errechnen. Die Zuwachsrate des Umsatzes blieb mit + 9,8% geringfügig unter dem Ergebnis des Vorjahres (+ 10,0%), wobei zur Ermittlung des preisbereinigten Anstiegs eine Steigerung des Erzeugerpreises industrieller Produkte um + 2,9% (1971: + 4,7%) zugrunde zu legen ist. Die Exportquote

bei den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten erhöhte sich demgegenüber auf 22,6% des Umsatzes (1970: 21,6%; 1971: 20,9%), wobei sich freilich mitunter beträchtliche branchenmäßige Abweichungen ergaben. Weit überproportionale Quoten konnten hier insbesondere bei den Zweigen der chemischen Industrie (40,8%), des Maschinenbaues mit Büromaschinen und Datenverarbeitung (39,8%) sowie der Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie (36,8%) festgestellt werden.

Günstigste Entwicklung bei Investitionsgüterindustrien

Weitere interessante strukturelle Aspekte ergeben sich aus der Gliederung der Ergebnisreihen nach bestimmten branchenmäßigen, funktionalen und regionalen Gesichtspunkten. Während im Berichtsjahr die Gesamtzahl der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten unverändert blieb, konnte lediglich auf dem Investitionsgütersektor ein stärkerer Zugang (+ 4,1%) verzeichnet werden; für alle drei übrigen Industriehauptgruppen waren indessen mitunter spürbare Rückgänge festzustellen (Nahrungs- und Genußmittel: — 3,6%). Demgegenüber lassen die nach Hauptgruppen geordneten Veränderungssätze für Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden sowie Löhne und Gehälter in keinem der Fälle wesentliche Abweichungen von den Durchschnittsquoten (— 1,0 sowie — 3,0 und + 9,1%) erkennen, wenngleich sich hier ebenfalls die Investitionsgüterindustrien (— 0,6 sowie — 2,6 und + 10,0%) jeweils relativ günstiger stellten als die übrigen Gruppen. Seitens der Umsatzentwicklung wurde neben diesem letzteren Bereich auch bei den Verbrauchsgüterindustrien eine überproportionale Steigerungstendenz (je + 11,4%) festgestellt, während der Nahrungs- und Genußmittelsektor mit + 4,6% den letzten Platz der Skala einnahm (Landesmittel: + 9,8%). Der Energieverbrauch nahm 1972 im Durchschnitt um 4,6% auf insgesamt knapp 10 Mill. t Steinkohleneinheit (SKE) zu (1970: + 7,3%; 1971: + 4,2%), wobei die Relationen zwischen + 6,6% (Investitionsgüterindustrien) sowie + 1,6% (Nahrungs- und Genußmittelindustrien) streuten.

Hinsichtlich der Beschäftigtenstruktur hat sich die bereits seit mehr als einem Jahrzehnt beobachtete Tendenz einer kontinuierlichen Umschichtung zugunsten der Angestellten auch im Berichtsjahr weiter fortgesetzt, was in erster Linie auf den ständig wachsenden Technisierungsgrad und den damit überproportional steigenden Bedarf an qualifizierten Fach- und mittleren Führungskräften zurückzuführen ist. So setzte sich 1972 der Beschäftigtenstand der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, welcher sich auf insgesamt 403 550 Personen belief, nur noch zu 73,8% aus Arbeitern und bereits zu 26,2% aus Angestellten einschließlich tätiger Inhaber zusammen, so daß bei einem durchschnittlichen Beschäftigtenrückgang um — 1,0% im Vergleich zum Vorjahr für den Bestand an Arbeitern eine noch stärkere Minderung um — 2,0% errechnet wurde,



Betriebe, Beschäftigung, Umsatz und Energieverbrauch nach hauptbeteiligten Industriezweigen 1972
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig	Be- triebe	Beschäftigte		Ge- leistete Ar- beiter- stunden	Lohn- und Gehaltssumme		Umsatz ¹⁾		Energie- ver- brauch
		ins- gesamt	Ar- beiter		ins- gesamt	Lohn- summe	ins- gesamt	Ex- port	
		Anzahl (Monats- durchschnitt)	%	1 000	1 000 DM	%	1 000 DM	%	tSKE ²⁾
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	784	130 010	67,7	162 047	2 775 301	58,4	13 035 808	28,5	8 060 187
Mineralölverarbeitung	4	640	60,6	840	18 564	53,4	776 318	.	247 206
Industrie der Steine und Erden	429	24 397	77,3	39 755	475 833	74,8	1 951 669	7,0	1 067 768
Natursteinindustrie	87	3 093	75,8	5 313	60 883	74,2	243 667	3,8	61 823
Sand- und Kiesindustrie	27	860	72,4	1 519	17 363	71,3	68 475	.	8 626
Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farb- erden, Schiefer u. ä. Steinen und Erden	36	1 642	83,4	2 516	28 732	80,9	64 921	23,7	19 385
Zementindustrie	5	1 313	80,6	2 276	28 315	74,8	254 882	.	569 973
Kalkindustrie	8	827	78,1	1 346	17 237	73,6	54 600	11,7	34 206
Ziegelindustrie	27	920	84,0	1 675	15 947	84,1	51 882	2,5	78 513
Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen	24	4 535	82,8	6 966	79 865	80,1	286 455	23,8	135 415
Betonsteinindustrie	74	2 991	78,2	5 073	56 534	75,9	190 390	.	19 340
Bims- und Bimssteinindustrie	98	3 778	77,4	6 947	81 324	80,1	385 941	0,8	24 212
Sonstige Industrien der Steine und Erden	29	3 887	66,0	5 104	78 363	59,5	309 270	7,0	104 197
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie	9	6 594	77,5	9 778	126 924	72,3	1 107 515	31,2	469 542
Gießereiindustrie	31	7 003	81,4	10 085	123 267	77,4	318 262	9,8	104 615
Ziehereien und Kaltwalzwerke	12	1 938	80,9	2 891	31 582	77,3	180 458	.	29 991
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	106	71 632	58,2	71 212	1 687 371	47,5	7 373 909	40,8	5 543 073
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	150	5 388	81,0	8 745	86 853	78,1	405 551	5,1	115 612
Säge-, Hobel-, Furnier- u. Holzimprägnierwerke	145	3 393	80,3	5 498	49 359	77,8	234 172	6,6	11 463
Sperrholz-, Holzfasern- u. Holzspanplattenwerke	5	1 995	82,1	3 247	37 494	78,6	171 379	3,1	104 149
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	16	4 099	82,6	6 735	77 739	76,2	326 976	16,3	333 261
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	27	8 319	82,7	12 006	147 168	77,5	595 150	13,3	149 119
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	737	128 146	73,8	173 438	2 174 199	66,6	10 004 169	31,2	577 735
Stahl- und Leichtmetallbau	75	6 872	77,5	10 156	129 321	73,9	428 324	3,1	24 130
Maschinenbau; Büromaschinen und Daten- verarbeitung	232	47 807	65,6	56 844	848 368	57,3	3 978 380	39,8	168 465
Straßenfahrzeugbau	39	22 355	78,2	32 975	412 912	72,5	3 019 790	.	153 815
Schiff- und Luftfahrzeugbau	10	2 566	65,5	2 957	47 650	59,8	206 124	.	6 639
Elektrotechnische Industrie	144	20 414	80,7	28 480	291 099	72,1	638 335	17,7	33 827
Feinmechanische und optische Industrie	17	3 282	69,9	4 619	54 425	62,0	151 331	22,5	6 978
Stahlverformung	43	4 404	80,5	6 449	72 061	75,4	237 028	14,8	52 303
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	177	20 446	80,6	30 958	318 363	75,2	1 344 857	14,5	131 578
Werkzeugindustrie	21	1 367	81,3	1 995	18 907	76,0	48 110	31,2	2 274
Stahlblechwarenindustrie	73	7 428	78,5	11 637	128 638	75,5	555 288	11,8	65 471
NE-Metallblechwarenindustrie	9	1 274	75,7	1 812	19 160	66,7	82 956	.	7 766
Feinblechpackungsindustrie	8	2 128	85,9	3 456	33 348	82,4	168 001	6,9	12 594
Schloß- und Beschlagindustrie	8	1 601	85,8	2 489	23 069	79,3	84 956	.	8 725
Metallwarenindustrie	34	3 986	79,5	5 641	57 158	69,5	265 366	18,3	24 638
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	1 267	123 165	81,3	180 862	1 755 936	74,9	6 380 690	11,3	849 703
Feinkeramische Industrie	74	7 532	82,0	11 617	118 357	78,7	334 712	23,9	91 836
Glasindustrie	23	8 764	76,9	12 258	167 589	70,7	542 226	.	282 655
Holz verarbeitende Industrie	155	15 874	81,5	24 972	263 253	78,5	1 156 477	6,0	52 455
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie	123	3 324	73,1	4 500	38 465	72,5	168 890	36,8	5 319
Schmuckwarenindustrie	35	1 362	71,2	1 749	15 499	68,3	62 957	25,1	2 837
Edelsteinindustrie	78	1 504	73,3	2 178	17 901	77,7	86 474	46,7	1 859
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	69	6 700	75,7	9 306	101 201	66,7	428 834	4,4	61 424
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	139	9 034	78,9	13 539	156 544	74,6	438 223	.	20 512
Kunststoff verarbeitende Industrie	131	13 790	73,6	18 961	218 174	65,7	987 625	14,8	132 196
Leder erzeugende Industrie	13	788	80,7	1 096	9 996	74,7	49 737	31,2	6 107
Leder verarbeitende Industrie	56	4 942	82,4	7 097	55 810	74,6	200 036	6,5	4 647
Schuhindustrie	247	27 365	86,6	40 581	341 086	80,9	1 248 080	6,0	33 628
Textilindustrie	78	12 538	82,2	18 806	165 667	74,8	772 815	15,9	139 703
Bekleidungsindustrie	159	12 514	86,2	18 129	119 794	77,7	502 935	4,0	12 419
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	267	22 076	67,4	30 310	379 680	58,8	3 893 073	.	377 581
Ernährungsindustrie	260	20 874	66,7	28 685	361 343	58,2	3 719 018	2,0	359 836
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	33	1 430	72,7	2 223	19 845	65,3	192 268	2,6	13 131
Molkereien und Milch verarbeitende Industrie	25	1 778	70,4	2 955	28 106	65,1	445 912	.	41 551
Brauereien und Mälzereien	48	4 930	72,0	7 063	98 038	64,7	663 837	3,9	116 909
Spirituosenindustrie	11	2 214	36,9	1 408	45 825	23,4	590 468	.	12 308
Wein verarbeitende Industrie	25	1 816	56,6	2 112	29 123	43,8	387 029	2,2	9 739
Mineralwasser- und Limonadenindustrie	39	3 287	73,9	5 375	55 594	68,8	288 042	1,2	20 141
Tabak verarbeitende Industrie	7	1 202	80,0	1 625	18 337	69,7	174 055	.	17 745
In s g e s a m t (einschl. Bergbau)	3 059	403 553	73,8	45 571	7 088 533	65,0	33 777 016	22,6	9 868 449

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) 1 t Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle = 1 t Steinkohlenbriketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 3,8 t Roh-
braunkohle = 1,4 t Braunkohlenbriketts und -koks = 0,7 t Heizöl = 1 500 cbm Gas = 2 500 kWh Strom.

Betriebe, Beschäftigung und Umsatz nach Verwaltungsbezirken 1972
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Beschäftigte		Geleistete Arbeiter- stunden	Lohn- und Gehalts- summe	Umsatz		
		insgesamt	Verän- derung zu 1971			insgesamt	Verän- derung zu 1971	Export- quote
	Anzahl		%	1 000	1 000 DM		%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	47	7 658	2,0	10 247	142 202	706 909	7,9	14,7
Landkreise								
Ahrweiler	93	8 231	- 1,9	12 410	133 259	568 568	7,4	11,8
Altenkirchen (Ww.)	146	17 948	1,4	26 472	305 805	1 240 985	7,2	10,7
Bad Kreuznach	130	17 259	0,7	23 962	266 853	915 269	11,8	16,8
Bad Kreuznach, St.	36	8 751	4,6	11 868	149 302	467 067	20,2	24,4
Birkenfeld	180	7 454	0,6	10 795	93 189	384 145	5,6	23,8
Idar-Oberstein, St.	127	6 057	- 1,2	8 452	74 286	300 537	3,6	25,6
Cochem-Zell	41	3 114	- 0,7	4 601	39 593	212 882	8,6	7,3
Mayen-Koblenz	231	17 964	- 1,6	28 824	324 926	1 830 091	6,0	18,2
Andernach, St.	45	5 542	2,1	8 765	102 179	837 142	3,1	28,0
Neuwied	145	18 845	- 1,3	26 490	340 044	1 517 232	7,7	14,0
Neuwied, St.	70	10 190	- 0,8	14 051	182 222	923 292	7,1	16,9
Oberwesterwaldkreis	111	6 609	0,6	10 409	104 428	390 931	10,1	10,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	71	7 186	8,7	10 973	107 851	464 481	31,1	19,1
Rhein-Lahn-Kreis	95	8 113	0,5	11 365	122 235	580 036	5,1	19,7
Lahnstein, St.	20	2 924	- 2,1	3 820	49 346	189 155	5,3	18,3
Unterwesterwaldkreis	148	12 359	- 1,3	18 420	210 089	702 872	11,5	15,3
Reg. Bez. Koblenz	1 438	132 740	0,3	194 968	2 190 474	9 514 401	8,8	15,4
Kreisfreie Stadt Trier	74	8 943	1,0	12 306	139 634	763 594	5,8	15,1
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	75	4 979	10,9	8 179	70 216	472 441	28,4	8,3
Bitburg-Prüm	58	4 570	13,2	7 374	68 913	371 915	34,2	7,3
Daun	64	3 662	- 1,5	6 021	56 665	263 948	9,8	4,8
Trier-Saarburg	42	6 587	- 5,0	9 959	92 936	364 096	- 5,8	19,7
Reg. Bez. Trier	313	28 741	2,5	43 839	428 364	2 235 994	12,2	11,9
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	32	11 744	- 3,5	12 657	201 462	663 584	3,8	26,8
Kaiserslautern	48	14 324	- 1,6	19 908	243 196	591 213	9,8	26,7
Landau i. d. Pfalz	27	3 419	- 1,0	4 580	46 505	149 746	- 3,9	5,2
Ludwigshafen a. Rhein	76	63 632	- 2,1	64 973	1 510 919	6 066 700	10,4	44,8
Mainz	103	24 069	- 3,4	28 613	485 318	3 445 099	22,4	24,1
Neustadt a. d. Weinstr.	35	3 903	- 4,3	5 229	59 260	219 559	0,6	18,8
Pirmasens	121	12 119	- 4,4	17 179	164 436	646 048	5,0	12,4
Speyer	53	7 960	1,9	10 589	138 270	617 004	9,6	5,9
Worms	72	11 820	- 3,3	17 209	206 332	1 314 181	0,9	12,3
Zweibrücken	20	6 125	- 10,7	8 547	101 920	414 762	30,2	.
Landkreise								
Alzey-Worms	35	2 637	- 6,6	3 915	38 520	182 394	5,6	5,8
Bad Dürkheim	80	8 803	- 2,6	13 210	138 740	571 130	10,3	7,8
Donnersbergkreis	53	6 594	0,2	10 239	100 827	444 462	14,2	15,3
Germersheim	71	14 159	2,4	21 309	260 625	3 367 150	6,1	.
Kaiserslautern	56	5 068	- 2,1	7 649	67 772	287 183	19,4	5,4
Kusel	48	4 431	0,6	7 226	58 581	173 694	8,4	12,2
Landau-Bad Bergzabern	68	6 860	- 2,6	10 430	100 595	455 311	12,5	13,1
Ludwigshafen	59	4 004	2,7	5 866	65 839	263 065	12,6	14,9
Mainz-Bingen	72	14 313	- 0,1	14 534	278 730	1 339 665	2,9	15,1
Bingen, St.	20	3 035	- 4,8	3 536	49 397	275 708	- 14,7	6,4
Pirmasens	179	16 088	- 2,2	24 185	201 848	814 671	4,8	6,9
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	1 308	242 072	- 2,1	308 047	4 469 695	22 026 621	10,0	26,9
Kammerbezirk Rheinhessen Pfalz	282 1 026	52 839 189 233	- 2,7 - 2,0	64 271 243 776	1 008 900 3 460 795	6 281 339 15 745 282	12,3 9,0	19,2 29,9
Rheinland-Pfalz	3 059	403 553	- 1,0	546 854	7 088 533	33 777 016	9,8	22,6
Kreisfreie Städte	708	175 716	- 1,9	212 037	3 439 454	15 598 399	11,3	29,4
Landkreise	2 351	227 837	- 0,4	334 817	3 649 079	18 178 617	8,4	16,8

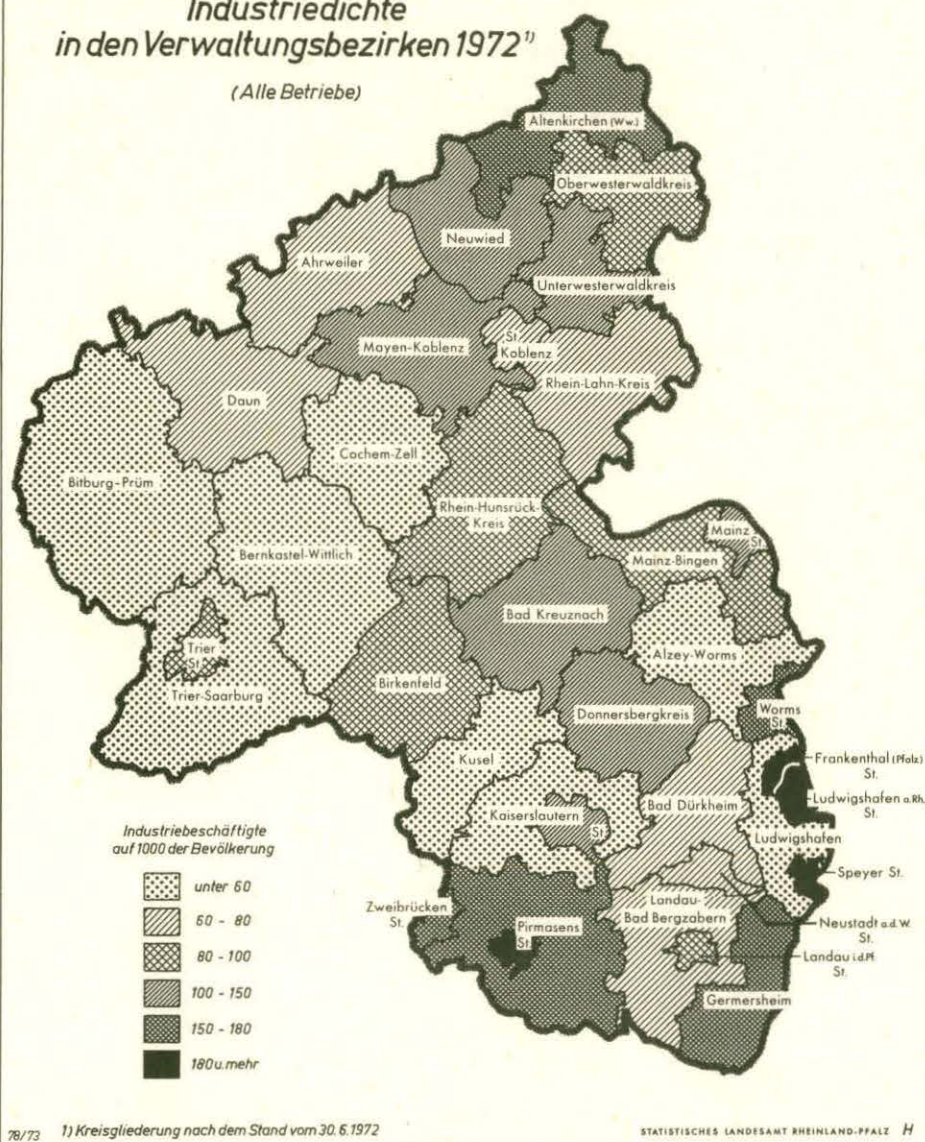
wogegen die Angestell-
tenzahl um + 1,8% zu-
nahm. In den Jahren 1960
und 1970 verhielten sich
die Anteile der Arbeiter
zu den Angestellten noch
wie 80,8 zu 19,2% bzw.
75,3 zu 24,7%. Nach den
vier Industriebauptgrup-
pen betrachtet, ergab sich
im Berichtsjahr für den
Verbrauchsgüterbereich
mit 81,3% der höchste so-
wie für die Nahrungs-
und Genußmittelindustri-
en mit 67,4% der niedrig-
ste Anteil an Arbeitern.
Die noch tiefere Aufglie-
derung nach Zweigen
macht hier besonders ho-
he Anteilsätze bei der
Schuhindustrie (86,6%),
der Bekleidungsindustrie
(86,2%), der Ziegelindu-
strie (84,0%), der Gewin-
nung und Aufbereitung
von Rohstoffen u. ä. Stoffen
(83,4%) sowie der Gum-
mi- und Asbestverarbei-
tung (82,7%) deutlich.

Vorderpfalz besitzt höchste Industriedichte

Da eine regionale Ana-
lyse der industriestatisti-
schen Ergebnisreihen vor
allem aus strukturpoliti-
schen Gründen von be-
sonderer Bedeutung er-
scheint, sind nachstehend
die wichtigsten Beschäf-
tigtenrelationen des Jah-
res 1972 sowohl nach ad-
ministrativen als auch nach bestimmten raumord-
nerischen Gebietseinheiten (Planungsregionen) dar-
gestellt. Bezogen auf alle Industriebetriebe wurden
am 30. September 413 220 Beschäftigte gezählt,
wobei im Vergleich zum entsprechenden Vorjahres-
zeitpunkt ein Rückgang um — 6 420 Personen bzw.
— 1,5% (darunter für Betriebe mit weniger als 10 tä-
tigen Personen: — 440 Personen bzw. — 6,0%) festzu-
stellen war. Im einzelnen macht die Gliederung nach
Verwaltungsbezirken wesentlich gravierendere Ver-
änderungstendenzen deutlich, als dies der durch-
schnittliche Entwicklungsverlauf erkennen läßt (für
Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten: — 1,0%).
Während hier unter den drei großen administra-
tiven Landesteilen lediglich für den Regierungs-
bezirk Rheinhessen-Pfalz eine nennenswerte Be-
schäftigteneinbuße um — 2,1% (Koblenz: + 0,3%;
Trier: + 2,5%) ermittelt wurde, ergeben sich aus
der tieferen kreisweisen Unterteilung bei einer
Reihe von Einheiten mitunter wesentlich schwer-
wiegendere Minderungen an industriellen Arbeits-
plätzen. Die höchsten negativen Veränderungs-

Industriedichte in den Verwaltungsbezirken 1972¹⁾

(Alle Betriebe)



raten mußten hier für die Landkreise Alzey-Worms
(— 6,6%) und Trier-Saarburg (— 5,0%) sowie die
kreisfreien Städte Zweibrücken (— 10,7%), Pirmasens
(— 4,4%) und Neustadt (— 4,3%) registriert werden.
Vornehmlich infolge der schon seit ge-
raumer Zeit zu beobachtenden überproportionalen
Expansion im gesamten tertiären Erwerbssektor
dürfen diese Rückgänge an industriellen Arbeits-
plätzen freilich nicht ohne weiteres mit einer ent-
sprechenden Erhöhung der Erwerbslosenzahl in den
betroffenen Gebieten gleichgesetzt werden. Ander-
erseits entbehren aber die sich hier zum Teil
widerspiegelnden längerfristigen wirtschaftlichen
Umschichtungs- bzw. Gesundschumpungsprozesse
nicht ganz einer gewissen sozioökonomischen Pro-
blematik. Im Gegensatz zu diesen Einbußen konn-
ten schließlich bei anderen Verwaltungsbezirken
teils spürbare Zugänge an Industriebeschäftigten
verzeichnet werden, worunter die kreisfreien Städte
Koblenz, Speyer und Trier mit + 2,0 sowie + 1,9
und + 1,0% sowie die Landkreise Bitburg-Prüm,
Bernkastel-Wittlich und Rhein-Hunsrück mit + 13,2

sowie + 10,9 und + 8,7% am deutlichsten herausragen.

Eines der wichtigsten Indizien für die Beurteilung eines Gebietes stellt die Industriedichte bzw. der Industriebesatz dar. Unter Zugrundelegung aller Industriebetriebe errechnete sich für Rheinland-Pfalz im September 1972 eine Relation von 112 Beschäftigten je 1 000 Einwohner (1969: 106), wobei allerdings der auf Bundesebene noch zu ermittelnde Wert wie in den Vorjahren (1971: 143) wiederum wesentlich darüber liegen dürfte. Aus der Differenzierung dieser Dichteziffer nach Verwaltungsbezirken ergibt sich für das Berichtsjahr eine Streuung zwischen 360 (Stadt Ludwigshafen) und 27 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern (Landkreis Alzey-Worms), wobei die kreisfreien Städte erwartungsgemäß überwiegend wesentlich höhere Werte ausweisen als die Landkreise. Stellt man den regional gegliederten Industriebesatzfiguren die entsprechend geordnete Bevölkerungs- bzw. Erwerbstätigenbilanz aus der letzten Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 gegenüber, so wird eine weitgehende Korrelation zwischen unterproportionaler Industriedichte und negativer Pendelwanderungsbilanz offensichtlich. Dies trifft im Regierungsbezirk Koblenz insbesondere für die Landkreise Ahrweiler, Cochem-Zell und Rhein-Lahn, für alle Landkreise des Regierungsbezirks Trier sowie im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz für die Landkreise Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Kaiserslautern, Kusel, Landau-Bad Bergzabern und Ludwigshafen zu, wogegen sämtliche kreisfreien Städte stets eindeutig positive Pendlersalden ausweisen.

Auch die Darstellung der Industriedichte nach den neun Planungsregionen des Landes läßt für 1972 teilweise noch auffallend starke Unterschiede erkennen. Im einzelnen streuten diese Relationen zwischen Extremen von 183 und 61 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohnern - also im Verhältnis wie 3 zu 1 - welche sich für die Regionen Vorderpfalz und Westeifel ergaben. Wenn man hierbei allerdings berücksichtigt, daß sich die im Jahre 1970 für diese beiden Gebiete errechneten Sätze noch auf 191 bzw. 49 stellten, kann gefolgert werden, daß es während des relativ kurzen Zeitraums der letzten beiden Jahre gelungen ist, das bestehende Industrialisierungsgefälle spürbar abzubauen. Im Berichtsjahr lagen außer der Vorderpfalz lediglich noch die Regionen Westerwald und Westpfalz mit Werten von 127 bzw. 122 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern über dem Landesdurchschnitt, während letzterer in den übrigen Gebieten Südpfalz (109), Nahe (107) und Rheinhessen (105) jeweils nur relativ geringfügig, in den Regionen Mittelrhein (80) und Mosel-Saar (62) hingegen noch erheblich unterschritten wurde.

Überproportionaler Entwicklungstrend gegenüber Bund

Bei Zugrundelegung des Berichtskreises der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten ergibt sich für 1972 in Rheinland-Pfalz eine Industriedichte von 109 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern, welche

beträchtlich hinter dem auf Bundesebene ermittelten Wert (135) zurückbleibt und lediglich vor Schleswig-Holstein (73) und Niedersachsen (108) unter den Ländern an drittletzter Stelle liegt. Die höchsten Relationen verzeichneten Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit 171 sowie 152 und 151. Demgegenüber läßt jedoch die Entwicklung des Industrialisierungsgrades in den letzten Jahren erkennen, daß bei einem nahezu konstanten Verlauf in Rheinland-Pfalz (1970: 110; 1971: 111; 1972: 109) für das Bundesgebiet eine bereits spürbar rückläufige Tendenz (142 sowie 139 und 135 Personen je 1 000 Einwohner) zu registrieren war. Aus diesen unterschiedlichen Verläufen ergibt sich, daß die heimische Industrie in ihrer Gesamtheit auch während der jüngsten Vergangenheit eine günstigere Entwicklung als in der Mehrzahl der übrigen Bundesländer zeitigte.

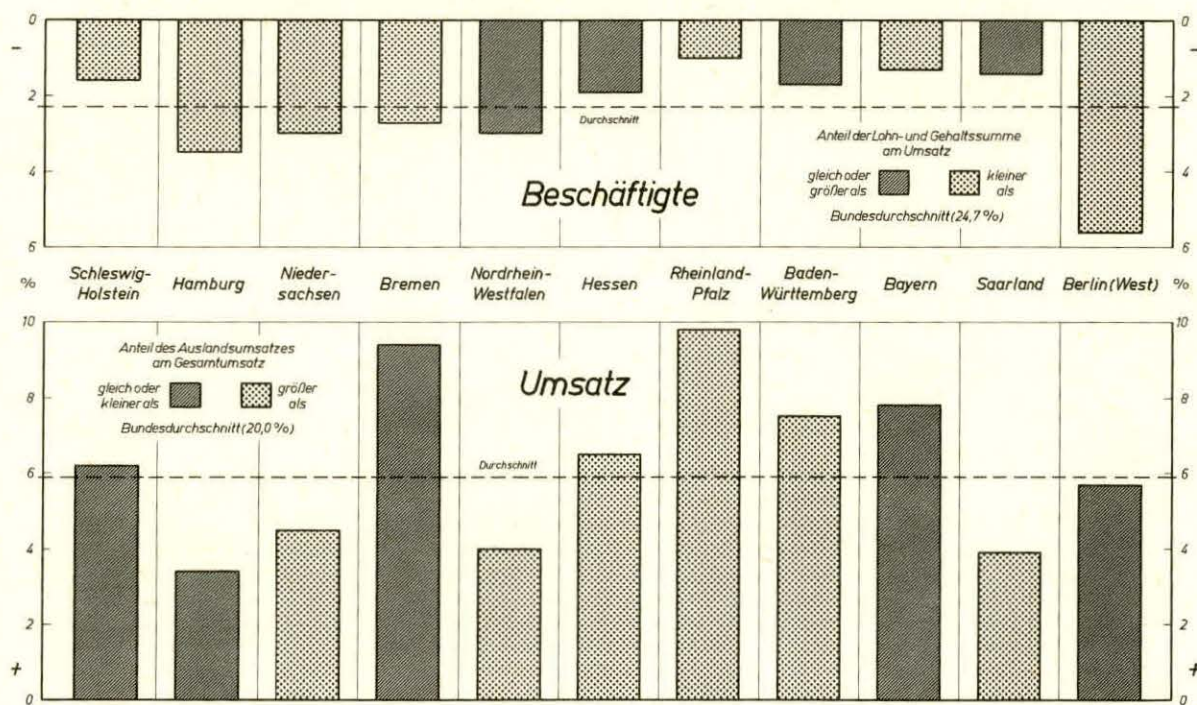
Dementsprechend errechneten sich im Berichtsjahr auch für Rheinland-Pfalz die geringste relative Beschäftigteneinbuße (- 1,0%) und die höchste Zuwachsrate des Umsatzes (+ 9,8%); die auf Bundesebene festgestellten entsprechenden Durchschnittssätze betrugen - 2,3 bzw. + 5,9%. Die Exportquote belief sich für Rheinland-Pfalz auf 22,6%, eine Quote, die nur noch vom Saarland mit 29,7% übertroffen wurde (Bundesgebiet: 20,0%). Hinsichtlich des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz konnte die für unser Bundesland ermittelte Relation (21,0%) lediglich durch die Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit 17,3 bzw. 19,6% unterboten werden. Der Bundesdurchschnitt lag hingegen mit 24,7% bereits sichtlich höher, während das Saarland mit 32,5% hier zahlenmäßig an der Spitze rangierte.

Relativ kontinuierliche Entwicklung im Jahresverlauf

Auch die Betrachtung der industriellen Entwicklung nach Jahresabschnitten läßt infolge der unterschiedlichen saisonalen und konjunkturellen Einflüsse im einzelnen bestimmte Differenzierungen erkennen und ermöglicht darüber hinaus schon eine Analyse der ersten Monate des laufenden Jahres. Während im letzten Vierteljahr 1971 die Produktion der Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum - und gemessen am Jahresmittel 1971 - überdurchschnittlich expandierte, lag das für das erste Quartal 1972 ermittelte Wachstum (+ 9,1%) merklich unter dem Jahresdurchschnitt 1972 (+ 10,8%), um dann in den darauffolgenden Monaten wieder stärker aufzuholen. Bezogen auf die entsprechenden Vorjahresmonate errechneten sich im Berichtsjahr für die Monate März (+ 13,1%), April (+ 11,5%), Juli (+ 11,1%), August (+ 11,9%), September (+ 14,0%), November (+ 11,5%) und Dezember (+ 14,2%) jeweils überproportionale Steigerungsraten, wobei weiterhin auch der Produktionsverlauf der Monate Januar und Februar 1973 mit + 11,0 bzw. + 15,0% durch einen kräftigen Aufschwung gekennzeichnet war, um dann im März mit + 4,6% merklich abzuflachen (erstes Vierteljahr 1973: + 9,8%). Insgesamt gesehen ergibt sich

Beschäftigten- und Umsatzentwicklung der Industrie nach Bundesländern 1972

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)



76/73

STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ H

somit für 1972 wie auch das erste Quartal des laufenden Jahres eine vergleichsweise günstige und kontinuierliche Entwicklung der industriellen Produktion. Dies dürfte nicht zuletzt auf den allgemeinen konjunkturellen Aufwärtstrend während der Berichtsperiode zurückzuführen sein, welcher einmal durch spürbare Lockerungen im geld- und kreditpolitischen Bereich, zum anderen durch teilweise starke Nachfragesteigerungen auf den in- und ausländischen Märkten maßgeblich beeinflusst wurde.

Die entsprechenden saisonalen Entwicklungsreihen für Beschäftigte, Arbeitsleistung und Umsatz folgen zwar im großen und ganzen dem aufgezeigten Produktionsverlauf, weichen aber teilweise auch merklich davon ab. Bei den Industriebetrieben mit 10 und mehr tätigen Personen war während des Berichtsjahres der Beschäftigtenstand stets durch Einbußen - und darunter lediglich in den Monaten Januar, August, November und Dezember durch unterdurchschnittliche Rückgänge - im Vergleich zu den Vorjahresmonaten gekennzeichnet. Die Arbeitsleistung entwickelte sich im Januar (- 1,3%), Februar (- 0,7%), Mai (- 0,2%), Juni (+ 1,1%), August (+ 3,0%), Oktober (- 0,5%), November (- 1,9%) jeweils vergleichsweise günstig, während die höchsten Umsatzsteigerungen in den Monaten Januar (+ 13,8%), Mai (+ 14,0%), August (+ 16,3%) und Oktober (+ 12,6%) festzustellen waren. Im ersten Quartal 1973 konnten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum für

Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden und Umsatz mit + 0,2 sowie - 0,3 und + 13,7% jeweils Veränderungsdaten verzeichnet werden, welche die entsprechenden Jahresdurchschnitte von 1972 merklich übersteigen.

Nahrungs- und Genußmittelsektor zeigt stärkste Investitionsintensität

Da die Investitionsentscheidungen der Industrie in erster Linie unter Berücksichtigung der jeweiligen und erfahrungsgemäß eher kurz- oder mittelfristig bestimmten konjunkturellen Gegebenheiten zu interpretieren sind, kann die zeitliche Bewegung dieser Größen nicht ohne weiteres an den für die Mehrzahl der übrigen Eckwerte - wie insbesondere für den Beschäftigtenstand - charakteristischen, und zwar durch einen in der Regel wesentlich höheren Stetigkeitsgrad gekennzeichneten, Entwicklungsverläufen gemessen werden, wobei weiterhin noch der Preiskomponente eine Bedeutung zukommt. Was die Investitionsentwicklung in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet betrifft, war nach der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession der Jahre 1966/67 bereits für 1969 ein sichtlicher Höhepunkt festzustellen, wogegen die innerhalb der Jahre 1970 und 1971 ermittelten Anlagenzugänge erneut eine spürbare Abflachung in diesem Verlauf widerspiegeln.

Im Jahre 1971 wurden insgesamt 1 819 rheinland-pfälzische Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten gezählt, welche mit 339 219 tätigen

Unternehmen, Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen nach hauptbeteiligten Industriezweigen 1971
(Unternehmen / Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig	Unternehmen ¹⁾						Betriebe ¹⁾			
	ins- ge- samt	Be- schäf- tigte	Umsatz 2)	Investitionen ³⁾			ins- ge- samt	Be- schäf- tigte	Investitionen ³⁾	
				ins- ge- samt	je Be- schäf- tigten	Ver- hältnis zum Umsatz			ins- ge- samt	je Be- schäf- tigten
	Anzahl	1 000 DM	DM	%	Anzahl	1 000 DM	DM			
<u>Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien</u>	379	117 045	11 306 763	872 615	7 455	7,7	507	131 620	1 132 456	8 604
Industrie der Steine und Erden	206	19 025	1 330 230	130 245	6 846	9,8	283	24 329	178 537	7 338
Natursteinindustrie	37	3 712	284 082	29 775	8 021	10,5	56	2 870	22 982	8 008
Sand- und Kiesindustrie	9	627	40 883	6 283	10 021	15,4	12	714	8 633	12 091
Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farberden, Schiefer u. ä. Steine und Erden	16	1 151	53 197	5 815	5 052	10,9	30	1 689	8 535	5 053
Zementindustrie	5	1 040	93 146	8 583	8 253	9,2	5	1 347	35 438	26 309
Kalkindustrie							8	1 116	9 735	8 723
Ziegelindustrie	16	739	30 862	1 801	2 437	5,8	19	862	2 313	2 683
Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen	6	2 900	153 048	9 825	3 388	6,4	21	5 081	14 530	2 860
Betonsteinindustrie	40	2 173	139 690	20 778	9 562	14,9	49	2 546	25 639	10 070
Bims- und Bimssteinindustrie	51	3 440	294 216	24 081	7 000	8,2	52	3 562	24 956	7 006
Sonstige Industrien der Steine und Erden	17	2 792	207 552	21 080	7 550	10,2	20	4 024	23 489	5 837
Eisenschaffende Industrie; NE-Metall- industrie	4	4 424	825 436	117 038	6 455	14,2	8	6 656	124 939	18 771
Gießereiindustrie	19	5 210	249 332	18 220	3 497	7,3	29	7 818	23 597	3 018
Ziehereien und Kaltwalzwerke	9	1 622	152 879	8 298	5 116	5,4	11	1 966	13 293	6 761
Chemische Industrie (einschl. Mineralölver- arbeitung und Kohlenwertstoffindustrie)	73	73 552	7 722 736	476 637	6 480	6,2	85	73 306	491 438	6 704
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	36	3 790	291 260	40 983	10 813	14,1	48	4 696	47 498	10 115
Säge-, Hobel-, Furnier- und Holz- imprägnierwerke	34	42	2 530	8 504	3 361
Sperrholz-, Holzfasern- und Holzspan- plattenwerke	2	6	2 166	38 994	18 003
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	13	3 068	208 829	49 926	16 273	23,9	17	4 285	55 529	12 959
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	19	6 354	526 061	31 268	4 921	5,9	26	8 564	197 625	23 076
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	438	86 064	4 611 671	293 508	3 410	6,4	616	129 370	628 931	4 861
Stahl- und Leichtmetallbau	50	6 447	364 788	19 121	2 966	5,2	63	6 803	19 049	2 800
Maschinenbau; Büromaschinen und Datenverarbeitung	145	42 134	2 146 699	105 577	2 506	4,9	193	49 534	178 965	3 613
Straßenfahrzeugbau	19	5 188	327 969	18 358	3 539	5,6	38	22 500	242 720	10 788
Schiff- und Luftfahrzeugbau	8	944	44 242	1 795	1 901	4,1	9	2 619	6 658	2 542
Elektrotechnische Industrie	75	10 724	500 940	40 200	3 749	8,0	122	20 225	55 131	2 726
Feinmechanische und optische Industrie	12	2 966	119 781	5 839	1 969	4,9	16	3 282	6 134	1 869
Stahlverformung	20	3 496	202 613	27 129	7 760	13,4	29	4 295	26 865	6 255
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	109	14 165	904 639	75 489	5 329	8,3	146	20 112	93 409	4 644
Werkzeugindustrie	11	951	32 337	1 927	2 026	6,0	17	1 335	2 545	1 906
Stahlblechwarenindustrie	48	5 541	410 321	29 699	5 360	7,2	61	7 203	40 899	5 678
NE-Metallwarenindustrie	8	1 196	83 943	7 927	6 628	9,4	8	1 196	7 927	6 628
Feinblechpackungsindustrie	2	8	2 124	9 026	4 250
Metallwarenindustrie	24	3 683	241 576	25 793	7 003	10,7	28	4 068	17 114	4 207
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	822	115 277	5 868 523	407 583	3 536	6,9	1 000	124 001	561 612	4 529
Feinkeramische Industrie	44	5 385	229 588	17 418	3 235	7,6	52	7 455	24 124	3 236
Glasindustrie	16	8 451	534 215	47 758	5 651	8,9	19	8 963	68 659	7 660
Holz verarbeitende Industrie	106	15 871	929 439	67 766	4 270	7,3	122	15 028	69 572	4 629
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie	52	2 690	133 236	3 508	1 304	2,6	53	2 659	3 098	1 165
Schmuckwarenindustrie	24	1 318	56 679	1 271	964	2,2	24	1 318	1 271	964
Edelsteinindustrie	19	933	60 103	1 867	2 001	3,1	20	902	1 457	1 615
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	48	6 557	396 549	40 231	6 136	10,1	57	6 605	40 345	6 108
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	98	9 773	401 121	36 610	3 746	9,1	100	8 499	37 899	4 459
Kunststoff verarbeitende Industrie	90	13 064	991 827	77 627	5 942	7,8	103	13 479	73 397	5 445
Leder erzeugende Industrie	10	1 124	75 513	2 096	1 865	2,8	11	875	1 923	2 198
Leder verarbeitende Industrie	38	4 892	181 410	5 006	1 023	2,8	47	4 934	5 011	1 016
Schuhindustrie	167	27 193	1 087 927	25 381	933	2,3	225	29 210	25 127	860
Textilindustrie	55	11 072	578 377	76 532	6 912	13,2	69	13 576	202 961	14 950
Bekleidungsindustrie	98	9 205	329 331	7 650	831	2,3	142	12 718	9 496	747
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	180	20 833	3 214 471	204 004	9 792	6,3	213	22 222	226 099	10 174
Ernährungsindustrie	175	20 176	3 126 318	203 085	10 066	6,5	206	20 937	216 697	10 350
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	19	1 090	133 398	10 448	9 585	7,8	21	1 358	10 676	7 862
Molkereien und Milch verarbeitende Industrie	17	2 276	493 440	44 400	19 508	9,0	25	1 873	42 908	22 908
Brauereien und Mälzereien	37	4 843	568 062	56 502	11 667	9,9	42	4 839	54 439	11 250
Spirituosenindustrie	7	2 363	678 248	12 439	5 264	1,8	8	2 385	12 648	5 303
Wein verarbeitende Industrie	17	1 954	443 284	17 502	8 957	3,9	17	1 954	17 502	8 957
Mineralwasser- und Limonadenindustrie	27	4 107	313 337	45 212	11 009	14,4	29	3 311	41 729	12 603
Tabak verarbeitende Industrie	5	657	88 153	919	1 399	1,0	7	1 285	9 402	7 317
Insgesamt	1 819	339 219	25 001 438	1 777 710	5 241	7,1	2 336	407 213	2 549 098	6 260

1) Mit Sitz in Rheinland-Pfalz. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Einschl. Investitionssteuer.

Personen einen Umsatz von reichlich 25 Mrd. DM erzielten und für den Neuzugang an Anlagegütern einen Betrag von 1 778 Mill. DM investierten. Damit ließ die Investitionsneigung innerhalb dieses Berichtskreises gegenüber dem Vorjahr eine beträchtliche Rückläufigkeit um $-20,4\%$ erkennen, während sich für die Jahre 1969 und 1970 hier jeweils sehr spürbare Steigerungsraten von $+55,3\%$ bzw. $+29,9\%$ errechneten hatten. Nach Industriehauptgruppen geordnet, waren zwischen 1970 und 1971 sehr unterschiedliche Entwicklungsverläufe zu registrieren, wobei sich die Veränderungsraten im einzelnen bei den Grundstoff- und Produktionsgüter- auf $-33,7\%$, den Investitionsgüter- auf $+7,5\%$, den Verbrauchsgüter- auf $-11,3\%$ sowie den Nahrungs- und Genußmittelindustrien auf $+10,6\%$ beliefen. Als Anteilsätze errechneten sich 1971 für diese Bereiche 49,1 und 16,5 sowie 22,9 und $11,5\%$. Während die Entwicklung der Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten) und der Investitionsquote (Anteil der Investitionen am Umsatz) in den zurückliegenden Jahren seit 1968 durch einen stetigen Aufwärtstrend gekennzeichnet war, mußte nunmehr für 1971 wiederum ein merklicher Rückgang auf 5 240 DM je tätige Person und $7,1\%$ des Umsatzes (1970: 6 540 DM bzw. $9,7\%$) registriert werden. Bei der sektoralen Differenzierung belegten im Berichtsjahr hinsichtlich der Investitionsintensität die Nahrungs- und Genußmittel- sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit 9 790 bzw. 7 455 DM je Beschäftigten (1970: 8 740 bzw. 10 890 DM) und seitens der Investitionsquote die Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie die Verbrauchsgüterindustrien mit $7,7$ bzw. $6,9\%$ (1970: $12,3$ bzw. $8,7\%$) unter den Industriehauptgruppen die ersten Plätze. Aus der rückläufigen Entwicklung dieser Dichterelationen im Vergleich zum Vorjahr kann geschlossen werden, daß 1971, anders als von 1968 bis 1970, eher Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund standen, wobei die investierten Mittel wieder überwiegend, das heißt zu $72,3\%$ für die Anschaffung von Maschinen und maschinellen Einrichtungen sowie die Erneuerung der Betriebs- und Geschäftsausstattung eingesetzt wurden (1970: $71,8\%$).

Unter Zugrundelegung des Investitionsvolumens der in Rheinland-Pfalz ansässigen Industriebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten (2 336 Betriebe mit 407 210 tätigen Personen), ergibt sich, daß dieses mit 2 549 Mill. DM um 770 Mill. DM bzw. um $43,4\%$ höher war als dasjenige der hier beheimateten Unternehmen. Dies ist vorwiegend auf die Tatsache zurückzuführen, daß den in Rheinland-Pfalz gelegenen Industriebetrieben, welche von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern verwaltet werden, ein wesentlich größeres Gewicht als den Zweigbetrieben heimischer Unternehmen außerhalb unseres Landes zukommt. Besonders auffallende Differenzen dieser Art zwischen Unternehmens- und Betriebsergebnissen über Investitionen konnten in den Bereichen Zement- und Kalk-, Gummi und Asbest verarbeitende, Maschinenbau-, Büromaschinen- und Datenverarbeitungs-, Fahrzeugbau-, Textil- sowie Tabak verarbeitende Industrie beobachtet werden. Für Betriebe ergab sich eine Investitionsintensität von 6 260 DM gegenüber nur 5 240 DM je Beschäftigten für den Unternehmensberichts-kreis.

Gemessen am Beschäftigtenstand, war 1971 der Anteil für Zweigbetriebe von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern an allen rheinland-pfälzischen Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen, welcher sich im Durchschnitt auf $21,7\%$ - das heißt auf mehr als ein Fünftel - belief, in den Bereichen Straßenfahrzeugbau ($73,7\%$), Gummi- und Asbestverarbeitung ($49,3\%$), Elektrotechnische Industrie ($47,4\%$) sowie Eisen schaffende Industrie ($35,3\%$) am höchsten, wogegen die Sektoren Lederverarbeitung ($2,1\%$) sowie chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie ($6,0\%$) die niedrigsten Quoten auswiesen. Andererseits waren die von rheinland-pfälzischen Unternehmen erfaßten Beschäftigten lediglich zu $5,0\%$ - also nur zu einem Zwanzigstel - in Zweigbetrieben außerhalb des Landes tätig, wobei hier Spitzensätze bei der Kunststoff- und der Holzverarbeitung sowie dem Maschinenbau einschließlich Büromaschinen und Datenverarbeitung mit $12,7$ sowie $12,1$ und $9,0\%$ errechnet wurden.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1972

Seit Jahren finden aufgrund des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18.5. 1956 laufende Erhebungen über Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten ausgewählter Wirtschaftsbereiche statt, die Aufschluß über Situation und Entwicklung der Arbeitnehmerverdienste geben sollen. Nachfolgende Ausführungen beziehen sich auf die Ergebnisse dieser regelmäßig repräsentativ vorgenommenen Erhebungen, die vierteljährlich für Industrie und Handel, halbjährlich für das Handwerk und im September jeden Jahres für die Landwirtschaft durchgeführt werden. Die Erfassung der laufend an die Arbeitnehmer gezahlten Beträge wurde durch Einbeziehung der einmaligen Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt usw. im Rahmen einer erstmalig für das Jahr 1971 durch-

geführten Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel ergänzt, deren Ergebnisse für 1972 zu einem späteren Zeitpunkt gesondert dargestellt werden sollen.

Von den im Herbst 1964 ausgewählten 1 400 Industriebetrieben berichteten im Oktober 1972 noch etwa 1 200 mit rund 151 600 Arbeitern und 63 700 Angestellten. Innerhalb dieser Jahre hat sich bei rückläufiger Zahl der Betriebe eine geringfügige Erhöhung der erfaßten Beschäftigtenzahl ergeben, obwohl erhebliche Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten die unterschiedliche Konjunkturlage in diesem Zeitraum erkennen ließen.

In der halbjährlichen Lohnerhebung im Handwerk hat sich die Zahl der 1966 ausgewählten 1 022 Betriebe

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter					Bruttomonatsverdienste der Angestellten										
	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)			Hand- werk	Land- wirt- schaft 1)	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe			Öffent- licher Dienst 2)	
	ins- gesamt	Männer	Frauen			Männer	kaufmänn. Angestellte		technische Angestellte		kaufmänn. Angestellte					
							ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer		Frauen
	%															
1962	9,9	8,3	8,9	11,9	14,4	8,4	8,1	9,3	7,8	7,7	9,2	8,2	7,9	8,1	4,8	
1963	9,7	10,3	8,2	9,9	6,3	8,0	7,0	9,3	6,9	6,8	7,7	9,8	8,8	10,5	5,1	
1964	10,1	10,5	9,4	9,0	8,1	8,1	7,5	8,6	7,0	7,4	5,6	10,0	7,5	10,7	3,1	
1965	9,8	10,0	9,5	9,6	17,1	8,9	8,8	8,4	8,5	8,5	9,9	9,8	9,4	6,8	5,6	
1966	2,1	1,9	3,1	5,4	3,5	5,1	5,2	5,3	4,9	4,8	4,4	8,4	8,1	8,4	.	
1967	-	- 0,5	0,8	-	-	3,9	4,3	3,0	2,4	2,5	2,2	3,8	3,4	3,5	-	
1968	7,7	7,5	7,6	6,2	2,3	5,7	6,2	4,8	5,8	5,9	4,7	5,4	5,5	5,6	3,6	
1969	13,8	14,0	10,6	12,1	12,7	10,4	10,4	11,5	12,0	12,2	11,5	8,7	8,7	8,4	6,8	
1970	14,6	15,4	12,7	15,1	10,8	12,5	12,0	13,5	13,3	13,4	14,1	11,0	12,3	10,7	14,2	
1971	7,7	7,3	10,2	10,5	7,5	9,1	8,4	10,0	8,1	7,8	10,6	11,8	11,0	12,7	9,1	
1972	8,1	8,1	8,2	13,2	10,3	9,1	9,3	9,6	7,9	8,1	8,0	10,4	9,1	12,3	6,9	

1) Bundesgebiet. - 2) Verg.-Gr. VIb BAT (40 Jahre, ledig, Ortsklasse A).

mit etwa 5 000 Beschäftigten ständig verringert. Sie betrug im November 1972 noch 866 und die Zahl der Beschäftigten etwa 4 300.

In der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft gibt es nicht genügend größere landwirtschaftliche Betriebe mit Stundenlöhnen außer Hausgemeinschaft, deren Verdienste mit denen in Industrie und Handwerk vergleichbar wären, so daß bei der Darstellung der Verdienstentwicklung dieses Wirtschaftszweiges auf Durchschnittswerte für das gesamte Bundesgebiet zurückgegriffen werden muß. Es ist nicht anzunehmen, daß die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verdienste in Rheinland-Pfalz wesentlich anders verlaufen sein sollte als im übrigen Bundesgebiet.

Wieder steigende Tendenz der Lohnentwicklung

Nachdem die Verdienste der Industriearbeiter in den Jahren der Hochkonjunktur des abgelaufenen Konjunkturzyklus 1967/72 rasch angestiegen waren - die Steigerungssätze der Bruttowochenverdienste in der Industrie betrugen auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung bis zu 15% - zeigte sich bei verhaltener Konjunkturentwicklung seit Anfang 1971 eine deutliche Abschwächung der Lohnsteigerungen gegenüber den vorangegangenen Jahren. Da sich diese Tendenz im abgelaufenen Jahr nicht weiter fortgesetzt hat - die Zunahme der Bruttowochenverdienste in der Gesamtindustrie stieg von Oktober 1971 (+ 7,7% gegenüber 1970) zu Oktober 1972 (+ 8,1%) wieder geringfügig an - kann von einer Wende der Lohnentwicklung gesprochen werden. Für die weitere Beschleunigung des Lohnauftriebs ist die Tatsache bemerkenswert, daß - im Gegensatz zu dem 1967 erreichten unteren Wendepunkt des vorangegangenen Zyklus - die Steigerungsrate diesmal auf etwa 8% zurückging. Ähnlich verlief die Entwicklung bei der Zahl der Mehrarbeitsstunden, soweit es sich um die Arbeiter in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau handelt, die im Jahr der Rezession (1967) nur auf eine wöchentliche Mehrarbeitszeit von 2,5 Stunden kamen. Im Verlauf der Hochkonjunktur erhöhte sich die Zahl auf 4,1 (1969), während in der Phase der konjunkturellen Abschwächung Werte von 3,5 (Oktober 1971) und 2,3 (Januar 1972) ermittelt wurden. Von Oktober 1971 zu Oktober 1972 ergab sich aus dem Verhältnis 3,4 zu 3,5 nur noch ein geringfügiger Abstand zum Vorjahreswert.

Auch im Handwerk war die Entwicklung bis 1971 von einer Abflachung des Lohnauftriebs gekennzeichnet, obwohl das Ausmaß der Veränderung geringer war. Die Zunahme der Wochenverdienste erreichte hier, nachdem 1969 und 1970 Steigerungssätze von 12 bzw. 15% verzeichnet wurden, immerhin noch + 10,5% (1971) und im Berichtszeitraum bereits wieder + 13,2%. Mit knapp + 8% war die Zuwachsrate der durchschnittlichen Wochenverdienste im zweiten Halbjahr von Mai bis November 1972 annähernd doppelt so hoch wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die Durchschnittsgehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie und Handel verbesserten sich in Jahresfrist zwischen + 7,9 und + 10,4%, wobei die Angestellten bei Handel, Banken und Versicherungen am besten abschnitten. Die technischen Angestellten blieben dagegen mit + 7,9% wieder etwas dahinter zurück.

Die Lohn- und Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst ist nur unter Einschränkungen mit den Verbesserungen der Bezüge in der Industrie vergleichbar, da sich finanzielle Veränderungen in diesem Bereich oft nur schwer als durchschnittliche prozentuale Steigerung berechnen lassen. Die Bruttomonatsverdienste der Angestellten im öffentlichen Dienst nahmen im Berichtsjahr um etwa 7% zu (1971 + 9,1%).

Um sich eine Vorstellung von dem realen Kaufkraftgewinn machen zu können, sind die nominalen Einkommensverbesserungen um die im Berichtszeitraum festgestellte Steigerung der Lebenshaltungskosten zu reduzieren. Da der Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist - von Oktober 1971 bis Oktober 1972 waren es + 6,1, im Vorjahr + 6,3%, ist der reale Verdienstzuwachs gering gewesen.

Durchschnittliche Stundenlöhne der Industriearbeiter bei 7,77 DM

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung hatten die männlichen Arbeiter im Oktober 1972 in der rheinland-pfälzischen Gesamtindustrie einschließlich Hoch- und Tiefbau einen

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie und Handwerk
nach Leistungsgruppen und Geschlecht 1971 und 1972

Leistungs- gruppe	Bruttostundenlohn			Bruttowochenlohn			Geleistete Wochenarbeitszeit				Bezahlte Wochen- arbeitszeit	
							insgesamt		Mehrarbeitszeit			
	1971	1972	Verän- derung	1971	1972	Verän- derung	1971	1972	1971	1972	1971	1972
	DM		%	DM		%	Stunden					
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)												
Insgesamt												
1	7,53	8,20	8,9	338	365	8,0	41,1	40,5	4,1	4,0	44,9	44,5
2	6,43	6,96	8,2	281	302	7,5	39,7	39,0	3,1	3,0	43,8	43,4
3	5,34	5,84	9,4	229	251	9,6	39,2	39,2	2,7	2,9	42,9	43,0
Insgesamt	6,69	7,27	8,7	295	319	8,1	40,2	39,7	3,5	3,4	44,1	43,8
Männer												
1	7,61	8,29	8,9	344	371	7,8	41,2	40,7	4,3	4,1	45,1	44,8
2	6,92	7,49	8,2	312	334	7,1	40,6	39,9	4,0	3,9	45,1	44,7
3	6,00	6,53	8,8	268	295	10,1	41,3	41,7	4,0	4,5	44,7	45,2
Zusammen	7,15	7,77	8,7	322	348	8,1	41,0	40,5	4,2	4,1	45,1	44,8
Frauen												
1	5,74	6,19	7,8	227	246	8,4	37,7	37,2	0,6	0,7	39,6	39,8
2	4,91	5,36	9,2	197	215	9,1	37,1	36,7	0,7	0,6	40,2	40,1
3	4,51	4,94	9,5	184	200	8,7	36,8	36,4	1,2	1,1	40,8	40,5
Zusammen	4,81	5,26	9,4	195	211	8,2	37,0	36,6	0,9	0,8	40,4	40,2
Handwerk												
Männer												
Vollgesellen	6,98	7,86	12,6	310	348	12,3	39,8	39,6	3,7	3,7	44,4	44,3
Junggesellen	5,37	6,10	13,6	234	267	14,1	39,1	39,2	3,0	3,3	43,5	43,8
Übrige Arbeiter	5,60	6,17	10,2	253	284	12,3	40,8	41,4	5,0	5,7	45,3	46,0
Insgesamt	6,64	7,52	13,3	295	334	13,2	39,8	39,7	3,7	3,8	44,4	44,3

Bruttostundenverdienst von 7,77 DM. Die Zunahme betrug von Oktober 1971 bis Oktober 1972 + 8,7% (1970/71 + 9,0%). Aufgegliedert nach Leistungsgruppen lagen die Steigerungssätze zwischen + 8,2 und + 8,9%, wobei die Bezüge für Arbeiter der Leistungsgruppe 1 die günstigste relative Veränderung aufweisen; mit einer Zunahmerate von fast 9% stellte sich das bereits erreichte hohe Lohnniveau der Facharbeiter auf 8,29 DM je Stunde. Bei den Frauen waren die Differenzierungen mit + 7,8% in Leistungsgruppe 1 und + 9,5% in Gruppe 3 nur geringfügig größer. Die Zunahme des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes aller weiblichen Arbeiter (+ 9,4%) war etwas günstiger als der prozentuale Gewinn, den ihre männlichen Kollegen verbuchen konnten (+ 8,7%).

Saisonale Schwankungen, bedingt durch Einschränkung der Beschäftigung in den Außenberufen, wirkten sich von Oktober 1971 bis Januar 1972 auf die Bruttowochenlöhne der Männer in Höhe von - 2% aus, während sich die Bruttostundenlöhne der männlichen Arbeiter noch um 2% erhöhten. Dagegen ist bei der Frauenbeschäftigung meist mit einer Verbesserung der Bezüge in diesem Zeitraum zu rechnen. So stiegen diese Wochenverdienste um 1% und die Bruttostundenverdienste um 3%. Verhältnismäßig hoch war dagegen die Zunahme der Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter von Januar bis April 1972. Die Bruttostundenlöhne nahmen um 4,3%, die Bruttowochenlöhne sogar um 7,6% zu. Die Ursachen dieser Steigerung - vorwiegend

saisonbedingt, offenbar aber auch noch konjunkturell beeinflusst - wirkten sich wesentlich stärker als in den Jahren zuvor aus (1971 + 2,4 bzw. 3,3%).

Nach den Ergebnissen der halbjährlichen repräsentativen Verdiensterhebung in neun ausgewählten Handwerkszweigen sind die durchschnittlichen effektiven Bruttostundenverdienste aller Arbeiter von November 1971 zu November 1972 um 13,3% auf 7,52 DM gestiegen. Da die Frauenbeschäftigung hier nicht sehr häufig ist, beschränkt sich die Auswertung der Lohnerhebung in diesem Bereich auf die männlichen Beschäftigten. Im einzelnen erhöhten sich die Stundenlöhne der Vollgesellen um 12,6% auf DM 7,86, während die übrigen Arbeiter auf eine Steigerung ihrer Bezüge um 10,2% kamen und damit einen Stundenlohn von DM 6,17 erreichten. Die Zunahme der Löhne von Junggesellen lag dagegen bei rund 14%.

Zuwachsraten der Angestelltenverdienste günstiger

Wie im vorangegangenen Jahr wurden auch 1972 die Steigerungssätze der Arbeiterwochenverdienste von den prozentualen Verbesserungen der Angestelltenverdienste übertroffen, während in den Jahren der Hochkonjunktur das umgekehrte Verhältnis zu beobachten war. Etwas stärker als die ihrer männlichen Kollegen (+ 9,3%) sind in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau die Bruttomonatsverdienste der weiblichen kaufmännischen Angestellten mit + 9,6% gestiegen, obwohl dabei zu berücksichtigen ist, daß das durchschnittliche Gehaltsniveau dieser Angestelltengruppe von

1 206 DM erheblich unter dem entsprechenden Monatsverdienst der Männer (1 858 DM) liegt. Die als technische Angestellte ausgewiesene Gruppe erreichte eine Verbesserung ihrer Bezüge um 8% und kam damit auf durchschnittlich 1 966 DM. Der Mittelwert für den weiblichen technischen Angestellten (1 383 DM) blieb jedoch ebenfalls hinter dem Verdienst der Männer (2 026 DM) zurück.

Die Monatsverdienste der kaufmännischen Angestellten im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhten sich etwas stärker als die Einkommen der Angestellten in der Industrie. So ergab sich für alle kaufmännischen Angestellten im Handel ein Zuwachs von über + 10%, für die weiblichen Angestellten sogar von + 12,3%. Erhebliche Unterschiede weisen die Mittelwerte der Monatsverdienste zwischen Industrie und Handel auf. DM 1 524 verdiente ein männlicher Angestellter im Handel, 1 858 DM ein Angestellter in der Industrie, die weiblichen Angestellten 939 bzw. 1 206 DM.

Arbeitszeiten leicht rückläufig

Zur Berechnung der effektiven Wochenverdienste werden die Arbeitszeiten der Arbeiter benötigt. Anzugeben sind geleistete und bezahlte Wochenarbeitszeiten sowie die darin enthaltene Zahl der Mehrarbeitsstunden. Die geleistete Wochenarbeitszeit der männlichen Arbeiter ging von Oktober 1971 bis Oktober 1972 um eine halbe Stunde zurück, die bezahlte verringerte sich um 0,3 Stunden. Mit einem Durchschnitt von 36,6 lag die geleistete Wochenarbeitszeit der Frauen um etwa 4 Stunden unter derjenigen ihrer männlichen Kollegen (40,5).

Eine leicht rückläufige Tendenz in der Entwicklung der Arbeitszeiten war auch beim Handwerk zu beobachten. Nur die durchschnittliche Mehrarbeitszeit erhöhte sich von November 1971 zu November 1972 geringfügig auf nunmehr 3,8 Stunden je Woche.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Sozialer Wohnungsbau 1972

Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaues in den vergangenen zwei Jahrzehnten zeigt einen recht wechselvollen Verlauf. Während es in den 50er Jahren zu dem eigentlichen Höhepunkt im Bau der von der öffentlichen Hand bewilligten Wohnungen kam, ergab sich im folgenden Jahrzehnt eine sowohl durch politische als auch in erheblichem Maße durch wirtschaftliche Gegebenheiten bedingte Umstruktuiierung der Vergaben. In jener Situation war für die weitere Entwicklung dieses Bereiches entscheidend, daß eine allgemeine Aufwertung der Wohnungsbaupolitik mit entsprechenden Konsequenzen in den Haushalts- und Finanzplänen zu erfolgen hatte. Eine solche Neuorientierung trat mit dem 1970 konzipierten und ab 1971 angelaufenen langfristigen Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung ein. Nach den Zielvorstellungen dieses Programms ist in den 70er Jahren von einer durchschnittlichen Bauleistung von 500 000 Wohnungen pro Jahr auszugehen. Solche Voraussagen lassen sich natürlich nur unter dem Vorbehalt abgeben, daß aus der allgemeinen wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung und auf Grund der von Jahr zu Jahr unterschiedlichen Witterungsverhältnisse im Laufe der Zeit Schwankungen eintreten können. Im sozialen Wohnungsbau soll dabei mit mehreren Spezialprogrammen

- u. a. für besonders hilfsbedürftige Personengruppen - eine Erhöhung des jährlichen Bauvolumens auf 200 000 bis 250 000 Wohnungen und Heimplätze erreicht werden.

Grundsätzlich neue Wege der Wohnungsbauförderung werden mit dem Regionalprogramm des Bundes beschritten. Mit diesem Teil des langfristigen Wohnungsbauprogramms wird die bereits mit dem Wohnungsbauänderungsgesetz 1965 begonnene Zweiteilung des sozialen Wohnungsbaues in den traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau für Wohnungssuchende mit einem kleineren Einkommen (erster Förderungsweg) und den sozialen Wohnungsbau für einen Personenkreis mit mittlerem Einkommen (zweiter Förderungsweg) bekräftigt. Mit den im Regionalprogramm des Bundes geförderten Wohnungen des zweiten Förderungsweges soll denjenigen Wohnungssuchenden geholfen werden, die zwar nicht im Augenblick die hohen Mieten und Lasten freifinanzierter Neubauten tragen können, wohl aber bereit und in der Lage sind, im Laufe der Jahre zunehmend selbst die Deckung der Wohnkosten zu übernehmen. Kennzeichen der Förderung ist ein zeitlich befristetes, degressiv gestaffeltes Aufwendungsdarlehen. Mit diesem Förderungsweg wurden Konsequenzen aus den

Bewilligte Sozialwohnungen nach Wohnform und Eigentumsverhältnis 1965 - 1972

Jahr	Ins- gesamt	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zweifamilienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zu- sammen	eigengenutzte und Kauf- eigentums- wohnungen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	
1965	6 171	2 644	8	32	3 466	2 892	26	25	35
1966	4 073	1 609	9	14	2 422	2 100	16	15	26
1967	4 929	2 595	7	8	2 201	1 995	116	109	17
1968	5 216	3 037	44	3	2 124	1 959	14	12	41
1969	4 328	2 367	-	11	1 934	1 546	24	24	3
1970	4 079	1 983	19	7	2 019	1 802	57	56	20
1971	5 353	3 372	15	5	1 947	1 745	21	21	13
1972	6 623	4 319	102	8	2 260	2 077	28	28	16

Erfahrungen der Vergangenheit gezogen, die gezeigt haben, daß sich die anfangs berechnete Subventionierung im Laufe der Jahre als Fehlsubventionierung erweisen kann, wenn das Ausmaß der Subventionierung nicht an die veränderten Einkommensverhältnisse angepaßt wird.

Ein Drittel der Sozialwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern

Nicht ohne Auswirkungen blieben die verstärkten Bemühungen einer weiteren Förderung des sozialen Wohnungsbaues im Berichtsjahr. Insgesamt wurden Bewilligungsbescheide für 6 623 Sozialwohnungen nach dem 1. Förderungsweg, auf den sich die folgende Berichterstattung beschränkt, erteilt, das sind 24% mehr als 1971. Diese recht beachtliche Steigerung der Zahl der geförderten Wohnungen beruht mit auf der augenblicklichen Lage im Wohnungsbau. Durch die in der letzten Zeit verstärkte Nachfrage nach Wohnungen auf allen Wohnungsmärkten, die ihrerseits beeinflußt wurde durch erhöhte Einkommen, gestiegene Bau- und Grundstückspreise sowie angehobene Mieten und einer daraus resultierenden Flucht in die Sachwerte, entfaltete sich ein Bauboom bisher nicht gekannter Größe. So wurden 1972 in Rheinland-Pfalz 44 905 Baugenehmigungen erteilt, was einer Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um 25% entspricht, 33 572 Wohnungen wurden errichtet (+ 26%) und ein Bauüberhang von 64 702 Wohnungen (+ 18%) registriert.

Von den 6 623 bewilligten Wohnungen entfielen 88% auf vollgeforderte reine Wohnbauten und der Rest auf sonstige Wohnbauten, in denen zusätzlich Räume zur gewerblichen oder landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehen sind. Der Anteil der insgesamt 2 389 geförderten Gebäude an diesen beiden Baukategorien zeigt mit 85 bzw. 15% keine großen Abweichungen gegenüber den Wohnungswerten. In der Unterscheidung nach der Art der Gebäude lagen — wie schon in den Vorjahren — die Ein- und Zweifamilienhäuser eindeutig an der Spitze vor den Mehrfamilienhäusern (84 bzw. 14%), während der Rest auf Kleinsiedlerstellen und sonstige Gebäude entfiel.

Ein umgekehrtes Verhältnis brachte allerdings die Aufgliederung nach den in den einzelnen Gebäudetypen enthaltenen Wohnungen. Danach kamen nahezu zwei Drittel aller im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bewilligten Wohnungen auf Mehrfamilienhäuser und ein gutes Drittel auf die in der Regel von privaten Bauherren errichteten Ein- und Zweifamilienhäuser, in denen durchschnittlich 1,1 Wohnungen vorgesehen waren; für die Mehrfamilienhäuser ergab sich ein Wert von 12,6. Im Vergleich zu 1971 hat sich hier eine Zunahme um eine Wohnung pro Mehrfamilienhaus ergeben. Diese Tatsache wird durch eine starke Verschiebung der Zahl der Wohnungen von den Ein- und Zweifamilienhäusern hin zu den Mehrfamilienhäusern belegt. Beliefen sich die Anteile 1970 noch auf 50 bzw. 49%, so waren es ein Jahr später 37 bzw. 63% und 1972 sogar 34 bzw. 65%. Gründe für diese Entwicklung sind einmal die gestiegenen Einkommensverhältnisse, durch die die privaten Bauherren die im Augenblick gültigen und gesetzlich festgelegten

Finanzierungsmittel der bewilligten Sozialwohnungen 1960 - 1972

Jahr	Ins- gesamt	Öffentliche Mittel		Kapitalmarkt- mittel		Sonstige Mittel	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5
1961	273 627	74 963	27,4	98 062	35,8	100 601	36,8
1962	358 130	91 898	25,7	137 890	38,5	128 341	35,8
1963	336 791	76 631	22,8	137 422	40,8	122 738	36,4
1964	390 907	86 291	22,1	146 920	37,6	157 696	40,3
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5
1966	318 072	91 240	28,7	107 498	33,8	119 334	37,5
1967	389 227	101 226	26,0	138 893	35,7	149 108	38,3
1968	393 855	91 168	23,1	157 833	40,1	144 854	36,8
1969	348 873	86 413	24,8	134 567	38,6	127 893	36,6
1970	402 509	92 970	23,1	133 383	33,1	176 156	43,8
1971	534 703	114 181	21,4	217 244	40,6	203 278	38,0
1972	703 458	144 940	20,6	305 280	43,4	253 238	36,0

jährlichen Einkommensgrenzen von 12 000 DM zusätzlich weiterer 3 000 DM für jeden zur Familie des Wohnungssuchenden rechnenden Angehörigen überschritten haben und damit aus dem förderungswürdigen Kreis ausgeschieden sind (§ 25 II. WoBauG), und zum anderen die Kostenanstiege sowohl für Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten) innerhalb dieser zwei Jahre um fast 19% als auch für Bauland (30%), die eher bei größeren als bei kleineren Bauten in gewissen Grenzen aufgefangen werden können. Bald jede zweite im sozialen Wohnungsbau bewilligte Wohnung hatte einen privaten Haushalt als Bauherrn (48%). Fast ebenso bedeutungsvoll war die Position der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen (45%). Behörden und Verwaltungen brachten es auf 5%, der Rest entfiel auf freie Wohnungs- und Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen.

Jede fünfte Wohnung für kinderreiche Familien

Hinsichtlich der Zweckbestimmung der Wohnungen erhielten kinderreiche Familien den größten Anteil, denn nahezu jede fünfte öffentlich geförderte Wohnung war für diesen Personenkreis bestimmt. Erheblich verminderte sich in den vergangenen Berichtszeiträumen von Jahr zu Jahr die für Zugewanderte aus der DDR zur Verfügung gestellten Wohnungen. 1969 war es noch etwa jede siebte Wohnung, 1972 dagegen nur noch jede zwanzigste. Dieser Sachverhalt beruht naturgemäß auf politischen Gegebenheiten (Bau der Berliner Mauer). Demgegenüber erhöhte sich der für ältere Personen bestimmte Anteil der Wohnungen von im Vorjahr 3% auf knapp 6%.

Kapitalmarktmittel überwiegen

Von besonderem Interesse ist beim sozialen Wohnungsbau die Herkunft der Mittel. Bei der Art der Finanzierung muß unterschieden werden zwischen öffentlichen Mitteln, Kapitalmarktmitteln und sonstigen Mitteln. Zu den öffentlichen Mitteln zählen die Etatmittel des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die von ihnen zur Förderung des Baues von Wohnungen für breite Schichten des Volkes bestimmt sind, sowie die nach dem Lastenausgleichsgesetz für die Wohnraumhilfe bestimmten Mittel des Ausgleichsfonds (§ 6 Abs. 1 II. WoBauG). Dagegen gehören nicht zu den öffentlichen Mitteln Eingliederungsdarlehen nach dem LAG oder aus den öffentlichen Haushalten, Wohnungsbausparprämien, Wohnungsfürsorgemittel des Bundes und der Länder, Mittel zur

Obdachlosenunterbringung, Mittel für die Vor- oder Zwischenfinanzierung, unverzinsliche Darlehen, für die Steuervergünstigungen nach § 7 c EStG gewährt werden, und Grundsteuervergünstigungen. Kapitalmarktmittel sind langfristige Darlehen von Realkreditinstituten und sonstigen Kapitalsammelstellen wie Sparkassen, Lebens- und Sozialversicherungen sowie Bausparkassen. Darlehen und Hypotheken von Pfandbriefinstituten zählen ebenso dazu. Schließlich rechnen zu den sonstigen Mitteln besonders die eigenen Ersparnisse, der Gegenwert der Eigenhilfe, eingebrachte Baugrundstücke, Arbeitergeber- und Mieterdarlehen sowie Mietvorauszahlungen.

Insgesamt wurden 1972 in Rheinland-Pfalz Finanzierungsmittel in Höhe von 703,5 Mill. DM für die 6 623 bewilligten Sozialwohnungen veranschlagt. Diese Summe liegt um knapp ein Drittel über der des Vorjahres. Was die Aufgliederung der einzelnen Mittel anbelangt, so hat sich der Anteil der Kapitalmarktmittel weiter vergrößert (43%), während öffentliche Mittel (21%) und sonstige Mittel (36%) leicht rückläufig waren. Absolut gesehen kam es aber zu einer nicht unbedeutenden Ausweitung der jeweils eingesetzten Gelder. Am stärksten erhöhten sich diese in der Gruppe der Kapitalmarktmittel um 41% auf 305 Mill. DM, während es die Mittel der öffentlichen Hand und die sonstigen Mittel noch auf 145 bzw. 253 Mill. DM und auf Steigerungsraten von 27 bzw. 25% brachten.

Aufschlußreiche Ergebnisse bringt die Untersuchung nach den Finanzierungsquellen sowohl bei den Kapitalmarktmitteln als auch bei den sonstigen Mitteln. Wie schon im Vorjahr waren es in der Gruppe Kapitalmarktmittel zum überwiegenden Teil die Sparkassen, von denen die Baugelder zur Verfügung gestellt wurden (56%), mit weitem Abstand folgten Pfandbriefinstitute (16%) und zu etwa gleichen Anteilen Privatversicherungen (12%) und Bausparkassen (10%). Aus der Kategorie sonstige Mittel stammten mehr als drei Viertel aller Gelder aus dem Eigenkapitalbestand der Bauherren. Einen noch nennenswerten Anteil erreichten die sonstigen aus öffentlichen Haushalten bereitgestellten Mittel mit 16%.

In der Bewilligungsstatistik werden drei Förderungsformen unterschieden: Förderungen durch Kapitalhilfen, objektbezogene Beihilfen und Mischförderung, die eine Kombination der beiden ersten Arten ist. Schon seit Jahren erreicht die Mischförderung die größte Bedeutung. So wurden im Berichtsjahr gut 97% aller Sozialwohnungen in vollgeförderten reinen Wohnbauten durch diese Förderung subventioniert, die restlichen 3% allein durch Kapitalhilfen. 1971 lagen diese Werte bei 95 und 5%. Für sonstige Wohnbauten (Anstaltsgebäude, teilgeförderte Wohnbauten mit gewerblichen oder landwirtschaftlichen Einrichtungen) stellten sich 1972 die Landesergebnisse auf 87% (Mischförderung) bzw. 13% (Kapitalhilfen).

Baukostenanstieg geringer als im Vorjahr

Neben der Anzahl der geförderten Wohnungen und deren Finanzierung interessiert in der Bewilligungsstatistik in gleichem Maße die Frage der Gesamtherstellungskosten und deren Zusammensetzung.

Insgesamt beliefen sich diese Kosten auf 523 Mill. DM und lagen damit fast doppelt so hoch wie vor zwei Jahren und knapp ein Drittel über dem Ergebnis vom Vorjahr. Drei Viertel der Gesamtherstellungskosten und damit der gleiche Anteil wie 1971 waren als reine Baukosten vorgesehen. Dieser Prozentsatz hat sich in den letzten Jahren ziemlich konstant gehalten; im Vergleich dazu belief er sich 1960 noch auf 82%. Der durchschnittliche pro Wohnung veranschlagte Betrag erreichte eine Höhe von 67 756 DM und lag damit um knapp 8% über dem des Vorjahres; damit fiel die Veränderungsrate etwas geringer aus als 1971 (9%). Höher zogen die Preise je Kubikmeter umbauten Raumes (11%; 146 DM) und je Quadratmeter Wohnfläche an (9%; 799 DM). 1971 stellten sich diese Werte auf 16% und 132 DM bzw. 14% und 730 DM.

Die jeweiligen Gesamtherstellungskosten eines Gebäudes setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelpositionen zusammen. So beliefen sich die veranschlagten Kosten im Durchschnitt für die im vollgeförderten reinen Wohnbau errichteten Wohnungen auf 89 100 DM. Bei einer Aufgliederung nach Bauherren sind beachtliche Abweichungen von diesem Mittelwert festzustellen, denn Wohnungen gemeinnütziger Wohnungs- und ländlicher Siedlungs-

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten der bewilligten Sozialwohnungen¹⁾ 1960 - 1972

Jahr	Ins-gesamt		Reine Baukosten			
	1 000 DM		% der Gesamt-kosten	DM je Wohnung	DM je cbm	DM je qm
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1961	223 106					
1962	282 621	229 644	81,3	31 930	73	389
1963	282 638	223 285	79,0	37 060	83	449
1964	312 097	249 450	79,9	41 506	91	497
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1966	238 460	182 922	76,7	49 545	99	550
1967	262 036	196 854	75,1	46 373	98	530
1968	297 422	219 110	73,7	45 772	101	535
1969	254 982	187 722	73,6	48 962	105	564
1970	267 226	200 650	75,1	57 891	114	639
1971	399 151	300 902	75,4	62 845	132	730
1972	523 440	394 812	75,4	67 756	146	799

1) Nur vollgeförderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude).

unternehmen brachten es nur auf 76 500 DM, während solche von privaten Haushalten mit 109 600 DM veranschlagt wurden. Im einzelnen entfielen von den 89 100 DM mit 66 100 DM (74%) der Hauptanteil auf reine Baukosten; 8 400 DM (9%) machten die Baunebenkosten aus, der Rest verteilte sich auf Baugrundstückswerte und Erwerbskosten (5 700 DM = 6%), sonstige Kosten (3 100 DM = 4%), Kosten der Außenanlagen (2 900 DM = 3%) und Erschließungskosten (2 800 DM = 3%). Die reinen Baukosten lagen bei den privaten Haushalten mit 77% um 6 Prozentpunkte über denen der Wohnungsbau-gesellschaften; die Ursache hierfür kann in einer individuelleren und damit kostenaufwendigeren Bauweise und Größenordnung gesehen werden.

Die meisten Wohnungen haben vier Räume

Nicht ohne Auswirkungen auf die Raumzahl und die Größe der Wohnungen blieb der im Berichtsjahr eingetretene Kostenanstieg. Verfügte durch-

schnittlich 1971 eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau über 4,6 Räume und eine Wohnfläche von 85,5 qm, so ergaben sich ein Jahr später Werte von 4,5 bzw. 84,8. Diese Daten sind jährlichen Schwankungen unterworfen und erreichten letztmals 1961 bzw. 1965 ein gleiches bzw. noch niedrigeres Ergebnis. Dahingegen erhöhte sich die Kubikmeterzahl geringfügig. Die durchschnittliche Wohnfläche bei privaten Bauherren verminderte sich von 103,8 auf 100,1 qm etwas stärker als die bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen von 75,7 auf 73,4 qm. Dennoch hatten die Privathaushalte eine um 36% größere Wohnfläche zur Verfügung als die Mieter der vielfach in größeren Mehrfamilienhäusern liegenden Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften. Innerhalb der letzten zehn Jahre differierte diese Zahl sehr stark. 1963 waren es nur 17%, 1967 und 1969 sogar 41 und 48%, um dann jährlich bis auf 36% im Berichtsjahr abzunehmen.

Erstmals wurde 1971 die Vormachtsstellung der Vierraumwohnungen aufgehoben, denn Fünfraumwohnungen erreichten knapp einen höheren Anteil. Im Berichtsjahr sieht es aber wieder anders aus. Wohnungen mit vier Räumen dominieren mit einer Quote von 29% vor denen mit fünf (26%). Gut jede fünfte Wohnung zählte zur Kategorie der vor Jahren führenden Dreiraumwohnungen, jede achte hatte sechs und fast jede fünfzehnte sieben und mehr Räume. Eine der Hauptaufgaben des sozialen Wohnungsbaues besteht in der Bereitstellung von Wohnraum für kinderreiche Familien. Insgesamt besaßen 45% der geförderten Wohnungen fünf und mehr Räume; von diesen knapp 3 000 Wohnungen waren 40% für Großfamilien bestimmt. Ausgehend von der Gesamtmasse der für diesen Personenkreis vorgesehenen 1 284 Wohnungen hatten 93% fünf und mehr Räume. Von allen sechs- bzw. sieben- und mehrräumigen Wohnungen sollten 46 bzw. 74% kinderreichen Familien vorbehalten bleiben.

Gestiegene Mieten

Die Verteuerungen im Baugewerbe führten zu einem beachtlichen Anstieg der Durchschnittsmieten für Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern. Genau bei drei Vierteln dieser Wohnungen errechnete sich eine monatliche Belastung von 3,50 bis 3,69 DM je qm. In die Kategorie 3,10 bis 3,29 DM je qm fiel etwa jede achte Sozialwohnung. Vergleichsweise betrugen die Vorjahreswerte für die genannten Gruppen 33 bzw. 41%. Quadratmeterpreise unter 2,30 bis 3,09 DM gab es nur in 8% der Fälle, 1971 war der Anteil doppelt so hoch. Gab es im letzten Jahr keine Wohnungen mit Quadratmetermieten von 3,70 DM und mehr, so überschritt 1972 jede fünfzigste Wohnung diese Grenze.

Zweiter Förderungsweg gewinnt weiter an Bedeutung

Außer dem traditionellen öffentlichen Wohnungsbau wurden 1972 auch 1 720 Wohnungen mit direk-

ten staatlichen Hilfen gefördert. Diese Wohnungen sind für Personen bestimmt, deren Einkommen einerseits eine für den Bezug einer Sozialwohnung festgelegte Schwelle überschreitet, die andererseits aber auch nicht in der Lage sind, die Miete für eine nichtsubventionierte steuerbegünstigte Wohnung

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße und Bauherren 1960 - 1972

Jahr	Insgesamt			Private Haushalte ²⁾		Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen	
	Raumzahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1961	4,5	.	76,2	471,0	82,8	332,7	66,2
1962	4,6	434,9	82,1	489,2	86,0	347,5	71,9
1963	4,7	446,2	82,5	530,1	89,5	369,7	76,2
1964	4,7	455,0	83,5	528,0	91,2	388,3	78,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1966	4,9	499,6	90,1	599,0	99,7	416,8	82,8
1967	4,8	474,5	87,4	635,0	105,3	360,0	74,7
1968	4,7	453,1	85,5	624,3	104,3	361,2	74,3
1969	4,9	465,1	85,1	687,2	110,5	368,1	74,5
1970	4,9	478,1	87,4	688,2	108,6	361,1	75,5
1971	4,6	463,1	85,5	638,4	103,8	369,1	75,7
1972	4,5	464,6	84,8	605,0	100,1	356,5	73,4

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude). -
2) Ab 1961 nur vollgeforderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren.

aufzubringen. Gegenüber 1971 erhöhte sich der Anteil der durch diese Art geförderten Wohnungen um 30% und erreichte immerhin ein Viertel der bewilligten Sozialwohnungen. Der Gesamtbetrag der subventionierten Hypotheken ergab mit 17,1 Mill. DM ein um 34% höheres Ergebnis als im Vorjahr. Etwas mehr als die Hälfte der Wohnungen bildeten Eigentümerwohnungen, 12% Eigentumswohnungen und gut ein Drittel Mietwohnungen. Die im Förderungsprogramm für Industriebeschäftigte ausgewiesenen Quadratmetermieten lagen überwiegend zwischen 2,90 bis 3,09 DM (50%) und 3,10 bis 3,29 DM (33%); der Rest verteilte sich auf den Bereich 4,10 bis 4,49 DM.

Ein Teil des zweiten Förderungsweges ist das Regionalprogramm des Bundes, für das erstmals Ergebnisse angefallen sind. Durch dieses Programm konnten den Bauherren bzw. Erwerbern von Kaufeigenheimen und Kaufeigentumswohnungen in 1 554 Fällen degressiv gestaffelte Aufwendungsdarlehen zur Verbilligung der Mieten oder Lasten gewährt werden. Diese betragen im ersten bis dritten Jahr pro Quadratmeter 2,70 DM, im vierten bis sechsten Jahr 2,00 DM, im siebten bis neunten Jahr 1,30 DM und im zehnten bis zwölften Jahr 0,60 DM. Knapp drei Viertel der vom Regionalprogramm begünstigten Wohnungen lagen in Mehrfamilienhäusern, der Rest in Ein- und Zweifamilienhäusern. Die dabei insgesamt bereitgestellten Finanzierungsmittel von 147 Mill. DM betrafen zu zwei Dritteln Kapitalmarktmittel und zu einem Drittel sonstige Mittel.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Baulandmarkt 1972

Erstmals erfolgte eine statistische Erfassung des Grundbesitzwechsels für die Jahre 1927 bis 1938 durch das Statistische Reichsamt. Die Voraussetzung für eine laufende Beobachtung des Grundstücksmarktes entfiel jedoch durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen im Jahr 1936. Dieser sogenannte Preisstopp wurde 1952 im Bereich des Grundstücksmarktes zwar zunächst nur für bebaute Grundstücke aufgehoben, doch genehmigten die Preisbehörden in der Folgezeit auch für unbebaute Grundstücke vielfach Kaufpreise, die von den Stopp-Preisen des Jahres 1936 erheblich abwichen. Mit dem Bundesbaugesetz von 1960 (BGBl. I S. 341) kam es zur Aufhebung der Preisfestsetzung für den Grundstücksverkehr und damit zur vollen Integrierung des Grundstücksmarktes in das System der Sozialen Marktwirtschaft. Da die gesetzlichen Voraussetzungen für die statistische Erfassung bereits im Gesetz über die Preisstatistik von 1958 (BGBl. I S. 605) gegeben waren, stand der Aufnahme der Baulandpreisstatistik nichts mehr im Wege. In dieser Statistik werden unbebaute Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen, und deren Kaufwert 200 DM und mehr beträgt. Es ist nicht möglich, auch die bebauten Grundstücke mit einzubeziehen, da die Kaufverträge im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude oder Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten.

Zahl der Verkaufsfälle stieg weiter

Die seit 1968 zu beobachtende jährliche Zunahme der Baulandverkäufe hielt auch im Berichtsjahr an. Einer der möglichen Gründe dafür kann die Befürchtung weiterer erheblicher Preissteigerungen auf dem Bauland- und Baumarktsektor sein, die viele Bauwillige zu einem vorzeitigen Baubeginn und damit auch zum Erwerb eines Grundstückes veranlaßt haben mag. Durch eine von der Preisentwicklung genährte Inflationsfurcht und eine hieraus resultierende verstärkte „Flucht in die Sachwerte“ blieben Rückwirkungen auf die Baulandpreise nicht aus; als Folge erhöhter Nachfrage eines nur sehr begrenzt vermehrbaren Gutes kam es hier zu weiteren spürbaren Preisanstiegen.

Insgesamt wechselten 1972 in Rheinland-Pfalz 15 515 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 19,2 Mill. qm und einem Verkaufswert von 446 Mill. DM den Eigentümer. Damit meldeten die Finanzämter seit 1962 insgesamt rund 135 500 Veräußerungen mit einer Fläche von 160,6 Mill. qm, die einen Gegenwert von 2,4 Mrd. DM darstellen. Im Vergleich zu 1971 ist die Zahl der Baulandverkäufe um 9%, die umgesetzte Fläche um 8% und der erzielte Erlös um 25% angestiegen. Die Unterscheidung nach den in dieser Statistik geführten Baulandarten zeigt abermals baureifes Land an der Spitze, auf das nahezu zwei Drittel der Fälle und gut die Hälfte (51%) der umgesetzten Fläche entfielen. Unverändert gegenüber dem Vorjahr sind die Anteile des Rohbaulandes mit 23 bzw. 29%. Auf die drei übrigen Kategorien kamen zusammen knapp ein Achtel der Fälle und ein Fünftel der Fläche; im einzelnen waren es bei Industrieland 3 bzw. 15%, bei Land für Verkehrszwecke 6 bzw. 3% und bei Freiflächen je 2%.

Konnte im Vorjahr eine Steigerung der Durchschnittsgröße aller verkauften Grundstücke im Vergleich zu 1970 festgestellt werden, so gilt dieser Sachverhalt nicht für das Berichtsjahr, denn gegenüber 1971 trat je Kauffall eine Verminderung der durchschnittlichen Quadratmeterzahl von 1 255 auf 1 235 qm ein. Bei den einzelnen Baulandarten sah das Ergebnis recht unterschiedlich aus. Während baureifes Land im Mittelwert von 918 auf 953 qm (4%) und Industrieland von 5 142 auf 6 584 qm (28%) zunahm, ergaben sich für Rohbauland (— 5%), Freiflächen (— 39%) und Land für Verkehrszwecke (— 56%) teilweise erhebliche Rückgänge mit jeweiligen Flächen von 1 531, 1 322 und 553 qm.

Die meisten Verkäufe in Wohngebieten mit offener Bauweise

Die Darstellung der Baulandverkäufe nach Baugebieten weist keine nennenswerten Verschiebungen zum Vorjahresergebnis auf. Abermals lagen die Schwerpunkte bei dem Wohngebiet in offener Bauweise und dem Dorfgebiet, die auf sich 57 bzw. 39% aller Verkaufsfälle mit einem Flächenanteil von 51

Baulandverkäufe und Preise nach Baulandarten 1962 - 1972

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr in %	Bau- reifes Land	Roh- bau- land	Indu- strie- land	Land für Ver- kehrs- zwecke	Frei- flächen
Kauffälle							
1962	12 787	.	7 474	4 297	395	509	112
1963	11 548	- 9,7	5 950	4 265	398	847	88
1964	12 702	10,0	6 727	4 628	400	635	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1966	11 555	- 7,4	8 208	2 452	328	438	129
1967	9 600	- 16,9	7 207	1 479	230	559	125
1968	10 846	13,0	7 532	1 800	308	1 018	188
1969	11 886	9,6	8 094	2 152	677	781	182
1970	12 409	4,4	8 446	2 278	670	805	210
1971	14 183	14,3	9 353	3 201	459	945	225
1972	15 515	9,4	10 175	3 605	449	935	351
Fläche (1 000 qm)							
1962	15 706	.	6 273	6 475	2 201	597	160
1963	13 298	- 15,3	5 114	5 955	1 103	942	184
1964	14 672	10,3	5 583	6 209	1 744	946	190
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1966	13 954	- 9,5	7 217	4 591	1 407	474	265
1967	10 215	- 26,8	5 772	2 700	849	708	186
1968	11 507	12,6	6 244	2 816	1 045	1 079	323
1969	14 250	23,8	6 908	3 429	2 670	911	332
1970	14 632	2,7	7 181	3 946	2 298	732	475
1971	17 795	21,6	8 583	5 166	2 360	1 199	487
1972	19 156	7,6	9 698	5 521	2 956	517	464
Preis je qm (DM)							
1962	8,43	.	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1963	9,69	14,9	12,15	8,65	7,92	6,34	3,61
1964	10,92	12,7	14,01	10,58	6,30	4,55	5,41
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1966	13,45	7,8	16,01	12,19	7,76	7,91	5,58
1967	14,06	4,5	17,87	9,64	11,03	5,95	4,66
1968	16,52	17,5	21,44	11,58	12,00	7,47	9,46
1969	16,60	0,5	23,99	11,29	8,89	6,70	6,58
1970	17,86	7,6	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21
1971	20,12	12,7	24,45	20,85	10,11	9,30	11,30
1972	23,29	15,8	27,64	24,61	9,61	12,72	15,69

Baugebiet	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	1 000 qm	1 000 DM	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm
Geschäftsgebiet	9	10	4 006	8	10	404,83	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	52	66	13 403	47	66	203,45	-	-	-
Wohngebiet in									
geschlossen Bauweise	205	224	17 373	192	223	77,52	-	-	-
in offener Bauweise	8 765	9 759	309 852	5 542	5 446	33,19	2 454	3 786	30,97
Industriegebiet	493	2 935	28 139	6	6	12,53	-	-	-
Dorfgebiet	5 991	6 162	73 396	4 380	3 947	13,33	1 151	1 735	10,74
Insgesamt	15 515	19 156	446 169	10 175	9 698	27,64	3 605	5 521	24,61

bzw. 32% vereinigten. Auf die restlichen vier Kategorien entfielen die übrigen Anteile, wobei allein 15% der Fläche dem Industriegebiet zugerechnet werden muß. Die für die beiden wichtigsten Baulandarten ausgewiesenen Werte zeigen dagegen teilweise recht starke Abweichungen gegenüber dem Gesamtergebnis. So stellten sich die Anteile für baureifes Land bei dem Wohngebiet in offener Bauweise auf 55 bzw. 56% und für Rohbauland, das nur in diesem Baugebiet und im Dorfgebiet veräußert wurde, auf 68 bzw. 69%.

Wie schon in den letzten Jahren waren nahezu bei jedem zweiten Verkaufsfall natürliche Personen die Vertragspartner (49%); ihre Anteile an der veräußerten Fläche und der Gesamtkaufsumme erreichten dagegen nur 37 bzw. 40%. Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß bei Kaufverträgen zwischen natürlichen Personen durchschnittlich kleinere Grundstücke zum Verkauf kamen. Eine noch stärkere Beteiligung natürlicher Personen an allen Grundstücksgeschäften ergibt sich bei Unterscheidung nach der Erwerber- und Veräußererseite. Bei gut zwei Drittel aller Kauffälle mit einem Flächenanteil von 63% erfolgte die Veräußerung durch Privatpersonen, wofür sie 312 Mill. DM erhielten; davon stammten 179 Mill. DM von natürlichen und 133 Mill. DM von juristischen Personen. Auf der Erwerberseite waren natürliche Personen mit knapp vier Fünftel aller Kauffälle beteiligt und brachten bei einem Flächenanteil von 58% dafür 246 Mill. DM auf.

Nach den Baulandveräußerungen, die auf Kaufverträgen zwischen natürlichen Personen basierten, folgten nach Zahl der Fälle solche zwischen natürlichen und juristischen Personen. In knapp einem Fünftel der Fälle wurde Bauland von juristischen Personen erworben; nicht ganz ein Drittel aller verkauften unbebauten Grundstücke veräußerten juristische an natürliche Personen. Betrachtet man von seiten der juristischen Personen aus die Merkmale Fläche und Kaufsumme, so verschiebt sich das Hauptgewicht von der Veräußerer- auf die Erwerberseite. Ein Drittel der Fläche und 30% der Kaufsumme entfielen auf Käufe juristischer Personen gegenüber gut einem Fünftel der Fläche und 15% der Summe bei den Verkäufen. 133 Mill. DM zahlten die juristischen Personen an natürliche Personen, während sie von diesen nur 67 Mill. DM erhielten.

Schwerpunkte der Transaktionen in Kleinstgemeinden und im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz

Seit Jahren finden die meisten Baulandverkäufe in den Kleinstgemeinden unter 2 000 Einwohnern statt. Der Grund hierfür - sieht man von der Tatsache ab, daß diese Gemeinden über 70% der gesamten Landesfläche und damit auch über einen entsprechenden Anteil an der Baugebietsfläche verfügen - kann hauptsächlich in den relativ günstigen Grundstückspreisen und der in ländlichen Bereichen weit verbreiteten Haltung zum Bau eines eigenen Hauses gesehen werden, wobei in der Regel die dabei anfallenden Kosten durch Eigen- und Nachbarschaftshilfe in gewissen Grenzen gehalten werden können. So wechselten im Berichtsjahr 43% aller Grundstücke mit einem Flächenanteil von 37% in dieser Größenklasse. Die hierfür aufgebrauchte Kaufsumme erreichte aber nur einen Wert von 22%. Allgemein ist festzustellen, daß - mit Ausnahme von zwei Fällen - bei ansteigender Größenklasse die Zahl der Verkäufe rückgängig ist. Diese Sonderstellungen betreffen die Kategorie 20 000 bis unter 50 000 Einwohner und die Großstädte, in denen sich im Vergleich zu der jeweiligen nächstniederen Gruppe eine Zunahme der Fälle um 7 bzw. 157% ergab. Insgesamt entfielen auf die Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner knapp drei Viertel aller registrierten Transaktionen mit gut zwei Dritteln der umgesetzten Fläche und der Hälfte der angefallenen Kaufsumme. Diese erreichte in den Großstädten sogar einen Anteil von 28%, obwohl dort nur 11% der gesamten Fläche veräußert wurden; etwa gleich viel war es in den Mittelstädten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern (10%) bei einem Anteil von nur 8% der Kaufsumme. Eindeutig wird durch diese Zahlen die Tatsache belegt, daß in Gebieten mit größerer Bevölkerungskonzentration und entsprechend engem Spielraum zwischen Angebot und Nachfrage die Bodenpreise stärker anziehen.

Innerhalb der Regierungsbezirke gab es gegenüber früheren Ergebnissen keine besonderen Abweichungen. Fast jeder zweite Verkaufsfall fand im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz statt (49%), die Anteile für die Bezirke Koblenz und Trier beliefen sich auf rund 43 bzw. 9%. Die Aufgliederung nach der Fläche brachte in gleicher Reihenfolge der Bezirke Anteile von 53, 38 und 9%. Eine

Erwerber	Kauffälle	Fläche	Preis
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM
Natürliche Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	7 585	7 129	179 033
Juristische Personen	2 938	5 035	132 723
darunter: Gemeinden (Gv.)	1 617	2 376	29 898
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	194	506	20 162
Juristische Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	4 459	3 978	67 079
Juristische Personen	533	3 014	67 334
darunter: Gemeinden (Gv.)	130	214	3 518
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	82	279	7 966
darunter: Gemeinden (Gv.)			
Natürliche Personen	3 740	3 415	48 485
Juristische Personen	285	2 327	35 053
darunter: Gemeinden (Gv.)	6	42	142
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	61	211	5 410
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			
Natürliche Personen	197	100	2 896
Juristische Personen	29	101	3 605
darunter: Gemeinden (Gv.)	11	7	153
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	6	31	622

noch stärkere Verschiebung zu dem bevölkerungs- und industriereichsten Verwaltungsgebiet Rheinhessen-Pfalz zeigt sich in der Aufgliederung nach der umgesetzten Summe. Genau zwei Drittel aller Gelder entfielen auf diesen Bezirk, während es in Koblenz und Trier nur 27 bzw. 6% waren.

In den Landkreisen Mainz-Bingen (1 099), Mayen-Koblenz (1 093) und Neuwied (841) wurden die meisten Verkäufe gezählt. Von den kreisfreien Städten lagen Mainz (830) und Koblenz (463) an der Spitze, die auch - zusammen mit Ludwigshafen (23,7 Mill. DM) - mit 76,2 bzw. 16,2 Mill. DM die höchsten Kaufsummen aufwiesen.

Quadratmeterpreise zogen beachtlich an

Für alle Baulandarten berechnete sich ein Durchschnittspreis von 23,29 DM je qm, das entspricht einer Steigerung von 16% im Vergleich zum Vorjahr. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte weist im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 5,75% aus; der Preisindex für Bau-

werke (Bauleistungen am Gebäude/reine Baukosten) erhöhte sich um 7,1%. Bei den einzelnen Landkategorien gab es teilweise sehr starke Preisanstiege. Am geringsten war noch die Preisentwicklung bei baureifem Land von 24,45 auf 27,64 DM je qm (+ 13%) und bei Rohbauland von 20,85 auf 24,61 DM je qm (+ 18%), dagegen verteuerte sich Land für Verkehrszwecke um 37% auf 12,72 DM je qm (1971: 9,30 DM je qm) und die Freiflächen um 39% auf 15,69 DM je qm (1971: 11,30 DM je qm). Interessante Aufschlüsse bringt eine langfristige Übersicht der letzten zehn Jahre. Bezahlte der Käufer für einen Quadratmeter Bauland 1963 noch 9,69 DM, so mußte er 1972 durchschnittlich 23,29 DM hierfür aufwenden, was einer Steigerung von 140% entspricht. Die beiden wichtigsten Baulandarten, baureifes Land und Rohbauland, brachten es in diesem Zeitraum auf Steigerungsraten von 127 bzw. 185%, der obengenannte Preisindex für die Lebenshaltung auf 34% und der Bauindex auf knapp 66%.

Erwartungsgemäß entwickelte sich eine starke Streuung der Quadratmeterpreise nach der Art des Baugebietes. Den höchsten Wert erreichte hier das Geschäftsgebiet mit 404,64 DM je qm, gefolgt von dem Geschäftsgebiet mit Wohngebiet (201,55 DM je qm). In diesen beiden Gebietsarten war die Zahl der Käufälle jedoch sehr gering, so daß Zufallseinflüsse wie Großverkäufe, Veräußerung von Liebhäberobjekten, Kaufgeschäfte unter Verwandten etc. die Preisgestaltung in nicht unerheblichem Maß beeinflussen haben können. Ein wesentlich niedriger Quadratmeterpreis ergab sich im Landesdurchschnitt für die übrigen Bereiche. So brachten es Wohngebiete in geschlossener und offener Bauweise auf 77,51 bzw. 31,75 DM je qm; im Industrie- und Dorfgebiet wurden pro Quadratmeter Bauland 9,59 bzw. 11,91 DM verlangt.

Bauland in kleineren Gemeinden am billigsten

Die in verschiedenen Bereichen festzustellende Differenzierung der Quadratmeterpreise trifft besonders auch in der Unterscheidung nach Gemeindegrößenklassen zu. Die Vermutung, daß mit ansteigender Größenklasse auch die Preise eine einheitliche Tendenz nach oben aufweisen würden, trifft nicht immer zu. So kostete in den drei untersten Kategorien (unter 2 000, 2 000 bis 5 000 und 5 000 bis 10 000 Einwohner) der Quadratmeter Bau-

Baulandverkäufe und Preise nach Gemeindegrößenklassen und Baulandarten 1972

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt			Veränderung zum Vorjahr			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM		%		Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
unter 2 000 Einw.	6 636	7 127	98 013	16,1	10,7	71,5	4 678	4 201	14,82	1 492	2 209	14,61
2 000 - 5 000 "	2 597	2 749	48 987	- 10,0	- 19,5	8,4	1 816	1 642	20,76	581	800	15,97
5 000 - 10 000 "	2 192	3 076	75 022	15,4	29,7	48,6	1 395	1 623	32,84	408	661	19,89
10 000 - 20 000 "	857	1 269	30 885	- 1,2	- 5,9	24,7	578	567	33,19	192	383	22,96
20 000 - 50 000 "	915	1 987	37 233	7,0	62,6	38,5	680	552	38,96	154	252	34,49
50 000 - 100 000 "	649	785	29 284	7,3	- 9,5	13,2	381	386	52,33	184	185	23,39
100 000 und mehr "	1 669	2 163	126 745	23,1	1,6	- 0,8	647	727	79,57	594	1 031	54,19
Insgesamt	15 515	19 156	446 169	9,4	7,6	24,6	10 175	9 698	27,64	3 605	5 521	24,61

Baulandverkäufe und Preise in den Verwaltungsbezirken 1972

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand: 31.12.1971)	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	1 000 qm	1 000 DM	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm
Kreisfreie Stadt Koblenz	463	432	16 232	192	165	57,18	84	92	27,39
Landkreise									
Ahrweiler	269	247	5 643	269	247	22,82	-	-	-
Altenkirchen (Ww.)	267	259	2 860	258	249	11,21	5	8	5,83
Bad Kreuznach	433	434	9 236	343	293	25,10	77	123	13,28
Bad Kreuznach, St.	54	93	3 834	46	72	43,40	4	18	36,38
Birkenfeld	725	801	4 885	507	471	7,88	130	155	3,93
Idar-Oberstein, St.	207	198	1 772	164	132	10,72	9	16	4,08
Cochem-Zell	237	359	4 529	83	75	16,66	151	218	14,59
Mayen-Koblenz	1 093	829	21 622	596	415	33,06	227	196	20,86
Andernach, St.	68	50	1 959	61	41	40,76	4	5	37,80
Neuwied	841	995	23 730	428	459	29,24	383	409	16,80
Neuwied, St.	239	306	11 956	50	65	84,09	174	155	22,65
Oberwesterwaldkreis	541	564	5 641	479	453	10,87	57	100	5,92
Rhein-Hunsrück-Kreis	793	1 240	11 582	507	450	15,00	89	284	6,79
Rhein-Lahn-Kreis	458	439	7 684	340	298	19,42	98	133	12,62
Lahnstein, St.	32	23	1 133	18	13	53,02	3	5	50,00
Unterwesterwaldkreis	500	579	8 853	477	508	16,20	6	14	13,34
Reg. Bez. Koblenz	6 620	7 178	122 497	4 479	4 083	20,33	1 307	1 732	13,47
Kreisfreie Stadt Trier	156	234	7 222	97	167	34,92	13	23	20,39
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	455	545	8 126	328	254	20,50	93	146	13,33
Bitburg-Prüm	185	340	3 185	168	209	11,50	11	122	5,98
Daun	205	241	2 430	183	208	10,61	22	32	6,78
Trier-Saarburg	355	404	6 047	296	314	17,05	46	63	8,25
Reg. Bez. Trier	1 356	1 764	27 010	1 072	1 152	18,23	185	386	10,04
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	172	106	3 964	169	99	38,37	-	-	-
Kaiserslautern	87	80	3 447	82	72	46,72	5	8	9,65
Landau i. d. Pfalz	88	139	4 072	37	36	65,25	40	55	22,90
Ludwigshafen a. Rhein	133	245	23 652	119	200	108,84	9	34	36,22
Mainz	830	1 172	76 191	157	123	141,96	483	874	58,99
Neustadt a. d. Weinstr.	147	250	10 661	115	143	61,90	7	19	33,23
Pirmasens	170	134	3 493	126	90	31,57	1	.	.
Speyer	114	1 193	14 772	19	26	135,78	80	132	43,71
Worms	93	95	3 175	90	88	34,79	2	7	15,43
Zweibrücken	54	43	1 250	51	40	30,62	1	.	.
Landkreise									
Alzey-Worms	347	336	6 885	331	302	21,34	13	25	13,63
Bad Dürkheim	550	640	20 125	386	405	35,69	130	188	27,40
Donnersbergkreis	367	566	5 248	265	263	11,84	81	250	6,58
Germersheim	585	635	11 783	459	431	22,69	121	192	10,03
Kaiserslautern	403	484	5 276	382	377	12,98	14	35	5,70
Kusel	402	503	3 085	260	200	8,96	94	167	4,41
Landau-Bad Bergzabern	543	681	13 176	312	273	20,32	219	386	18,10
Ludwigshafen	516	879	29 332	335	471	48,60	135	169	28,04
Mainz-Bingen	1 099	1 321	48 913	296	333	60,09	633	809	31,94
Bingen, St.	49	75	2 382	32	35	43,79	15	20	33,74
Pirmasens	692	596	6 752	500	382	14,23	34	41	8,12
Zweibrücken	147	116	1 410	133	109	12,58	11	6	4,93
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	7 539	10 214	296 662	4 624	4 463	36,75	2 113	3 403	31,93
Rheinland-Pfalz	15 515	19 156	446 169	10 175	9 698	27,64	3 605	5 521	24,61

land 13,75, 17,82 und 24,39 DM. In Klein- und Mittelstädten von 10 000 bis 20 000 bzw. 20 000 bis 50 000 Einwohner ist überraschenderweise ein Preisrückgang auf 24,33 und 18,74 DM festzustellen. In Großstädten kostete der Quadratmeter 58,60 DM. Werden in die Untersuchung baureifes Land und Rohbauland einbezogen, so liegt ersteres in allen Größenklassen preismäßig über den Durchschnittswerten aller Baulandarten, während es bei Rohbauland in nur zwei von sieben Größenklassen der Fall ist.

Große preisliche Unterschiede gab es innerhalb der Regierungsbezirke. Am billigsten konnte Bauland im Bezirk Trier mit 15,31 DM je qm erworben werden, nicht viel teurer war es in Koblenz (17,06 DM je qm), während Rheinhessen-Pfalz mit

29,05 DM je qm eindeutig an der Spitze lag. Noch größere Abweichungen zeigten sich bei kreisfreien Städten. Danach mußten Käufer für einen Quadratmeter in Ludwigshafen, Mainz und Kaiserslautern 96,52, 65,01 und 43,04 DM bezahlen, in Koblenz und Trier dagegen nur 37,61 und 30,81 DM.

Die Aufgliederung der Grundstücksveräußerungen nach Preisgruppen vermittelt einen Eindruck von der Breite der Preisstreuung. In 71% aller Verkäufe kostete ein Quadratmeter Bauland zwischen 2 und 30 DM, wobei die Gruppe 5 bis 10 DM mit 18% am dichtesten besetzt war. Von den insgesamt 15 515 Verkäufen zählten 44 zur untersten Preisklasse (unter 1 DM je qm) und 14 zur höchsten (500 und mehr DM je qm).

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Kriegsopferfürsorge 1972

Im Rahmen der Kriegsopferversorgung übernimmt die Kriegsopferfürsorge die Aufgabe, sich der Beschädigten und Hinterbliebenen in allen Lebenslagen anzunehmen, wenn die Kriegsopferrenten nicht ausreichen, um ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Die notwendige Ergänzung durch Kriegsopferfürsorge wird - ähnlich den Maßnahmen der Sozialhilfe - nach den besonderen Gegebenheiten des Einzelfalles festgelegt. Leistungen werden als persönliche Hilfe (Beratung), Geld- oder Sachleistungen gewährt. Rechtsgrundlagen für diese Hilfsmaßnahmen - Berufsfürsorge für Beschädigte und Witwen, Erziehungsbeihilfen für Waisen und für Kinder von Beschädigten, Erholungsfürsorge, Wohnungsfürsorge, Sonstige Hilfen - sind die §§ 25 bis 27 e des Bundesversorgungsgesetzes in Verbindung mit entsprechenden Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes.

Verdoppelung der Ausgaben in fünf Jahren

Im Jahr 1972 betrugen die gesamten Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge knapp 40 Mill. DM, das sind 6 Mill. DM oder 18% mehr als ein Jahr zuvor. Im letzten Jahrzehnt war die höchste prozentuale Zunahme (+ 47%) im Jahr 1966 zu beobachten. Innerhalb der letzten fünf Jahre ver-

doppelten sich die Ausgaben von knapp 21 auf etwa 40 Mill. DM, wobei die jährlichen Steigerungssätze zwischen 1,5 und 26,4% schwankten. Der Anteil der Ausgaben für Kriegsopferfürsorge erreichte 1972 an den Gesamtaufwendungen für Kriegsopferversorgung 8,7% (1971: 7,7%). Der vergleichbare Wert für das Bundesgebiet betrug im Vorjahr 7,2%. Wie schon in den vergangenen Jahren wurden 91% der Ausgaben als Beihilfe gewährt und knapp 9% als Darlehen. Die Ausgaben konnten in Höhe von 5,3 Mill. DM oder 13% der Gesamtkosten durch Einnahmen gedeckt werden, die sich aus Einnahmen nach § 27 e, Rückerstattungen von Leistungen (§ 32 VO zur Kriegsopferfürsorge) sowie aus der Tilgung von Darlehen ergaben.

Unter den einzelnen Hilfearten dominierten erneut die Ausgaben für Erziehungsbeihilfe mit 15,6 Mill. DM, obwohl ihr prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben - 1963 waren es noch drei Viertel - seit Jahren rückläufig ist. 1972 stieg der Anteil entgegen dem bisherigen Trend von 36 auf 39%. Der Anteil des zweithöchsten Betrages - 10,8 Mill. DM Kosten für Leistungen nach § 27 b des Bundesversorgungsgesetzes (Sonstige Hilfen) - hat sich seit 1963 kontinuierlich erhöht. Zählt man zu dem Bereich der Sonstigen Hilfen nach § 27 b noch Wohnungs- und Erholungsfürsorge hinzu, werden dafür heute etwa die Hälfte der gesamten Mittel, das sind fast 20 Mill. DM, in Anspruch genommen. Vor etwa zehn Jahren wurden für diese Fälle nur 1,6 Mill. DM verausgabt. Für die übrigen Hilfearten - Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und Berufsfürsorge - wurden im Berichtsjahr 741 000 DM mehr ausgegeben als ein Jahr zuvor. Ihre Anteile an den Gesamtausgaben betrugen 8,5 und 3,4% (1971: 7,4 bzw. 4,5%).

Die Zunahme des Gesamtaufwandes ist demnach überwiegend auf den Anstieg der Aufwendungen für Erziehungsbeihilfe an Kinder von Beschädigten (+ 3,5 Mill. DM) - die Kosten für Erziehungsbeihilfe an Waisen gehen ständig zurück - sowie auf die er-

Aufwand der Kriegsopferfürsorge nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1972

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreisfreie Städte	Landkreise	Überörtlicher Träger
	1 000 DM	%			
Berufsfürsorge	1 361	3,4	-	-	1 361
Erziehungsbeihilfe an Kinder von Beschädigten	13 854	34,8	1 361	4 322	8 182
an Waisen	1 696	4,3	185	494	1 017
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte	3 401	8,5	1 492	1 469	440
an Hinterbliebene	1 141	2,8	399	312	430
Übrige Hilfen (einschl. Erholungs- und Wohnungsfürsorge)	2 260	5,7	1 093	1 157	10
Insgesamt	19 476	49,0	1 617	3 682	14 177
Insgesamt	39 799	100,0	4 655	9 967	25 177

Aufwand und Empfänger laufender und einmaliger Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach Hilfearten 1967 - 1972

Jahr	Ins- gesamt	Be- rufs- für- sorge	Erziehungs- beihilfe		Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt		Übrige Hilfen 1)
			zu- sam- men	an Waisen	zu- sam- men	an Hinter- bliebene	
Ausgaben (1 000 DM)							
1967	20 711	1 118	9 912	5 084	1 747	1 048	7 934
1968	21 019	1 162	9 820	3 694	1 639	1 050	8 398
1969	23 148	1 151	9 850	2 701	1 806	1 130	10 341
1970	26 746	1 576	10 632	2 041	1 980	1 235	12 558
1971	33 821	1 522	12 158	1 811	2 499	1 553	17 642
1972	39 799	1 361	15 561	1 696	3 401	2 260	19 476
Empfänger laufender Hilfe am Jahresende							
1967	8 172	178	4 963	1 934	1 152	764	1 879
1968	8 667	167	4 929	1 519	1 005	654	2 566
1969	9 023	184	4 810	1 108	919	640	3 110
1970	9 412	180	4 951	911	931	678	3 350
1971	10 499	157	4 804	697	1 083	749	4 455
1972	11 136	160	5 037	593	1 130	771	4 809
Einmalige Leistungen im Laufe des Berichtsjahres (Fälle)							
1967	9 785	338	-	-	1 797	797	7 650
1968	9 045	310	-	-	1 901	959	6 843
1969	9 588	253	-	-	2 073	1 025	7 262
1970	10 586	359	-	-	2 001	887	8 226
1971	16 554	335	-	-	2 511	1 373	13 708
1972	14 921	311	-	-	2 695	1 652	11 915

1) Erholungs- und Wohnungsfürsorge einschl. Leistungen nach § 27 b BVG; bei den Empfängern laufender Hilfen ohne Erholungs- und Wohnungsfürsorge.

höhten Beträge bei den Sonstigen Hilfen nach § 27 b einschl. Wohnungs- und Erholungsfürsorge (+ 1,8 Mill. DM) zurückzuführen.

Insgesamt um 13,5% - teilweise abweichend von der Entwicklung der einzelnen Hilfearten - veränderten sich die Aufwendungen für Sonderfürsorgeberechtigte, auf die 1972 ebenso wie 1971 insgesamt etwa ein Viertel der Gesamtkosten entfiel. Über die Hälfte (5,1 Mill. DM) beanspruchte davon die Erziehungsbeihilfe, für Berufsfürsorge wurden insgesamt 0,4 Mill. DM, für Sonstige Hilfen 1,7 Mill. DM und für Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt 0,4 Mill. DM ausgegeben.

Empfängerzahlen wenig verändert

Der Empfängernachweis von Kriegsopferfürsorge unterscheidet zwischen Personen, die am Ende des Jahres laufende Leistungen erhielten, sowie den Fällen einmaliger Leistungen im Laufe des Jahres. Nicht erfaßt werden daher Beschädigte und Hinterbliebene, die nicht am Stichtag Leistungen erhielten, mehrfach dagegen Personen, die zu den laufenden Leistungen noch einmalige oder Leistungen verschiedener Hilfearten empfangen.

Die Zahl der Empfänger laufender Hilfe erhöhte sich gegenüber 1971 um 6,1% auf 11 136, die Zahl der Fälle von einmaliger Hilfe belief sich im Berichtsjahr auf 14 921 (- 1 633). Bei den einzelnen Hilfearten war auch 1972, wie in den vorangegangenen Jahren, keine nennenswerte Veränderung zu beobachten. Nur bei den Empfängern Sonstiger Hil-

fen nach § 27 b Bundesversorgungsgesetz (4 809) war gegenüber 1971 (4 455) und im Vergleich mit den vorangegangenen Jahren (1967: 1 879) ein etwas stärkerer Anstieg festzustellen. Demgegenüber blieben die Werte für Empfänger von Erziehungsbeihilfe, der auch 1972 am stärksten besetzten Personengruppe, seit 1967 nahezu unverändert.

Bei den einmaligen Leistungen im Laufe des Berichtsjahres liegt das Schwergewicht wieder bei den Sonstigen Hilfen nach § 27 b (einschließlich Wohnungs- und Erholungsfürsorge) mit 79,9% der insgesamt nachgewiesenen 15 000 Fälle, obwohl bei diesen drei Hilfearten Veränderungen von -3,6%, -15% und -14,7% zu verzeichnen waren.

Erziehungsbeihilfe je Empfänger in fünf Jahren um über 50% gestiegen

Offensichtlich sind mit zeitlicher Entfernung vom Kriege - ähnlich ist es bei der Kriegsopferversorgung der Fall - die Ausgaben für einzelne Leistungen beträchtlich gestiegen, während sich die Zahl der Empfänger insgesamt relativ wenig verändert hat. An der zahlenmäßig wichtigsten Hilfeart, der Erziehungsbeihilfe, soll die unterschiedliche Entwicklung von Ausgaben und Empfängern sowie der Untergruppen dieser Haupthilfeart dargestellt werden. Auch 1972 lag, wie bereits gezeigt wurde, das Schwergewicht der Ausgaben bei den Leistungen für Erziehungsbeihilfe. Da sich jedoch die Anzahl der Empfänger nur wenig veränderte, entfiel auf

Empfänger laufender Hilfen der Kriegsopferfürsorge nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1972

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreisfreie Städte	Landkreise	Überörtlicher Träger
	Anzahl	%			
Berufsfürsorge	160	1,4	-	-	160
Erziehungsbeihilfe an Kinder von Beschädigten	4 444	39,9	411	1 400	2 633
an Waisen	593	5,3	67	233	293
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte	1 130	10,1	566	453	111
an Hinterbliebene	771	6,9	411	360	-
Übrige Hilfen	4 809	43,3	1 050	2 614	1 145
Insgesamt	11 136	100,0	2 094	4 700	4 342

den Empfänger mit rd. 3 000 DM (1972) ein um 22,1% höherer Durchschnittssatz als 1971. Noch vor fünf Jahren wurde mehr als die Hälfte (etwa 5 Mill. DM) der für Erziehungsbeihilfe anfallenden Kosten an Waisen gezahlt, deren Anteile an den Ausgaben und der Empfängerzahl 1972 bis auf 10,9 bzw. 11,8% zurückgegangen sind. Entsprechend erhöhten sich die Anteile der Kinder von Beschädigten - sie betrugen 1967 bei den Ausgaben 48,7 und bei der Zahl der Empfänger 61% - auf 89,1 bzw. 88,2% im Jahr 1972.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Wohnbevölkerung nach dem Familienstand

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Die Familienstandsgliederung wird von den verschiedensten Faktoren bestimmt. In demographischer Hinsicht sind Geschlechterproportion und Altersaufbau der Bevölkerung sowie die geschlechterspezifische Sterblichkeit die wesentlichsten Bestimmungsgründe. Eine breite Basis junger Jahrgänge wirkt sich in einem hohen Anteil Lediger aus; starke Altersjahrgänge haben einen relativ hohen Anteil Verwitweter zur Folge und aus der höheren Sterblichkeit der Männer resultiert eine höhere Verwitweten-Quote der Frauen. Andere Bestimmungsgründe sind historischer, wirtschaftlicher, soziologischer und rechtlicher Art. So nahmen die Kriegsverluste beider Weltkriege vielen Frauen im heiratsfähigen Alter die Heiratschance und ließen verheiratete Frauen, oft schon in sehr jungem Alter, zu Witwen werden, ein Umstand, der auch 25 Jahre nach Kriegsende die Familienstandsgliederung der Bevölkerung noch deutlich prägt. Die günstige wirtschaftliche Lage bietet heute jungen Menschen viel früher als je zuvor die ökonomische Grundlage zur Eheschließung, so daß das durchschnittliche Heiratsalter bei Männern und Frauen stark gesunken ist. Es kommt hinzu, daß in der Gesellschaft die Heiratswilligkeit derzeit wesentlich größer ist als das früher der Fall war. Der rechtliche Faktor, der für die Familienstandsgliederung einer Bevölkerung von Belang ist, resultiert aus dem Ehegesetz, das das Heiratsalter für Frauen auf das vollendete 18. und für Männer auf das vollendete 21. Lebensjahr festlegt, wobei unter gewissen Voraussetzungen die Vorverlegung der Ehemündigkeit auf das vollendete 16. bzw. 18. Lebensjahr möglich ist.

Von der am 27. Mai 1970 ermittelten Bevölkerung waren 1 490 543 Personen oder 40,9% ledig, 1 802 186 Personen oder 49,4% verheiratet, 306 864 Personen oder 8,4% verwitwet und 45 844 Personen oder 1,3% geschieden. Differenziert man die Familienstands-Quoten der Bevölkerung nach dem Geschlecht, so ergibt sich, daß die Zahl der ledigen Männer diejenige der ledigen Frauen um 60 000 überschreitet, während die Zahl der verheirateten Männer und Frauen nur eine geringfügige Abweichung zeigt. Demgegenüber ergibt sich bei den Verwitweten eine außerordentliche zahlenmäßige Diskrepanz. Mit rund 260 000 ist die Zahl der verwitweten Frauen mehr als fünfmal so groß wie der verwitweten Männer (48 644). Auch die Zahl der geschiedenen Frauen übertrifft die der geschiedenen Männer um rund 80%. Besonders aufschlußreich ist eine Untersuchung des Familienstandes von Männern und Frauen unter Berücksichtigung ihrer Altersstruktur.

Durchschnittliches Heiratsalter stark reduziert

Die Tatsache, daß der Gesetzgeber die Heiratsfähigkeit der Männer an ein höheres Lebensalter bindet als das der Frauen, die Wehrpflicht, die in

der Regel längere Schul- und Berufsausbildung sowie das Bemühen, vor der Heirat für eine spätere Familie die wirtschaftliche Basis zu schaffen, sind die maßgebenden Gründe für das im Durchschnitt höhere Heiratsalter der Männer, das sich 1970 auf 24,6 Jahre stellte, während das der Frauen 21,8 Jahre betrug. So sind von den 18- bis 21jährigen 96% der Männer, aber nur 73% der Frauen, von den 21- bis 25jährigen 67% der Männer, aber nur 30% der Frauen noch ledig. Auch unter den 25- bis 35jährigen Männern liegt die Ledigen-Quote noch bei 21%, unter den gleichaltrigen Frauen beläuft sie sich dagegen nur auf 9%. Hier mag außer den erwähnten Gründen auch die Tatsache des Männerüberschusses eine gewisse Rolle spielen. In der Altersgruppe der 35 bis 40 Jahre alten Personen sind die Ledigen-Quoten von Männern und Frauen mit 8,9 bzw. 7,3% einander stark angenähert. Von da an nimmt die der Männer mit zunehmendem Alter ab und pendelt sich auf 4 bis 5% ein. Die Ledigen-Quote der Frauen aber nimmt wegen des bei den 43jährigen beginnenden Frauenüberschusses von Altersgruppe zu Altersgruppe zu. Unter den über 45 Jahren alten Personen, kommen rund 80 000 ledige Frauen auf 25 000 ledige Männer. Am größten ist das zahlenmäßige Mißverhältnis jedoch bei den im Rentenalter stehenden Menschen. Hier ist die Zahl der ledig gebliebenen Frauen viermal so groß als die der Männer.

Die Ledigen-Quote der jungen Leute hat sich, besonders bei den Frauen, im Vergleich zu früheren Zählungen stark vermindert. Es ist dies eine Folge der Herabsetzung des Heiratsalters. 1950 betrug das durchschnittliche Heiratsalter der aus dem Ledigenstand Heiratenden bei den Männern 27,6 Jahre. Bis 1961 war es auf 25,1 und bis 1970 auf 24,6 Jahre zurückgegangen. Bei den Frauen reduzierte sich das durchschnittliche Heiratsalter von 25,2 in 1950 auf 22,8 bzw. 21,8 Jahre in 1961 bzw. 1970. Infolgedessen verminderte sich die Ledigen-Quote der 18- bis 21jährigen Frauen von 90,8% im Jahre 1950 und 82,1% im Jahre 1961 auf 73,0% im Jahre 1970. Die Ledigen-Quote der gleichaltrigen Männer ging im gleichen Zeitraum dagegen nur um 2,5 Prozentpunkte zurück. Besonders auffallend aber ist das Absinken der Ledigen-Quote bei den Frauen im Alter von 21 bis 25 Jahren. Sie sank von 63,2% (1950) und 44,1% (1961) auf 30,4% im Jahre 1970. In zwanzig Jahren hat sie sich auf weniger als die Hälfte reduziert. Das ist allerdings auch eine Folge der wesentlich verbesserten Heiratschancen der Frauen dieses Alters. Die 1970 im Alter von 21 bis 25 Jahre stehenden Frauen entstammen den Geburtsjahrgängen von 1946 bis 1949. Ihre etwas älteren Partner dürften den stärkeren Geburtsjahrgängen von 1941 bis 1944 zuzurechnen sein, so daß rund 76 000 Frauen 96 000 Männern gegenüberstanden. Für die 1950 zwischen 21 und 25 Jahre alten Frauen aus den

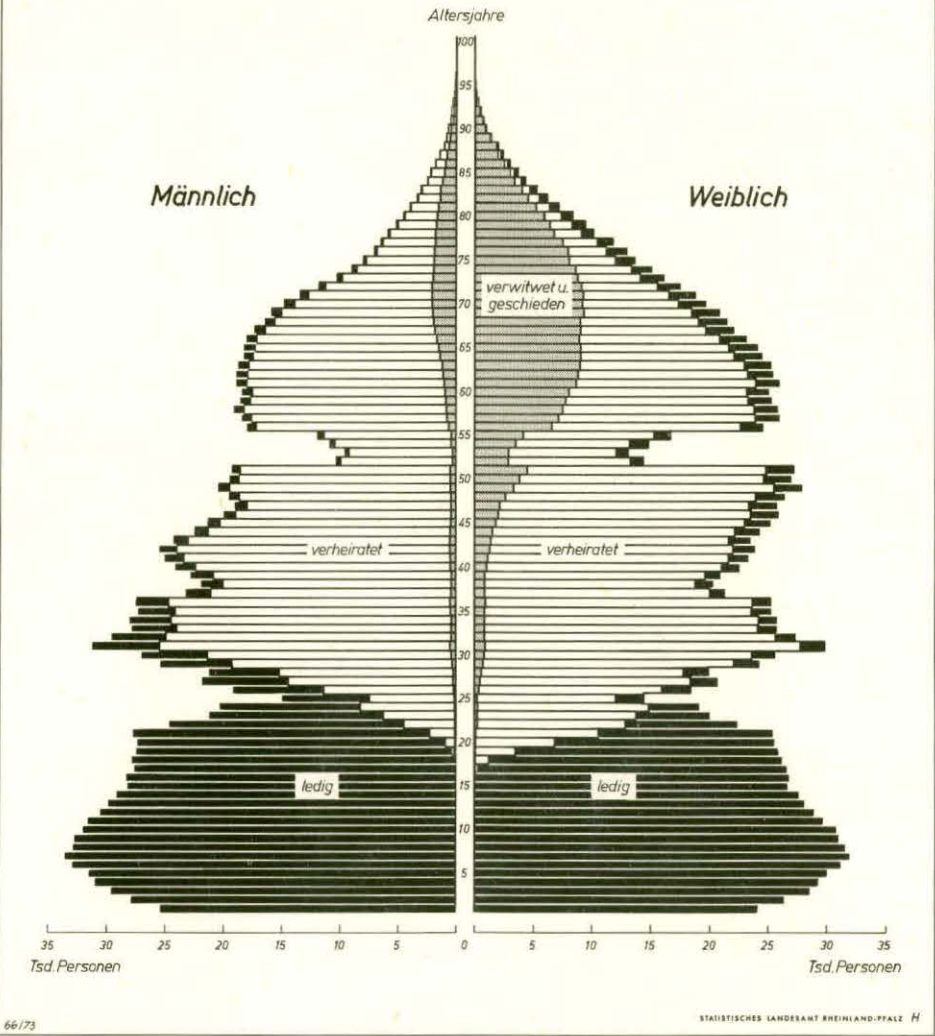
Geburtsjahrgängen 1926 bis 1929 war die Konstellation erheblich ungünstiger. Die ihnen altersmäßig etwa adäquaten Männer gehörten den im zweiten Weltkrieg stark reduzierten Geburtsjahrgängen von 1921 bis 1924 an, so daß damals für 96 000 Frauen dieser Altersgruppe nur etwa 75 000 männliche Partner zur Verfügung standen.

Jede zweite Frau im Alter von 21 Jahren verheiratet

Bei den Verheirateten sind die Relationen etwa umgekehrt wie bei den Ledigen. Ab dem 18. Lebensjahr steigen die Quoten der Verheirateten steil an, bei den Frauen schneller als bei den Männern. Von den bis 35 Jahre alten heiratsfähigen Personen sind 67% der Männer und 73% der Frauen verheiratet. Die höchsten Verheirateten-Quoten ergeben sich bei den Männern im Alter von 45 bis 55 Jahren (92%) und bei den 30 bis 35 Jahre alten Frauen (89,9%). In der Altersgruppe der 35- bis 40-jährigen sind die Verheirateten-Quoten von Männern und Frauen mit rund 89% identisch, aber bereits in der folgenden Fünf-Jahresgruppe, bei den 40- bis 45jährigen, öffnet sich die Schere des Frauenüberschusses.

Während die Verheirateten-Quote der Männer bis zum 50. Lebensjahr ansteigt und sich in der Folge nur langsam reduziert, ist sie bei den Frauen schon ab dem 35. Lebensjahr leicht rückläufig und sinkt mit höherem Alter stark ab. Im Alter von 50 bis zu 55 Jahren sind nur zwei von drei Frauen, aber neun von zehn Männern verheiratet. In den folgenden Altersgruppen ist trotz des erheblichen

Bevölkerung
nach Geschlecht, Altersjahren und Familienstand 1970



Frauenüberschusses die absolute Zahl der verheirateten Männer weitaus höher als die der verheirateten Frauen. Unter den 55- bis 60jährigen übersteigt die Zahl der verheirateten Männer die der verheirateten Frauen um rund 5 000, unter den 60- bis 65jährigen um rund 12 000 und unter den über 65 Jahren alten Personen um rund 43 000. Diese Disparität resultiert aus den Altersunterschieden der Ehepartner. Wenn von den im Rentenalter stehenden Menschen nur ein Drittel der Frauen, aber drei Viertel der Männer verheiratet sind, so ist dies nicht nur die Auswirkung des hohen Frauenüberschusses in diesen Altersjahrgängen, sondern der Tatsache, daß verwitwete Frauen weniger häufig als verwitwete Männer eine neue Ehe eingehen.

Im zeitlichen Vergleich ist das auffälligste Phänomen die Vorverlegung des Heiratsalters. Sie wird besonders deutlich, wenn man einmal die Altersjahrgänge der 19- bis 21jährigen herausgreift. Wenn von 1 000 damals 19jährigen Frauen 1939 erst 40 verheiratet waren, so sind es 1970 bereits

Verheirateten-Quoten 1939 - 1970

Jahr	Von 1 000 Männern			Von 1 000 Frauen		
	waren verheiratet im Alter von ... Jahren					
	19	20	21	19	20	21
1939	3	8	25	40	139	245
1950	12	37	107	83	148	238
1961	16	44	131	165	269	401
1970	34	79	181	261	408	562

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht 1961 und 1970

Altersgruppe	Insgesamt				Ledig		Verheiratet		Verwitwet		Geschieden	
	1961		1970		1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	Anzahl	%	Anzahl	%								
Insgesamt												
unter 6 Jahre	354 537	10,4	349 174	9,6	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-
6 - 15 "	466 146	13,6	548 120	15,0	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-
15 - 18 "	115 784	3,4	163 738	4,5	99,4	99,1	0,6	0,9	0,0	0,0	-	0,0
18 - 21 "	145 887	4,3	159 986	4,4	90,1	84,8	9,8	14,9	0,0	0,2	0,1	0,3
21 - 25 "	222 388	6,5	157 367	4,3	58,6	49,4	41,0	49,7	0,1	0,2	0,4	0,8
25 - 30 "	231 734	6,8	224 305	6,2	25,8	20,0	72,8	77,9	0,3	0,3	1,0	1,7
30 - 35 "	239 703	7,0	279 243	7,7	12,7	11,1	85,3	86,6	0,6	0,5	1,4	1,9
35 - 40 "	235 537	6,9	230 928	6,3	10,1	8,1	86,2	88,9	1,8	1,0	1,9	2,0
40 - 45 "	171 653	5,0	240 009	6,6	8,4	7,3	83,4	88,7	5,8	1,9	2,3	2,1
45 - 50 "	214 681	6,3	232 512	6,4	7,6	7,7	79,5	85,2	10,5	4,6	2,4	2,4
50 - 55 "	240 529	7,0	149 070	4,1	8,0	7,1	77,7	79,6	12,1	10,7	2,2	2,6
55 - 60 "	229 426	6,7	220 337	6,0	8,9	6,8	75,7	74,4	13,5	16,5	1,9	2,3
60 - 65 "	189 744	5,6	219 415	6,0	9,6	7,7	69,7	69,2	19,1	21,1	1,6	2,0
65 und mehr "	359 147	10,5	471 233	12,9	9,6	9,6	47,5	49,2	42,0	39,9	1,0	1,4
Insgesamt	3 417 116	100,0	3 645 437	100,0	42,0	40,9	48,6	49,4	8,4	8,4	1,1	1,3
Männer												
unter 6 Jahre	181 924	11,3	178 879	10,3	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-
6 - 15 "	238 713	14,8	280 841	16,2	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-
15 - 18 "	59 029	3,7	83 812	4,8	100,0	100,0	-	0,0	-	-	-	-
18 - 21 "	74 438	4,6	82 823	4,8	97,7	95,7	2,3	4,1	0,0	0,2	0,0	0,0
21 - 25 "	113 459	7,0	80 966	4,7	72,4	67,3	27,4	32,2	0,0	0,1	0,2	0,4
25 - 30 "	119 359	7,4	114 786	6,6	32,8	28,9	66,3	69,6	0,1	0,1	0,7	1,4
30 - 35 "	120 779	7,5	144 293	8,3	12,9	14,7	85,8	83,5	0,2	0,2	1,0	1,6
35 - 40 "	101 694	6,3	119 915	6,9	7,2	8,9	91,2	89,0	0,3	0,3	1,2	1,8
40 - 45 "	71 996	4,5	118 992	6,8	5,3	5,8	92,6	91,9	0,6	0,6	1,5	1,7
45 - 50 "	91 537	5,7	98 504	5,7	5,0	4,7	92,2	92,7	1,1	0,9	1,8	1,6
50 - 55 "	105 462	6,5	62 120	3,6	5,2	4,1	91,0	92,5	2,0	1,5	1,8	1,8
55 - 60 "	105 490	6,5	92 560	5,3	5,4	4,3	89,4	91,0	3,6	2,9	1,6	1,9
60 - 65 "	83 166	5,2	92 923	5,3	5,0	4,7	87,0	88,3	6,7	5,4	1,3	1,6
65 und mehr "	146 644	9,1	186 798	10,7	4,9	4,8	69,4	74,0	24,9	20,0	0,8	1,2
Zusammen	1 613 786	100,0	1 738 212	100,0	45,1	44,5	51,1	51,7	3,1	2,8	0,8	0,9
Frauen												
unter 6 Jahre	172 613	9,6	170 295	8,9	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-
6 - 15 "	227 433	12,6	267 279	14,0	100,0	100,0	-	-	-	-	-	-
15 - 18 "	56 755	3,1	79 926	4,2	98,7	98,1	1,3	1,9	0,0	0,0	-	0,0
18 - 21 "	71 449	4,0	77 163	4,0	82,1	73,0	17,7	26,5	0,1	0,2	0,1	0,3
21 - 25 "	108 929	6,0	76 401	4,0	44,1	30,4	55,1	68,1	0,2	0,3	0,6	1,2
25 - 30 "	112 375	6,2	109 519	5,7	18,4	10,8	79,7	86,6	0,5	0,5	1,3	2,1
30 - 35 "	118 924	6,6	134 950	7,1	12,6	7,2	84,7	89,9	1,0	0,8	1,7	2,1
35 - 40 "	133 843	7,4	111 013	5,8	12,4	7,3	82,4	88,7	2,9	1,8	2,3	2,2
40 - 45 "	99 657	5,5	121 017	6,3	10,7	8,7	76,8	85,5	9,6	3,2	2,9	2,6
45 - 50 "	123 144	6,8	134 008	7,0	9,6	9,9	70,1	79,7	17,5	7,4	2,8	3,0
50 - 55 "	135 067	7,5	86 950	4,6	10,1	9,2	67,4	70,4	20,0	17,3	2,5	3,1
55 - 60 "	123 936	6,9	127 777	6,7	11,9	8,7	64,1	62,4	21,9	26,3	2,1	2,6
60 - 65 "	106 578	5,9	126 492	6,6	13,2	9,9	56,1	55,1	28,8	32,7	1,9	2,3
65 und mehr "	212 503	11,8	284 435	14,9	12,8	12,7	32,3	32,9	53,7	52,9	1,1	1,5
Zusammen	1 803 330	100,0	1 907 225	100,0	39,2	37,6	46,4	47,3	13,1	13,5	1,3	1,5

261. Unter den Zwanzigjährigen hat sich der Anteil der verheirateten Frauen im gleichen Zeitraum verdreifacht und von den Frauen im Alter von 21 Jahren ist 1970 mehr als die Hälfte bereits verheiratet, während es 1939 nur knapp 25% waren. Auch bei den Männern zeichnet sich diese Tendenz deutlich ab, wenn auch die Anteilssätze der verheirateten Männer stark hinter denjenigen der verheirateten Frauen gleichen Alters zurückbleiben.

Im Rentenalter leben zwei Drittel aller Frauen allein

Die Zahl der verwitweten Frauen ist mit 258 220 mehr als fünfmal so hoch wie die der verwitweten Männer (48 644). Bei den Männern bleibt der An-

teil der Verwitweten bis zum 50. Lebensjahr unter 1% und steigert sich, bis zum 65. Lebensjahr auf 5,4%. Von den im Rentenalter stehenden Männern ist jeder fünfte verwitwet. Bei den Frauen wird die Verwitweten-Quote von 1% schon in einem wesentlich jüngeren Alter als bei den Männern, nämlich in der Altersgruppe der 35- bis 40jährigen überschritten. In der Folge steigt der Anteil der verwitweten Frauen schnell an. Im Alter von 50 bis 55 Jahren ist fast jede fünfte, mit 55 bis 60 Jahren mehr als jede vierte, mit 60 bis 65 Jahren jede dritte und im Rentenalter sogar jede zweite Frau Witwe. Sieht man die Zahl der verwitweten älteren Frauen im Zusammenhang mit den Frauen gleichen Alters, die geschieden sind oder denen wegen der hohen Zahl der in beiden Weltkriegen gefallenen Männer die Ehe versagt geblieben ist, so zeichnet

sich die menschlich erschütternde Tatsache ab, daß von zwei Frauen im Alter von 60 bis 65 Jahren eine und von drei über 65 Jahre alten Frauen zwei allein leben müssen. Die zahlenmäßige Disparität von Männern und Frauen unter den Verwitweten ist nicht nur durch den hohen Frauenüberschuß unter den älteren Menschen bedingt. Sie ist, abgesehen von den Altersunterschieden der Ehepartner, auch eine Folge davon, daß die Wiederverheiratung verwitweter Frauen weitaus seltener ist als die Wiederverheiratung verwitweter Männer. Obwohl die Zahl der Frauen im Alter von 60 bis 65 Jahren die Zahl der Männer gleichen Alters nur um 36% überschreitet, ist die Zahl der verwitweten Frauen in dieser Altersgruppe mehr als achtmal so groß wie die der Männer. Bei den über 65 Jahre alten Personen beläuft sich der Frauenüberschuß auf rund 50%, die Zahl der verwitweten Frauen aber übersteigt die der verwitweten Männer um das Vierfache.

Junge Ehen enden häufiger durch Scheidung als durch Tod

Im jüngeren Alter werden Ehen weit häufiger durch Scheidungen als durch den Tod des Ehepartners gelöst. So übertrifft bei den Männern bis zum Alter von 55 Jahren die Zahl der Geschiedenen diejenige der Verwitweten. Unter den Frauen gibt es bis zum Alter von 40 Jahren mehr Geschiedene als Verwitwete. Am höchsten ist die absolute Zahl Geschiedener bei den Männern erstaunlicherweise in der Altersgruppe der 30- bis 35jährigen. Der größte prozentuale Anteil Geschiedener dagegen errechnet sich für die Männer im Alter von 55 bis 60 Jahren. Bei den Frauen ist es die Altersgruppe der 50- bis 55jährigen, für die sich der höchste Anteil Geschiedener ergibt. Insgesamt sind nur 0,9% der Männer, aber 1,5% der Frauen geschieden. Auch dies weist darauf hin, daß Männer sich eher als Frauen nach einer gescheiterten Ehe zur Wiederverheiratung entschließen.

Dr. G. Nellesen-Schumacher

Wandel in der Geschlechterrelation
Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Bestimmungsgründe der Geschlechterrelation

Die Geschlechterproportion wird von mehreren Faktoren bestimmt, deren Zusammenwirken oder gegenseitige Kompensation letztlich die zahlenmäßige Ausgewogenheit oder Ungleichgewichtigkeit der Geschlechter bewirkt. Sie ist abhängig von dem Verhältnis der Geschlechter bei den Neugeborenen, von dem Altersaufbau der Bevölkerung, von der unterschiedlichen Lebenserwartung der Geschlechter, von der ungleichen Beteiligung von Männern und Frauen an den Wanderungen und von den Kriegsverlusten, die hauptsächlich die männliche Bevölkerung trafen. Die höhere Zahl von Knaben-geburten (104 bis 106 Knaben- auf 100 Mädchen-geburten in den Jahren von 1961 bis 1970) hat einen Männerüberschuß in den jungen und mittleren Jahrgängen zum Ergebnis, der sich auf die gesamte Geschlechterproportion um so erheblicher auswirkt, je stärker die Geburtsjahrgänge sind. Die höhere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts in allen Altersgruppen verursacht mit dem Alterwerden der Ge-

burtsjahrgänge einen allmählichen Abbau des Knabenüberschusses. In den höheren Altersjahrgängen führte die höhere Lebenserwartung der Frauen zu einem Frauenüberschuß, der durch die Kriegsverluste der Männer außerordentlich verstärkt wird. Da an den Wanderungsbewegungen die Männer weit stärker als die Frauen beteiligt sind, hat eine aktive Wanderungsbilanz tendenziell wiederum eine zahlenmäßige Erhöhung des männlichen Bevölkerungsanteils zur Folge, wie umgekehrt Wanderungsverluste die männliche Bevölkerung relativ stärker als die weibliche treffen.

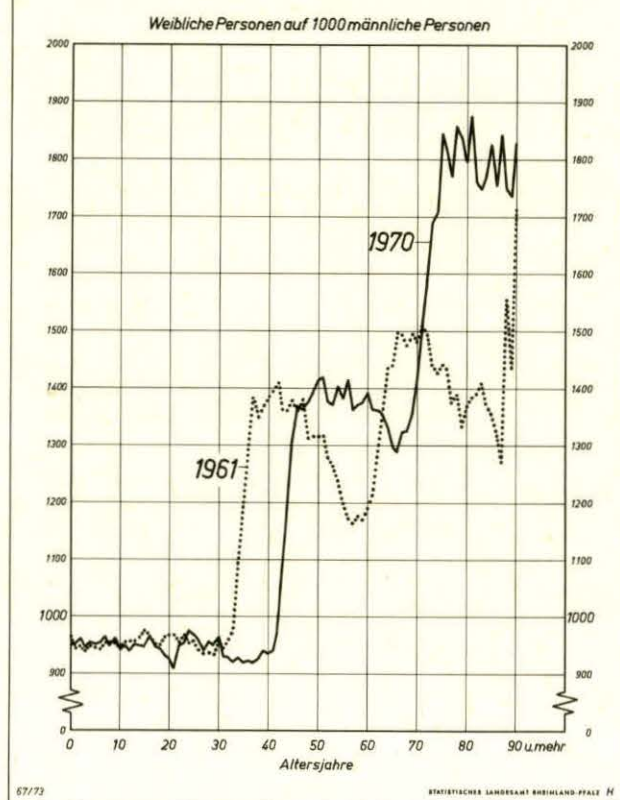
Stärkeres Wachstum der männlichen Bevölkerung

Bei der Volkszählung am 27. Mai 1970 wurden 1 738 212 männliche und 1 907 225 weibliche Personen gezählt. Die Geschlechterrelation stellt sich damit auf 47,7% Männer zu 52,3% Frauen. Seit 1961 ist die männliche Bevölkerung um 124 426 Personen oder 7,7% und die weibliche Bevölkerung um 103 895

Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen 1970

Gemeinde- größenklasse	Männliche Personen				Weibliche Personen				Frauen auf 1 000 Männer			
	ins- ge- samt	im Alter von ... Jahren			ins- ge- samt	im Alter von ... Jahren			ins- ge- samt	im Alter von ... Jahren		
		unter 15	15 - 65	65 und mehr		unter 15	15 - 65	65 und mehr		unter 15	15 - 65	65 und mehr
unter 200 Einw.	30 510	8 680	17 754	4 076	30 928	7 950	18 164	4 814	1 014	916	1 023	1 181
200 - 500 "	137 861	39 087	81 617	17 157	145 723	37 534	86 447	21 742	1 057	960	1 059	1 267
500 - 1 000 "	198 008	56 028	119 527	22 453	212 812	53 532	127 899	31 381	1 075	955	1 070	1 398
1 000 - 2 000 "	220 750	62 474	134 794	23 482	239 123	59 630	145 489	34 004	1 083	954	1 079	1 448
2 000 - 5 000 "	258 808	72 001	160 445	26 362	281 939	67 719	174 166	40 054	1 089	941	1 086	1 519
5 000 - 10 000 "	199 315	52 555	127 201	19 559	218 414	50 220	136 825	31 369	1 096	956	1 076	1 604
10 000 - 20 000 "	109 958	28 134	70 625	11 199	121 021	27 019	76 270	17 732	1 101	960	1 080	1 583
20 000 - 50 000 "	150 499	37 761	96 121	16 617	172 909	35 918	109 239	27 752	1 149	951	1 136	1 670
50 000 - 100 000 "	161 192	39 664	102 899	18 629	184 283	37 602	116 648	30 033	1 143	948	1 134	1 612
100 000 und mehr "	271 311	63 336	180 711	27 264	300 073	60 450	194 069	45 554	1 106	954	1 074	1 671
Insgesamt	1 738 212	459 720	1 091 694	186 798	1 907 225	437 574	1 185 216	284 435	1 097	952	1 086	1 523

Geschlechterproportion 1961 und 1970



Personen oder 5,8% gewachsen. Die Zunahme der männlichen und weiblichen Bevölkerung beruht ganz überwiegend auf einem Geburtenüberschuß. Der Wanderungsbeginn ist bei der männlichen Bevölkerung nur zu einem Viertel, bei der weiblichen nur zu etwa einem Zehntel an der Bevölkerungszunahme beteiligt gewesen. Das stärkere Wachstum der männlichen Bevölkerung führte zu einem weiteren Abbau des Frauenüberschusses. 1970 kamen 1 097 Frauen auf 1 000 Männer, während 1961 noch 1 117 und 1950 sogar 1 145 Frauen auf 1 000 Männer entfallen waren. Da die Kriegsverluste des zweiten Weltkrieges sehr viel höher waren als die während des ersten Weltkrieges, ist der aus den Kriegsverlusten herrührende Frauenüberschuß trotz des längeren zeitlichen Abstandes, den das Erhebungsjahr 1970 vom Ende des zweiten Weltkrieges trennt, noch längst nicht so weit abgebaut, wie es im Volkszählungsjahr 1939 hinsichtlich des aus den Kriegsverlusten des ersten Weltkrieges resultierenden Frauenüberschusses der Fall gewesen war. Das ist zum Teil natürlich auch eine Auswirkung dessen, daß sich zumindest in der Altersgruppe der über 65 Jahre alten Menschen die Kriegsverluste beider Weltkriege addieren und die mittlere Lebenserwartung der Frauen seit 1939 weiter gestiegen ist. Darüber hinaus ist der Vergleich mit 1939 methodisch nicht ganz exakt, weil die ihrer Dienstpflicht genügenden Arbeitsmänner und Soldaten 1939 nicht in der Heimat-, sondern in der Standortgemeinde zur Wohnbevölkerung gezählt worden waren, was bei der starken Besetzung des heutigen

Landes Rheinland-Pfalz mit Garnisonen von einer gewissen Relevanz ist. Trotzdem macht er deutlich, wieviel schwerer und nachhaltiger der Volkskörper von den Verlusten des zweiten Weltkrieges getroffen worden ist. 1939 - 20 Jahre nach dem Kriegsende - kamen 1 011 Frauen auf 1 000 Männer. 1970 - 25 Jahre nach Kriegsschluß - entfallen noch immer 1 097 Frauen auf 1 000 Männer. In Zukunft schränkt der Geburtenrückgang die ausgleichende Wirkung des Knabenüberschusses der Neugeborenen auf die Geschlechterrelation der Bevölkerung ein, so daß nach der vierten koordinierten Vorausschätzung auch im Jahre 1990 noch 1 021 Frauen auf 1 000 Männer treffen werden, wenn man unterstellt, daß der Wanderungsgewinn etwa auf dem heutigen Stand verharret.

Männerüberschuß in den unteren und mittleren Altersjahrgängen

Die Meßzahl von 1 097 Frauen auf 1 000 Männer drückt einen Durchschnitt aus, der nur auf die Gesamtzahl aller Frauen, nicht aber auf die einzelnen Altersjahrgänge zutrifft. Wegen der größeren Häufigkeit von Knabengeburt besteht in den jungen und mittleren Jahrgängen ein Männerüberschuß. So kommen bei den unter sechs Jahren alten Kindern nur 952 Mädchen auf 1 000 Knaben. Bei den jungen Leuten von 18 bis 21 Jahren entfallen 932 Frauen auf 1 000 Männer. Am größten ist der Männerüberschuß mit 926 Frauen auf 1 000 Männer in der Altersgruppe der 35- bis 40jährigen. Der scheinbare Widerspruch, der darin liegt, daß trotz höherer Sterblichkeit der männlichen Personen aller Altersjahre der Männerüberschuß in den jungen und mittleren Jahrgängen zunimmt, erklärt sich aus der Anzahl der Ausländer, bei denen die Jahrgänge von 18 bis 40 Jahren dominieren und die Männer stark in der Überzahl sind. Auch ohne die Kriegsverluste, die die höheren Altersjahrgänge der Männer dezimierten, würde sich die Geschlechterrelation allmählich ausgleichen und wegen der höheren Lebenserwartung der Frauen allmählich in einen Frauenüberschuß umschlagen. Aber diese Schwelle würde ohne die Kriegsverluste erst in höheren Altersjahrgängen erreicht sein, als es tatsächlich der Fall ist. 1970 ist der erste Altersjahrgang mit einem Frauenüberschuß derjenige der 43- bis 44jährigen. Um neun Jahre nach unten phasenverschoben war die Schwelle 1961 schon bei den 34- bis 35jährigen erreicht. 1950 traf der erhebliche Frauenüberschuß schon alle Altersgruppen, die mehr als 23 bis 24 Jahre zählten. In der Altersgruppe der 40- bis 45jährigen ist der Frauenüberschuß mit knapp 2% sehr begrenzt. Aber bereits unter den 45- bis 50jährigen gibt es 36%, unter den 50- bis 55jährigen 40% und unter den über 65 Jahre alten Menschen sogar 50% mehr Frauen als Männer.

Höherer Frauenüberschuß in den Städten

Ausgeprägt ländliche Gegenden bieten Frauen wenig Möglichkeiten, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Für die vorzugsweise von Frauen ausgeübten Büroberufe im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich, für die Tätigkeit als Arbeiterin in Industriebetrieben oder als Verkäuferin im Handel

Wohnbevölkerung und Bevölkerungsveränderung nach dem Geschlecht in den Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Wohnbevölkerung			Bevölkerungsveränderung 1961 - 1970						Frauen auf 1 000 Männer	
	ins- gesamt	Männer	Frauen	insgesamt		Männer		Frauen		1961	1970
	Anzahl			%		Anzahl		%		Anzahl	
Kreisfreie Stadt Koblenz	119 434	56 062	63 372	3 340	2,9	1 084	2,0	2 256	3,7	1 112	1 130
Landkreise											
Ahrweiler	103 862	48 951	54 911	11 105	12,0	5 609	12,9	5 496	11,1	1 140	1 122
Altenkirchen (Ww.)	121 181	58 363	62 818	8 785	7,8	4 887	9,1	3 898	6,6	1 102	1 076
Bad Kreuznach	147 360	68 831	78 529	10 626	7,8	5 563	8,8	5 063	6,9	1 161	1 141
Bad Kreuznach, St.	42 146	18 711	23 435	2 879	7,3	1 417	8,2	1 462	6,7	1 271	1 252
Birkenfeld	93 619	44 718	48 901	1 933	2,1	1 037	2,4	896	1,9	1 099	1 094
Idar-Oberstein, St.	39 000	18 495	20 505	- 229	- 0,6	- 319	- 1,7	90	0,4	1 085	1 109
Cochem-Zell	65 998	31 698	34 300	2 081	3,3	1 485	4,9	596	1,8	1 116	1 082
Mayen-Koblenz	185 756	89 271	96 485	14 161	8,3	7 978	9,8	6 183	6,8	1 111	1 081
Andernach, St.	27 140	12 931	14 209	622	2,3	386	3,1	236	1,7	1 114	1 099
Neuwied	148 202	70 500	77 702	13 518	10,0	7 116	11,2	6 402	9,0	1 125	1 102
Neuwied, St.	62 560	29 420	33 140	3 295	5,6	1 736	6,3	1 559	4,9	1 141	1 126
Oberwesterwaldkreis	77 305	37 324	39 981	12 245	18,8	6 481	21,0	5 764	16,8	1 109	1 071
Rhein-Hunsrück-Kreis	87 450	41 569	45 881	5 764	7,1	3 663	9,7	2 101	4,8	1 155	1 104
Rhein-Lahn-Kreis	118 235	56 336	61 899	3 723	3,3	2 014	3,7	1 709	2,8	1 108	1 099
Lahnstein, St.	19 695	9 349	10 346	- 721	- 3,5	- 373	- 3,8	- 348	- 3,3	1 100	1 107
Unterwesterwaldkreis	85 867	41 333	44 534	10 873	14,5	5 925	16,7	4 948	12,5	1 118	1 077
Reg. Bez. Koblenz	1 354 269	644 956	709 313	98 154	7,8	52 842	8,9	45 312	6,8	1 121	1 100
Kreisfreie Stadt Trier	103 724	47 239	56 485	2 011	- 1,9	- 941	- 2,0	- 1 070	- 1,9	1 195	1 196
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	109 983	52 411	57 572	2 674	2,5	1 963	3,9	711	1,3	1 127	1 098
Bitburg-Prüm	93 396	44 759	48 637	2 503	2,8	1 324	3,0	1 179	2,5	1 093	1 087
Daun	56 954	27 702	29 252	5 016	9,7	3 049	12,4	1 967	7,2	1 107	1 056
Trier-Saarburg	118 355	56 851	61 504	9 164	8,4	5 098	9,9	4 066	7,1	1 110	1 082
Reg. Bez. Trier	482 412	228 962	253 450	17 346	3,7	10 493	4,8	6 853	2,8	1 129	1 107
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	40 898	19 753	21 145	5 166	14,5	2 683	15,7	2 483	13,3	1 093	1 070
Kaiserslautern	99 617	46 480	53 137	308	0,3	- 119	0,8	427	- 0,3	1 131	1 143
Landau i. d. Pfalz	31 589	14 372	17 217	2 689	9,3	1 361	10,5	1 328	8,4	1 221	1 198
Ludwigshafen a. Rhein	176 031	85 889	90 142	10 270	6,2	5 131	6,4	5 139	6,0	1 053	1 050
Mainz	172 195	82 121	90 074	20 288	13,4	10 352	14,4	9 936	12,4	1 117	1 097
Neustadt a. d. Weinstr.	50 909	23 772	27 137	- 560	- 1,1	268	1,1	- 828	- 3,0	1 190	1 142
Pirmasens	55 692	25 665	30 027	- 3 362	- 5,7	- 1 664	- 6,1	- 1 698	- 5,4	1 161	1 170
Speyer	41 763	19 228	22 535	3 278	8,5	1 740	9,9	1 538	7,3	1 201	1 172
Worms	76 697	35 855	40 842	1 391	1,8	896	2,6	495	1,2	1 154	1 139
Zweibrücken	32 764	15 444	17 320	- 160	- 0,5	- 33	- 0,2	- 127	- 0,7	1 127	1 121
Landkreise											
Alzey-Worms	97 780	46 925	50 855	3 275	3,5	2 090	4,7	1 185	2,4	1 108	1 084
Bad Dürkheim	115 654	55 167	60 487	6 572	6,0	3 891	7,6	2 681	4,6	1 127	1 096
Donnersbergkreis	67 118	32 431	34 687	2 803	4,4	1 792	5,8	1 011	3,0	1 099	1 070
Germersheim	92 518	45 369	47 149	14 990	19,3	8 273	22,3	6 717	16,6	1 090	1 039
Kaiserslautern	90 160	43 116	47 044	4 183	4,9	2 385	5,9	1 798	4,0	1 111	1 091
Kusel	82 709	39 828	42 881	1 134	1,4	937	2,4	197	0,5	1 098	1 077
Landau-Bad Bergzabern	104 423	49 321	55 102	2 445	2,4	1 558	3,3	887	1,6	1 135	1 117
Ludwigshafen	117 403	57 240	60 163	15 561	15,3	7 609	15,3	7 952	15,2	1 052	1 051
Mainz-Bingen	149 798	71 772	78 026	13 442	9,9	7 037	10,9	6 405	8,9	1 106	1 087
Bingen, St.	23 724	11 088	12 636	- 59	- 0,2	17	0,2	- 76	- 0,6	1 148	1 140
Ingelheim am Rhein, St.	18 719	8 894	9 825	2 927	18,5	1 427	19,1	1 500	18,0	1 115	1 105
Pirmasens	80 754	38 766	41 988	7 230	9,8	4 012	11,5	3 218	8,3	1 116	1 083
Zweibrücken	32 284	15 780	16 504	1 878	6,2	892	6,0	986	6,4	1 042	1 046
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	1 808 756	864 294	944 462	112 821	6,7	61 091	7,6	51 730	5,8	1 111	1 093
Rheinland-Pfalz	3 645 437	1 738 212	1 907 225	228 321	6,7	124 426	7,7	103 895	5,8	1 117	1 097
Kreisfreie Städte	1 001 313	471 880	529 433	40 637	4,2	20 758	4,6	19 879	3,9	1 130	1 122
Landkreise	2 644 124	1 266 332	1 377 792	187 684	7,6	103 668	8,9	84 016	6,5	1 113	1 088

Altersgruppe	Frauen auf 1 000 Männer			
	1939	1950	1961	1970
unter 6 Jahre	958	958	949	952
6 - 15 "	968	967	953	952
15 - 18 "	966	982	962	954
18 - 21 "	813	972	960	932
21 - 25 "	760	1 061	960	944
25 - 30 "	980	1 368	942	954
30 - 35 "	992	1 402	985	935
35 - 40 "	1 012	1 339	1 316	926
40 - 45 "	1 205	1 236	1 384	1 017
45 - 50 "	1 267	1 111	1 345	1 360
50 - 55 "	1 185	1 214	1 281	1 400
55 - 60 "	1 110	1 352	1 175	1 380
60 - 65 "	1 066	1 300	1 282	1 361
65 und mehr "	1 101	1 196	1 449	1 523
Insgesamt	1 011	1 145	1 117	1 097

existiert, von wenigen örtlich begrenzten Möglichkeiten abgesehen, nur in der Stadt ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot. Diese Situation hat sich in dem letzten Jahrzehnt noch verschärft, weil seit 1961 infolge der strukturpolitischen Maßnahmen 123 265 Frauen ihre Arbeit in der Landwirtschaft aufgaben und, soweit sie auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind, nunmehr in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen ihrer beruflichen Arbeit nachgehen. Aus diesen Gründen weist die städtische Bevölkerung eine weit ungünstigere Geschlechterrelation auf als die ländliche.

In den kreisfreien Städten entfallen 1 122 Frauen auf 1 000 Männer, in Landkreisen dagegen nur 1 088. Symptomatisch ist auch die Tatsache, daß in dem Zeitraum von 1961 bis 1970 die Landkreise in viel stärkerem Maße als die Städte den Frauenüberschuß abbauen konnten; denn während sich die Meßzahl der Landkreise von 1 113 auf 1 088 verringerte, ging die der kreisfreien Städte nur von 1 130 auf 1 122 zurück. Den größten Frauenüberschuß verzeichnen neben der großen kreisangehörigen Stadt Bad Kreuznach (1 252) die Städte Landau (1 198), Trier (1 196), Speyer (1 172) und Pirmasens (1 170). Besonders niedrig ist demgegenüber der von den Städten Ludwigshafen und Mainz ausgewiesene Frauenüberschuß. In diesen Städten wirkt sich die relativ hohe Zahl von Ausländern aus, unter denen die Männer stark in der Überzahl sind. Auf die deutsche Bevölkerung bezogen ergibt sich auch für diese Städte ein Frauenüberschuß von 12 bis 13%, das heißt es kommen auf 1 000 Männer 1 120 bzw. 1 127 Frauen. Die Verwaltungsbezirke mit dem geringsten Frauenüberschuß sind außer dem Kreis Germersheim (1 039 Frauen auf 1 000 Männer) die

Landkreise Zweibrücken, Ludwigshafen, Donnersberg, Daun, Oberwesterwald und Altenkirchen.

Die Gliederung des Frauenüberschusses nach Gemeindegrößenklassen verdeutlicht diesen Zusammenhang. Der Frauenüberschuß ist in den kleinsten Gemeinden mit 1 014 Frauen auf 1 000 Männer verhältnismäßig begrenzt. Mit zunehmender Gemeindegröße steigt er kontinuierlich an. In den Gemeinden von 20 000 bis 50 000 Einwohnern ist die Geschlechterrelation mit 1 149 Frauen auf 1 000 Männer am ungünstigsten. Zu den Großstädten hin flacht sich der Frauenüberschuß ein wenig ab (1 106 auf 1 000 Männer), weil hier sowohl der Anteil der Ausländer, als auch der Personen mit weiterem Wohnsitz an der Wohnbevölkerung besonders hoch ist. Beiden Bevölkerungsgruppen aber eignet ein starker Männerüberschuß. Würde man in den Großstädten des Landes (Koblenz, Trier, Ludwigshafen, Mainz) diese Bevölkerungsgruppen außer acht lassen, dann entfielen in dieser Größenklasse 1 192 Frauen auf 1 000 Männer, so daß sich der mit zunehmender Gemeindegröße ansteigende Trend des Frauenüberschusses bis zu den Großstädten hin fortsetzte.

Wie nicht anders zu erwarten, tritt die Disparität des Frauenüberschusses zwischen kleinsten und größten Gemeinden am deutlichsten sichtbar in der Altersgruppe in Erscheinung, die den höchsten Frauenüberschuß zu verzeichnen hat, in der Gruppe der über 65 Jahre alten Bevölkerung. Dort steigert er sich von 18% in den Gemeinden von weniger als 200 Einwohnern auf 67% in den Großstädten. Relativ größer aber ist die Spanne des nach der Gemeindegröße abgestuften Frauenüberschusses bei der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung. Hier wächst er von 2,3% in den kleinsten Gemeinden auf 13,6% in den Gemeinden von 20 000 bis 50 000 Einwohnern, also auf das Sechsfache. In den Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern ist er etwas rückläufig. In den Großstädten wirkt sich der starke Männerüberschuß der im arbeitsfähigen Alter stehenden Ausländer und zur Wohnbevölkerung zählenden Personen mit zweitem Wohnsitz aus, so daß die Geschlechterproportion mit 1 074 Frauen auf 1 000 Männer derjenigen entspricht, wie sie in den Gemeinden von 5 000 bis 10 000 Einwohnern gegeben ist. Hinsichtlich der Kinder bis zum 15. Lebensjahr sind die Unterschiede in der Geschlechterproportion sehr begrenzt. Der durchgängige Männerüberschuß läßt keine größenspezifische Abweichungen erkennen.

Dr. G. Nellessen-Schumacher

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 679	3 681	3 682
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	1 543	2 593	2 232	1 228	1 619 ^p	2 194 ^p	2 191 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	5,3	8,3	7,4	3,9	5,7 ^p	7,0 ^p	7,2 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 614	3 670	3 503	3 080	3 109 ^p	3 417 ^p	3 247 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	12,4	11,7	11,6	9,8	11,0 ^p	10,9 ^p	10,7 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	3 761	3 788	3 320	4 448	3 523 ^p	3 798 ^p	3 800 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	12,9	12,1	11,0	14,2	12,4 ^p	12,1 ^p	12,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	87	85	85	65
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	24,1	23,2	24,3	21,1
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	- 147	- 118	183	- 1 368	- 414 ^p	- 381 ^p	- 553 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,4	0,6	- 4,4	- 1,5 ^p	- 1,2 ^p	- 1,8 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	8 414	10 571	10 080
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	7 123	8 868	8 891
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	1 291	1 703	1 189
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 351	10 508	8 296	9 428	9 842
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	23,5	13,2	11,1	20,4	20,3	12,9	10,7
* Männer	1 000	6,6	7,8	17,0	7,7	5,7	13,9	14,0	7,3	5,3
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	3 360	582	121	1 948	3 229	675	108
Bauberufe	Anzahl	859	887	2 637	1 052	578	1 828	1 617	789	439
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	9 691	6 148	5 344	8 711	7 931	5 650	4 877
Offene Stellen										
Männer	Anzahl	27 650	27 090	24 173	26 359	27 637	26 724	29 938	31 513	32 787
	Anzahl	17 617	16 842	14 953	16 189	16 913	17 223	19 608	20 228	21 136
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	372	399	330	380	509	539	481
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	2 359	2 449	2 598	2 685	3 163	3 216	3 258
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	9 374	10 462	11 118	11 933	13 172	13 820	14 554
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678
* Milchkühe	1 000	252	251
* Schweine	1 000	741	744	.	706	.	.	.	773	.
* Zuchtsauen	1 000	69	70	.	69	.	.	.	73	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	.	43	.	.	.	45	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	17	19	16	17	14	14	15
* Kälber	1 000	2	1	1	2	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	95	102	94	106	90	93	104
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	22	22	17	28	22	21	19
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	12,0	11,1	10,6	11,6	10,6	10,8	9,5	10,0	11,4
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	4,4	4,9	4,2	4,4	3,7	4,0	4,3
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	6,0	6,6	6,3	6,3	5,7	5,9	6,9
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
* für Legehennenküken	1 000	197	165	279	309	268	132	250	300	250
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	44	61	67	36	66	93	94	48	57
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	73	84	85	75	72	86	85
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	79,3	80,2	82,5	82,5	81,7	82,0	84,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	9,9	10,7	11,2	9,6	10,3	11,0	11,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 083	3 074	3 072	3 018	3 007	3 008	2 998
* Beschäftigte	1 000	408	404	403	404	401	403	404	406	405
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	298*	298	296	296	297	298	298
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	44 532	48 591	44 435	45 872	44 800	47 628	44 642
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	519	557	545	601	578	611	613
* Löhne	Mill. DM	357	384	334	369	351	394	370	400	398
* Gehälter	Mill. DM	184	207	185	188	194	207	208	211	215
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	79	78	76	81	74	70	68
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	137	162	180	188	158	183	180
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	11	11	10	4	3	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	126	151	170	184	155	180	177
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	225	226	206	250	232	247	228
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	47	45	40	51	48	48	43
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	178	181	166	199	184	199	185
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	814	880	816	837	816	882	847
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	332	318	279	313	284	308	280
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 522	2 931	2 584	2 920	2 909	3 120	2 965
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	596	662	492	655	700	720	718
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	211	235	246	218 ^z	244	244 ^p	264 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	228	247	258	237	265	263 ^p	280 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	228	248	259	235 ^z	262	259	277
Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	228	233	236	267	337	331 ^p	336 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	245	268	278	250	284	283	303
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	110	173	202	98	123	166	203
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	314	325	329	320	363	346	365
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	286	322	345	293	318	316	346
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	263	315	320	236	253	242	266
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	176	182	187	183	203	202	204
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	118	123	119	102	113	103	89
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	178	182	158	170	172	179 ^z	184 ^z	175	193
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	118	167	183	118	127	143	177
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	102
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	.	182
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	.	179
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	269	220	243	278	305
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 203	1 304	1 213	1 512	1 273
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	363	357	364	502	421
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	1 092	1 151	1 077	1 268	1 137
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,8	0,6	0,5	0,4	0,8	0,2	0,2
Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	212	233	244	331	276
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	213	234	244	332	277
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	84 780	89 530	89 537	85 369	84 209	86 006	86 938
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	46 013	48 777	48 704	46 176	45 349	46 397	46 663
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 438	26 017	24 376	26 386	26 500	24 384	23 918	24 785	25 416
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	9 882	14 483	13 540	10 061	9 690	11 898	12 639
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	6 110	8 840	8 040	6 141	5 907	7 084	7 579
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	3 940	5 759	5 324	4 026	3 978	4 884	5 267
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	121	144	148	45	53	76	70
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 049	2 937	2 568	2 070	1 876	2 124	2 242
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	3 772	5 643	5 500	3 920	3 783	4 814	5 060
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 058	1 362	1 278	1 100	992	1 215	1 161
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	2 714	4 281	4 222	2 820	2 791	3 599	3 899
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	1 146	1 854	1 852	1 232	1 273	1 690	1 833
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	151	91	128	123	111	99	120	130
* Löhne	Mill. DM	103	118	79	116	111	96	86	107	117
* Gehälter	Mill. DM	12	13	12	12	12	15	13	13	13
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	202	289	315	187	214	262	226

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1973 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 333	1 509	1 610	1 770	1 399	1 458	1 403
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 204	1 320	1 396	1 549	1 245	1 307	1 241
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	1 402	1 731	2 051	2 216	1 627	1 666	1 706
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	207	251	306	352	261	264	276
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	237	304	365	392	288	292	294
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	226	234	271	334	223	244	245
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	1 113	797	1 013	1 375	700	1 276	970
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	121	56	94	170	91	164	86
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	179	138	170	251	136	226	174
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 997	3 742	2 625	3 554	4 132	4 734	3 446	3 279	3 362
Bauleistungspreise (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	122	.	.	.	125	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	182	.	.	.	195	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	186	.	.	.	199	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	189	.	.	.	204	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	170	.	.	.	181	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	175	.	.	.	187	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	135	.	.	.	139	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	190	.	.	.	206	.	.
Deckenputz	1962 = 100	174	191	183	.	.	.	199	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	196	.	.	.	215	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	162	.	.	.	178	.	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	170	182	179	.	.	.	195	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	711,9	774,7	680,0	784,1	803,8	870,5	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	17,1	24,0	21,3	27,2	30,7	32,8	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	694,8	750,7	658,7	756,9	773,1	837,6	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	10,0	10,1	11,0	9,8	10,9	11,7	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	35,2	36,5	33,5	37,3	39,0	44,5	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	649,7	704,1	614,1	709,8	723,3	781,5	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	217,2	234,2	214,5	264,9	243,9	286,7	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	432,5	470,0	399,6	445,0	479,4	494,8	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	297,3	350,1	346,8	384,8	331,4	387,3	379,9	410,8	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	131,3	138,6	122,3	135,7	125,7	137,7	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	51,7	61,1	48,1	61,7	57,0	58,7	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	52,5	61,0	54,8	61,0	64,4	78,6	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	63,8	63,0	63,7	73,5	70,3	63,4	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	29,5	41,1	29,3	38,2	44,2	51,7	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,4	2,2	1,1	2,5	1,7	2,3	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	16,6	17,7	12,0	14,9	16,6	18,4	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	30,5	36,5	30,9	33,2	39,5	36,3	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	39,4	40,5	38,2	43,5	43,7	49,9	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	40,4	42,3	37,8	53,0	54,1	57,2	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	110,4	101,0	85,3	116,7	121,7	128,7	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	30,6	28,8	31,5	39,3	41,0	44,8	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	477,5	537,2	496,1	475,1	498,7	522,7	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	85,1	99,9	90,1	91,5	114,5	104,4	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	392,5	437,4	405,9	383,6	384,3	418,3	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	98	98	95	97	98	99	...
* Umsatz	1962 = 100	170	188	154	191	173	171	169 ^r	195	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	198	241	211	262	210 ^r	229	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	166	145	168	163	143	160	180	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	126	192	158	158	133	168	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	159	200	175	171	186	217	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	147	147	146	157	132	150	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	181	180	152	212	180	159	171	221	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	111	110	121	115	108	112	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	211	228	209	214	219	198	211	238	...
* Umsatz	1962 = 100	174	196	163	167	210	158	161	187	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	246	285	133	162	286	125	143	174	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	164	186	159	159	201	154	157	184	...
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	118	167	244	115	116	151	...
* Auslandsgäste	1 000	56	54	13	22	43	13	13	18	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	477	629	854	436	455	598	...
* Auslandsgäste	1 000	131	134	35	53	100	31	34	42	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	2 298	2 886	3 812	1 990	2 748	3 561	...
* Güterempfang	1 000 t	1 547	1 555	1 169	1 383	1 902	1 165	1 474	1 773	...
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 129	1 503	1 910	825	1 274	1 788	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	4 171	5 458	4 302	3 730	3 546	4 158	3 373
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	1 891	2 148	3 232	1 881	2 098	2 808	2 790
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	49	43	76	52	61	68	81
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	4 373	5 885	4 950	4 270	4 167	4 709	3 915
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	983	971	1 485	878	1 135	1 356	1 411
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	46	39	76	48	59	63	78
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr- zeuge	Anzahl	11 440	11 664	10 808	17 458	12 669	11 629	13 181	17 225	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	113	307	238	51	130	345	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	9 674	15 391	11 406	10 445	11 849	15 247	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	526	881	605	693	643	788	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	427	762	342	347	503	742	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	275	746	514	297	350	302	...
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	28 445	27 898	26 989	28 500	32 070	29 770	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	24 675	23 549	23 287	23 937	26 836	24 102	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	3 512	4 040	3 307	4 316	4 967	5 313	...
Berufsverkehr	1 000	844	900	717	1 160	871	954	1 254	1 133	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	258	309	395	247	267	355	...
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	46	61	81	39	47	64	...
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	1	1	2	0	0	1	...
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	211	247	312	208	220	290	...
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	10 942	11 346	11 197	11 450	10 954	12 433	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 235	7 595	6 196	7 407	7 480	6 852	7 142	6 716	7 559
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 825	1 912	1 523	1 862	1 865	1 627	1 665	1 685	1 776
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 410	5 683	4 673	5 545	5 615	5 225	5 477	5 031	5 783
bis 1 000 DM bei jedem Betei- ligten	Anzahl	4 393	4 470	3 726	4 415	4 476	4 010	4 243	3 873	4 515
über 1 000 DM bei einem Betei- ligten	Anzahl	1 017	1 213	947	1 130	1 139	1 215	1 234	1 158	1 268
* Getötete Personen	Anzahl	103	101	93	92	77	97	68	97	73
Pkw - Insassen	Anzahl	55	56	52	51	41	43	39	58	39
Fußgänger	Anzahl	28	24	29	25	19	36	21	25	16
* Verletzte Personen	Anzahl	2 639	2 759	2 190	2 657	2 693	2 268	2 484	2 304	2 618
Pkw - Insassen	Anzahl	1 769	1 859	1 591	1 746	1 794	1 667	1 835	1 545	1 838
Fußgänger	Anzahl	319	331	282	365	335	291	328	344	258
Schwerverletzte	Anzahl	913	946	780	973	936	765	855	801	824
Pkw - Insassen	Anzahl	552	587	523	558	561	487	570	478	502
Fußgänger	Anzahl	162	169	152	200	169	155	172	183	131
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	44 672	51 294	45 640	54 990	39 598	41 124	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	1 098	1 288	1 010	991	1 047	1 154	...
Telegramme	1 000	51	40	49	43	42	32	30	35	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	956 868	1056 638	1078 870	1251 058	1039 141	1192 828	...
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	945 618	1079 127	1069 927	1259 976	1042 639	1199 442	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	22 616	21 245	19 967	27 592	23 680	23 328	...
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	19 520	26 169	20 953	23 219	24 226	28 637	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer ¹⁾										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 079	1 082	1 085	1 103	1 104	1 105	...
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	965	970	971	988	991	992	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	22 898	26 531	23 159	23 413	23 620	26 609	26 869	27 434	27 521
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	22 590	26 265	22 857	23 111	23 348	26 334	26 595	27 233	27 329
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	5 752	5 767	5 786	6 427	6 484	6 933	6 895
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	5 502	5 558	5 601	6 278	6 327	6 735	6 713
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	250	209	185	150	157	198	182
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	2 844	2 909	2 963	3 365	3 403	3 437	3 457
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 618	2 669	2 710	2 987	3 020	3 056	3 106
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	226	240	253	378	383	380	351
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	14 261	14 435	14 599	16 542	16 709	16 862	16 977
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	11 018	11 175	11 285	12 614	12 750	12 883	13 036
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 243	3 260	3 314	3 928	3 959	3 980	3 941
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	20 581	23 587	20 851	20 698	21 152	23 973	24 088	23 939	24 202
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	7 105	6 902	7 236	8 659	8 724	8 584	8 846
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 963	6 968	5 921	5 737	5 950	7 155	7 211	7 172	7 462
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 183	1 165	1 286	1 504	1 513	1 412	1 384
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	12 295	12 339	12 462	13 818	13 866	13 849	13 845
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	7 663	7 675	7 740	8 527	8 564	8 558	8 560
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	678	757	661	686	645	959	725	665	663
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	535	644	521	887	677	683	667
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	16	17	23	19	12	16	18	31	6
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	7 467	3 084	2 326	4 096	876	8 530	1 642
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	1	2	2	1	-	-	-
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 578	1 536	1 447	1 625	1 510	1 397	1 317	1 404	1 496
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	4 871	5 174	4 488	3 908	3 300	3 957	5 045
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	385 549	568 161	353 900	582 072	578 776	619 758	379 542
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	189 081	411 840	193 176	351 510	368 934	478 750	208 745
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	179 517	207 791	167 004	143 102	163 809	292 010	300 410	163 363	163 165
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	10 274	-	-	-	118 161	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	12 105	200 140	23 658	32 676	21 054	227 126	19 529
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	3 286	890	406	4 486	5 674	1 039	2 463
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	31 805	39 202	6 686	67 708	5 303	22 338	41 796	87 222	23 588
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	-	-	-	-	36 570	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	196 468	156 321	160 724	230 562	209 842	141 008	170 797
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	160 265	101 090	122 731	191 195	164 817	104 263	129 604
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	36 203	55 231	37 993	39 367	45 025	36 745	41 193
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	91 351	111 658	112 776	92 515	108 477	113 032	89 775
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	5 924	9 835	4 851	6 149	6 570	6 053	5 782
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	81 701	91 262	102 738	78 516	95 720	93 732	77 829
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	55 660	34 994	38 666	46 785	58 011	42 401	38 912
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	26 984	1 906	1 456	8 178	24 828	2 232	1 718
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	20 430	23 853	25 531	28 458	23 024	28 395	26 564
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	4 171	4 939	5 800	6 132	4 638	5 113	5 713
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	239 504	281 926	.	249 227	.	.	.	305 787	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	.	5 012	.	.	.	4 785	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	30 745	34 377	.	28 061	.	.	.	29 939	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) ¹⁰⁾	1 000 DM	163 951	198 901	.	175 767	.	.	.	224 200	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	.	17 170	.	.	.	19 500	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	296 288	395 420	332 275	399 182	409 704	417 119	330 693
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	82 003	181 893	83 466	153 027	161 964	212 040	91 584
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	120 401	101 610	104 477	149 865	136 397	91 667	112 428
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	2 533	259	31 556	3 775	2 866	380	36 906
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	241 502	266 221	230 997	309 005	312 927	356 529	244 558
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	82 003	181 893	83 466	152 905	160 495	212 040	90 305
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹¹⁾	1 000 DM	68 910	80 995	101 306	49 075	77 309	105 540	91 555	101 708	78 435
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	2 533	259	31 556	3 775	2 866	380	36 906
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	.	265 016	.	.	.	323 565	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹²⁾	1 000 DM	98 274	122 457	.	163 546	.	.	.	210 032	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	.	28 011	.	.	.	31 947	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	.	.	311	321
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	.	.	340	351
* Facharbeiter	DM	335	364	.	.	363	372
Angelernte Arbeiter	DM	305	329	.	.	330	341
Hilfsarbeiter	DM	262	287	.	.	281	293
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	.	.	205	218
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	.	.	196	204
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	.	.	7,09	7,56
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	.	.	7,56	8,10
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	.	.	8,07	8,56
Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	.	.	7,31	7,88
Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	.	.	6,24	6,83
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	.	.	5,13	5,50
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	.	.	4,83	5,13
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	.	.	43,9	42,5
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	.	.	45,0	43,3
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	.	.	40,0	39,7
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	.	.	1 661	1 871
männlich	DM	1 388	1 517	.	.	1 503	1 661
weiblich	DM	1 672	1 824	.	.	1 805	2 014
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	.	.	1 176	1 267
männlich	DM	1 783	1 932	.	.	1 906	2 105
weiblich	DM	1 835	1 989	.	.	1 961	2 150
im Handel, Kredit und Versicherungs-	DM	1 248	1 358	.	.	1 337	1 439
Kaufmännische Angestellte	DM	1 052	1 157	.	.	1 148	1 282
männlich	DM	1 046	1 150	.	.	1 141	1 260
weiblich	DM	1 379	1 504	.	.	1 499	1 620
in Industrie und Handel zusammen	DM	824	915	.	.	903	983
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	.	.	1 422	1 592
männlich	DM	1 189	1 301	.	.	1 291	1 414
weiblich	DM	1 521	1 657	.	.	1 647	1 790
Technische Angestellte	DM	917	1 013	.	.	1 002	1 080
männlich	DM	1 767	1 910	.	.	1 887	2 060
weiblich	DM	1 820	1 968	.	.	1 943	2 103
	DM	1 228	1 331	.	.	1 309	1 403
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 128	1 130	1 128	1 102	1 104	1 105	1 107
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	678	680	677	672	673	674	675
Rentner	1 000	361	366	365	366	366	366	367	368	368
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	5,6	4,9	4,6	7,2	6,5	6,0	5,3
Männer	%	4,9	5,0	5,7	5,0	4,6	7,4	6,7	6,2	5,4
Frauen	%	4,6	4,6	5,3	4,7	4,4	6,8	6,1	5,7	4,9
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570 ³⁾	390 333	391 934	388 540 ³⁾	400 883	402 124	402 943	404 546
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911 ³⁾	121 151	121 885	154 278 ³⁾	137 618	137 043	138 277	139 172
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	22 361	14 491	9 073	14 836	14 060	11 785	6 816
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	21 279	12 954	7 860	13 784	12 945	10 427	5 806
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273	.	12 876	15 038	9 422 ^x
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924	.	12 518	14 280	8 687 ^x
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	.	154	.	.	150	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	37 933	38 251	38 721	39 578	40 553	40 627	41 027

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Rentenanpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972					1973		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 ^p	61 513	61 537	61 575	61 806
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 512 ^p	22 436 ^p	25 045 ^p	38 495 ^p	36 440 ^p	17 971 ^p	24 603 ^p	34 362 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 153 ^p	58 856 ^p	59 911 ^p	62 850 ^p	55 874 ^p	55 584 ^p	51 240 ^p	56 374 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 533 ^p	68 532 ^p	63 935 ^p	62 847 ^p	68 105 ^p	75 152 ^p	59 337 ^p	61 598 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	- 2 381 ^p	- 9 676 ^p	- 4 024 ^p	3 ^p	- 12 231 ^p	- 19 568 ^p	- 8 097 ^p	- 5 224 ^p
Arbeitslose	1 000	185	246	376	369	268	279	356	347	287 ^p
Männer	1 000	101	141	247	244	155	159	223	219	169 ^p
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	.	.	20 252	20 028	.	.	20 332
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	302	287	305	279	297	262	283
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	1 649	1 639	1 922	1 612	1 663	1 613	1 936
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 538	8 340	8 365	8 363	8 359	8 304	8 303	8 339	8 348
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	977	934	925	933 ^r	990	885	946	926	973
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	46 919	49 668	43 613	45 731 ^r	51 430	52 942	51 198	51 001	56 902
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 166	9 950	8 508	9 249	10 314	11 401	10 556	10 613	12 262
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	152	158	166	178	162	178	177 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	155	160	167	180	165	181	179 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	150	156	164	175	160	176	175 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	262	253	238	286	282	281	265 ^p
Bergbau	1962 = 100	102	94	99	97	94	103	100	102	98 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	154	161 ^r	169	181	164	181	180 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	182	191	168 ^r	178 ^r	190	194	190	207	208 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	150 ^r	157 ^r	164	183	157	177	175 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	155 ^r	158 ^r	165	176	157	176	173 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	146	148	133 ^r	136	141	149	134	142	141 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	91 ^r	106	145	143	107	116	...
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	8 824	8 778	9 023	7 950	9 214	8 680	9 221
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201 ^p	9 480	8 852	8 900	10 629	10 730	9 409	9 810
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 229	2 442	2 753	2 639	2 858	2 746	3 154
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 026	3 365	3 688	3 497	3 844	3 712	4 302
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 206	2 377	2 667	2 464	2 956	2 891	3 212
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	25 468	23 425	23 896	26 595	27 930
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	7 932	7 407	7 532	8 689	8 265	7 683	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 544 ^r	1 533	1 406	1 428	1 525	1 512	1 446	1 437	1 486
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	210	131	156	217	177	158	154	189
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 586	6 170	4 578	4 010	4 964	10 022	5 275	4 366	5 076
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	58 785 ^r	64 039	47 374	50 769	61 199	57 813
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	204	170	170	206	282	189	187	...
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	111	96	99	112	120	109	112	125
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	158	137	143	148	152	140	139	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	9 322	10 134	11 244	11 329	11 711	11 802	12 358
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	10 391	11 894	12 924	14 240	13 311	13 742	14 686
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 069	1 760	1 680	2 911	1 600	1 940	2 328

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Kommunale Haushaltspläne: steigende Personalausgaben, rückläufige Investitionen

Die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Landkreise haben in ihren Haushaltsplänen für 1973 Gesamtausgaben in Höhe von 4 071 Mill. DM veranschlagt; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 9,4%. Erheblich über diesem Durchschnitt liegt der geplante Anstieg der Verwaltungs- und Zweckausgaben um 15,9%, insbesondere sollen die Personalausgaben um 12,3% auf 848 Mill. DM (20,8% der Gesamtausgaben) wachsen. Diese Ausweitung geht vor allem zu Lasten der Baumaßnahmen; hier ist eine Kürzung der Ausgaben um 3,4% auf 1 066 Mill. DM vorgesehen. Der Schuldendienst soll 437 Mill. DM erreichen und beansprucht damit 10,7% der geplanten Gesamtausgaben.

Auf der Einnahmenseite wird eine Steigerung um 11,3% auf insgesamt 4 022 Mill. DM erwartet. Die Steuern und steuerähnlichen Abgaben sollen mit 895 Mill. DM 18,9% mehr erbringen als im Vorjahr geplant wurde. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird mit einer Zunahme um 21,7% auf 307 Mill. DM gerechnet; die Nettoeinnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sollen sogar um 38,7% auf 390 Mill. DM steigen. Die Schuldenaufnahme aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln soll um 5,1% auf 887 Mill. DM eingeschränkt werden. Andererseits erwarten Gemeinden und Landkreise, daß Bund und Land ihre Zuweisungen um 21,8% auf 891 Mill. DM anheben. ly

235 Mill. DM Sozialhilfeausgaben

Die Ausgaben der Sozialhilfe - ohne die Kosten der Tuberkulosehilfe - stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 49 Mill. DM - das sind 26% - auf 235 Mill. DM an (1971: 20%).

Die Anstaltshilfe beanspruchte weiterhin mehr als die Hälfte der Ausgaben, obwohl auch die Kosten für Hilfeleistungen außerhalb von Anstalten mit insgesamt 23% in Jahresfrist um rund 20 Mill. DM auf 109 Mill. DM gestiegen sind. Die Ausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt - eine der beiden großen Leistungsgruppen des Bundessozialhilfegesetzes - erhöhten sich von 43 auf 56 Mill. DM. Für Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden insgesamt 156 Mill. DM (+ 27%) ausgegeben. Allein rund 95 Mill. DM entfielen davon auf Hilfe zur Pflege, und etwa 20 Mill. DM erforderten die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte.

Die 43 Mill. DM Einnahmen - fast die Hälfte brachten die Ersatzleistungen Dritter - deckten knapp ein Fünftel des Aufwandes. hä

25 000 dt Spargel zu erwarten

Die Spargelernte 1973, die sich infolge der kühlen Witterung im April um etwa zwei Wochen verzögerte, wird nach dem derzeitigen Stand voraussichtlich etwas niedriger ausfallen als das Vorjahresergebnis. Nach einer Mitte Mai durchgeführten Vorschätzung ergab sich ein Flächenertrag von 44 dt/ha gegenüber 43,1 dt/ha im Jahre 1972 und 45 dt/ha im Sechsjahresdurchschnitt 1967/72. Die im Ertrag stehende Spargelfläche blieb jedoch mit rund 580 ha geringfügig hinter dem Anbau des Vorjahres zurück. Danach dürfte sich die gesamte Spargelernte auf etwas mehr als 25 000 dt belaufen gegenüber 26 500 dt vor Jahresfrist. wr

Mastbetriebe in der Schweinehaltung vorherrschend

Wie eine Untersuchung über die Verbreitung von Aufzucht und Mast in der Schweinehaltung ergab, waren im Mai 1971 knapp 60% der 55 500 rheinland-pfälzischen Betriebe mit Schweinen auf die Mast spezialisiert. Ausschließliche oder überwiegende Ferkelerzeugung fand sich nur in 8 000 Betrieben, darunter waren 2 600 Betriebe mit reiner Zuchtsauenhaltung. In 21 000 Betrieben (38%) wird demnach Aufzucht und Mast nebeneinander durchgeführt.

Von den insgesamt nachgewiesenen Mastschweinen standen rund 55% in nur auf Mast ausgerichteten Betrieben. Bei fast 70% dieser Betriebe mit knapp einem Fünftel der Schweine handelte es sich jedoch um ausgesprochene Kleinholdungen mit weniger als 5 Tieren. Bei nur 557 Mastbetrieben standen 50 und mehr Mastschweine in den Ställen. Sie stellten jedoch 30% des gesamten Bestandes aller Betriebe der Produktionsrichtung Mast. In den ausgesprochenen Zuchtbetrieben konzentrierte sich nur ein Siebentel aller Zuchtsauen. Nimmt man die Betriebe hinzu, in denen die Ferkelproduktion die Mastschweinehaltung überwog, erhöhte sich dieser Anteil auf 68%. Auch hier waren die Betriebe mit weniger als 5 Tieren vorherrschend. Fast 60% der Zuchtsauen entfielen jedoch auf Bestände mit mehr als 10 Tieren. lx

Wenig Fleischverluste durch hohen Anteil gesunder Schlachttiere

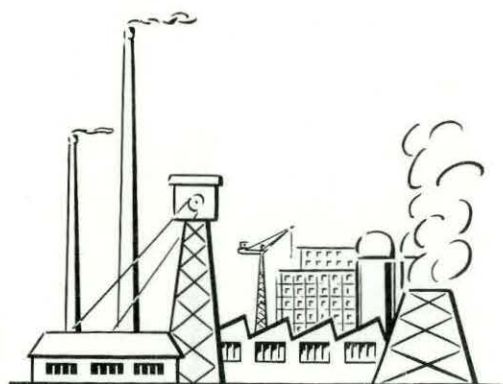
Im Jahre 1972 wurden in Rheinland-Pfalz rund 1,4 Mill. Schlachttiere, darunter etwas mehr als 208 800 Rinder (einschließlich Kälber) und 1,18 Mill. Schweine, auf ihre Tauglichkeit für den menschlichen Verzehr untersucht. In rund 5 800 Fällen wurde eine bakteriologische Untersuchung eingeschaltet, um Gewißheit über evtl. vorhandene übertragbare Krankheitserreger zu erhalten. Gemessen an der Gesamtzahl mußte ein nur kleiner Teil der Tierkörper (rund 1 600 oder nur etwa jeder tausendste) als für den menschlichen Genuß gänzlich untauglich verworfen werden. Außer den Haustieren wurden noch rund 6 900 Wildschweine und einige Bären auf Trichinen untersucht. Im Gegensatz zu den Hausschweinen, die keine Trichinen aufwiesen, wurden solche bei zwei Wildschweinen festgestellt. po

Weniger Schlachtungen im I. Quartal 1973

Im ersten Vierteljahr 1973 wurden insgesamt 45 300 Rinder, 2 100 Kälber, 289 000 Schweine und 1 600 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres entspricht das einem Rückgang von 19,4% bei Rindern, von 53,5% bei Kälbern, von 5,8% bei Schweinen und von 12,1% bei Schafen. Die Schlachtmenge belief sich auf 37 444 t, wovon 30 323 t aus gewerblichen Schlachtungen gewonnen wurden. Sie war um annähernd 4 400 t kleiner als im gleichen Vorjahreszeitraum. po

Milcherzeugung zeigt Anstiegstendenz

Die Milchproduktion betrug im ersten Quartal 1973 rund 233 000 t. Das waren rund 3 900 t mehr als 1972. Annähernd 191 300 oder 82,1% flossen in die Molkereien. Der Anteil der von den Erzeugern verfütterten, verarbeiteten oder frisch verbrauchten Milchmenge nahm der stärkeren Marktbeflieferung zufolge weiter ab und belief sich nur noch auf 15,1% gegenüber 16,7% in den ersten drei Monaten des Vorjahres. po



Im Rahmen der vorliegenden Zusammenstellung wird die Reihe der in den Vorjahren regelmäßig publizierten Dokumentationen über die Ergebnisse der rheinland-pfälzischen Industriestatistik für das Berichtsjahr 1971 fortgesetzt. Dabei basiert diese Veröffentlichung, welche eine außerordentlich wichtige Informationsquelle zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des heimischen produzierenden Gewerbes darstellt, auf den Werten der periodischen amtlichen Industrieberichterstattung.

Um den zunehmenden Wünschen aus Fachkreisen sowie aller einschlägig Interessierten nach der Bereitstellung von regional möglichst tief gegliederten Angaben gebührend Rechnung zu tragen, wurde der Umfang der Regionalübersichten im Vergleich zu den Vorjahren erweitert. Der Darstellung von Regionalergebnissen liegt der Gebietsstand vom 7. November 1970 (9. Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung) zugrunde, wobei es allerdings möglich war, einzelne Datenkategorien bereits nach dem neuesten Stand vom 22. April 1972 (13. Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung) aufzuführen.

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | ϕ = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| . = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.